

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Druckerei: Amt IV, Nr. 1983.

Sonntag, den 1. März 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Druckerei: Amt IV, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement Preis pränumerando:
Wochenblatt 3,30 M., monatl. 1,10 M.,
vierteljährlich 2,80 M., frei ins Haus.
Einzeln Nummer 5 Pfg. Sonntags-
nummer mit illustrierter Sonntags-
beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-
abonnement: 1,10 Mark pro Monat.
Eingetragen in der Post-Zeitungs-
Verzeichnisse für 1903 unter Nr. 8203.
Unter Kreuzband für Deutschland und
Österreich-Ungarn 2 Mark, für das
übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Inserions-Gebühr

Betrag für die sechsgehaltene Kolonnen-
zeile oder deren Raum 40 Pfg. für
täglich und gewerkschaftliche Vereins-
und Veranlassungs-Anzeigen 30 Pfg.
„Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg.
(nur das erste Wort frei). Inserate für
die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
nachmittags in der Expedition abgegeben
werden. Die Expedition ist an Wochen-
tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
Feiertagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Socialdemokrat Berlin“.

Die Lage in Holland.

Amsterdam, 28. Februar.

Eine gewaltige Krise durchzuckt gegenwärtig die holländische Arbeiterbewegung und mit ihr das ganze Land. Das Wachstum der Gewerkschaftsorganisation der Transportarbeiter hat in diesem Lande, dessen Kapitalismus hauptsächlich im Transportbetriebe wurzelt, einen Konflikt zwischen Kapital und Arbeit hervorgerufen, wie es einen ähnlichen in den leidenschaftlichsten Zeiten der holländischen Arbeiterbewegung nicht gegeben hat.

In erster Instanz ist die heutige Krise auf einen Streik der Amsterdamer Hafen- und Handelsarbeiter zurückzuführen. Diese rührigen, etwas impulsiven Elemente, aus deren Mitte auch die bekannte Sozialistbewegung wider England entstanden ist, sind zur Zeit gut organisiert und haben nach einem gelungenen Streik im Jahre 1900 mit den großen Transport-Gesellschaften („Rehmen“) in Amsterdam ein Uebereinkommen getroffen, worin unter anderem ein Lohnsatz festgelegt war, welcher von einer der Gesellschaften (het Blaauwhoedendein) nicht aufrecht erhalten wurde. Es kam daher Anfang Januar zu einem Streik, der alsbald die gesamten großen Transportgesellschaften umfaßte und infolgedessen große Handelschiffe im Hafen lagen, ohne gelöscht zu werden.

Es war aber der Firma Müller u. Co. gelungen, Streifsbrecher in Dienst zu nehmen und vermittelte dieser ein Schiff auszuladen. Die Firma verlangte, daß diese Waren von der holländischen Eisenbahngesellschaft expediert werden sollten. Nun waren aber die Eisenbahnarbeiter, welche diese Arbeit verrichten sollten, mit den Dockwerkern und Handelsarbeitern in einer Föderation von Transportarbeitern vereint, welche infolge der Resolution des Internationalen Transportarbeiter-Kongresses in Paris 1900 seit vorigem Jahre in Holland errichtet ist.

Die holländischen Eisenbahner (etwa 17000 an der Zahl, von denen unter dem Einfluß dieser Bewegung heute 12000 in einem Verein organisiert sind, jenseits bis vor kurzem in zwei Organisationen: die „Kategorischen Verein“ (Maschinenisten usw.) und der „Niederländische Verein“ (Beamte, Schaffner, Arbeiter usw.). Die erstgenannten (etwa 2500 Mann stark) waren zum Teil „Kurz-Gewerkschaftler“ oder mehr oder weniger anarcho-syndikalistisch angehaucht, mit einem frommen Schauer vor „der Politik“ und „den Politikern“. Die zweitgenannte Organisation, damals 5000 Mitglieder stark, deren Sitz-Ort, steht ganz und gar unter socialdemokratischer Führung und gehört dem Komitee für das allgemeine Wahlrecht an. In der letzten Zeit fanden zwischen den beiden Organisationen mehrere Verhandlungen statt, welche ihre Umbildung in eine Organisation bezweckten.

Auf die Initiative des Kategorischen Vereins hin wurde beschlossen, daß, falls die Direktion die Arbeiter verpflichten würde, die boykottierten Waren der Rehme zu expedieren, die Arbeit niederzulegen sei. Der Direktion wurde berichtet, daß, falls sie auf die Beforderung bestehen sollte, Konflikte mit dem Personal zu erwarten seien. Dessen ungeachtet wurden zwei Arbeiter, welche sich weigerten, diese Ware zu „bearbeiten“, vorläufig entlassen. Auf ein Wort der Führer hin lag nunmehr jedoch sofort der ganze Eisenbahnverkehr Amsterdams still. Zugleich wurde der Direktion angefragt, falls sie auf ihre Forderung, boykottierte Waren zu expedieren, nicht verzichtet, ein allgemeiner Eisenbahner-Ausstand im ganzen Lande proklamiert werden würde.

Die Direktion hat sich erst mit der Regierung beraten zu dürfen; dafür wurde ihr eine kurze Frist gegeben, und als innerhalb dieser Frist die verlangte Antwort nicht eintraf, wurde am Sonnabend, den 31. Januar, der allgemeine Streik telegraphisch proklamiert, der innerhalb einer Stunde den ganzen Eisenbahnverkehr Hollands zum Stillstand brachte. Die Regierung hatte hiergegen nichts zu thun gewußt, als daß sie alle Automobile für den Postdienst rekrutiert hatte. Der Schlag war so überraschend und — als noch an demselben Abend die Direktion in die Forderungen der Arbeiter willigte — der Sieg so gewaltig, daß jeder holländische Arbeiter sich doppelt so groß wie gewöhnlich und jeder Bourgeois sich „so klein!“ fühlte.

Am Sonntag lief alles wieder wie vorher — es war aber ein Riß in die Verhältnisse gekommen — der Klassenkampf, welcher in diesem Kleinbürgerlichen Lande von der Bourgeoisie immer mit theologischen und ideologischen Nebeln verhüllt wird, hatte seinen Nebenschein gezeigt und alle Füllhörner standen versteinert da.

Sowohl die Zusage unseres holländischen Genossen und Abgeordneten Troelstra. Den weiteren Verlauf der Dinge kennen unsere Leser. Der holländische Sprecher und Bourgeois rief, sobald er sich von seiner Erstarrung erholt hatte, nach eichem Spleßen- und Bourgeoisbrauch, nach dem Postzeitbettel, den ihr die Regierung mit dem ehemals demokratischen Ministerpräsidenten Stuyper an der Spitze auch sofort importierte. Und zwar in Gestalt der in den letzten Nummern unseres Blattes bereits eingehend charakterisierten Anti-Koalitions- und Wahlrechtungs-Gesetze.

Am Donnerstag wurde in der Zweiten Kammer eine lebhafteste Debatte geführt über die Frage, wann die Interpellationen über die Lage behandelt werden sollen. Die Mehrheit wollte die Entscheidung zur Anechtung der Arbeiter erst in den Sektionen behandeln; die Liberalen, Radikalen und Socialdemokraten wollten die Interpellationen gleich in öffentlicher Sitzung behandeln und ließen sich ohne Ausnahme sehr abfällig aus über den Entwurf, der die Befristung von Streifsbrechern strafbar machen und den Eisenbahnern und öffentlichen Angestellten durch Androhung schwerer Strafen das Recht des Ausstands und damit das Koalitionsrecht überhaupt rauben will. Es wurde beschlossen, daß die neuen Gesetzentwürfe am Dienstag in den Sektionen untersucht und

die Interpellationen Dienstagmittag 1/2 Uhr behandelt werden sollen. Inzwischen rasi die Regierungspresse besonders wider die Socialdemokratie, die sehr thätig ist und überall der Reaktion entgegenarbeitet.

Unser Amsterdamer Korrespondent macht uns vom 27. Februar folgende Mitteilungen:

Ein Zeitungsbericht meldet, daß der Amsterdamer mehrere Personen und Zeitungsreporter angefragt habe über den Inhalt einer Rede, die Genosse van der Goes in einer hiesigen Versammlung vor Reservisten gehalten hat und worin er u. a. gesagt haben soll: „Ich sage: Schießt nicht! doch wenn geschossen werden muß, wißt dann, nach welcher Seite geschossen werden muß.“

Protestversammlungen werden überall vorbereitet und abgehalten. Was seit langen Jahren nicht möglich war und kaum in Wäde erwartet werden konnte, hat unsere Regierung mit ihrem Waffengeklirr und mit den vorbereiteten Sklavenketten erreicht, nämlich daß die Einheit in der socialistischen Bewegung riefenschnell Fortschritte macht. Überall arbeiten Socialdemokraten und Freie Socialisten (Anarchisten) zusammen und bilden so mit dem übrigen Teile der Arbeiterschaft eine feste Phalanx gegen die Zwangsgesetze der Regierung mit ihrer willigen Mehrheit.

Hoffentlich werden nunmehr auch die dem Parlamentarismus feindlich gesinnten Arbeiter einsehen lernen, daß der Parlamentarismus einen für die ganze politische und sociale Bewegung bedeutungsvollen Faktor darstellt und dementsprechend ihren antiparlamentarischen Standpunkt aufgeben, so daß das Zusammenarbeiten nicht nur für die gegenwärtige Situation andauert.

Die Haltung der Liberalen. Gestern nachmittag wurde durch die Zweite Kammer die Reihenfolge der Beratungen festgesetzt. Zuerst sollen die Abteilungs-Beratungen stattfinden und hiernach erst die Interpellationen von Genosse Troelstra und dem Liberalen Weg behandelt werden. Die ganze linke Seite, also alle Liberalen stimmten mit unsren Genossen (30 Stimmen) gegen diese Reihenfolge, die ganze rechte Seite (40 Stimmen) stimmte dafür. Scheinbar ein gutes Vorzeichen für den weiteren Verlauf der Kammerverhandlungen. Ob das Gewissen der Liberalen schlägt oder ob diese in der Verlegenheit der Regierung ein Mittel sehen, diese zu Fall zu bringen, um selbst wieder aus Ruder zu gelangen mit Hilfe der Socialdemokraten und einigen vielleicht demokratisch angehauchten Mitgliedern der rechten Seite, ist ein Vermuten Ihres Korrespondenten. Ob letzteres begründet ist, müssen die nächsten Tage erweisen, die Auslassungen selbst der alt-liberalen Presse in den letzten Tagen, nach welchen sie sich anscheinend nicht für „Ausnahmengesetze“ bereit finden lassen wollen, was doch die vorkliegenden in jeder Hinsicht sind, — scheinen das ausgesprochene Vermuten zu bestätigen.

Auch die „Christlichen“ Arbeiter, die Angehörigen der christlichen Gewerkschaftsvereine, die plötzlich wie Schwärme aller Orte aus dem Erdboden wachsen und als organisierte Streifsbrecher in diesen schweren Tagen vor- und zubereitet werden, scheinen zu proletarischem Bewußtsein zu erwachen. Noch vor einigen Tagen setzten diese in ihren alten Führer, den jetzigen Ministerpräsidenten vollkommenen Vertrauen. Sie trauten ihm dergleiche Zwangsmassregeln nicht zu. Die eingereichten Gesetzentwürfe müssen sie von der Treulosigkeit des Ministers überzeugt haben, der bis jetzt den „kleinen Leuten“ stets Sand in die Augen streute, nunmehr jedoch nur allzu deutlich seine ganze Demokratie zu seinen übrigen „alten Lumpen“ legte, wie er selbst in der Kammer seine hin und wieder modernen Auslassungen und Schriften aus früheren Jahren nannte.

Mit Rücksicht auf eine eventuelle Mobilisation haben die respektiven Befehlshaber der militärischen Abteilungen alle Bürgermeister des Landes ermahnt, um Angabe der Anzahl der in ihrem Orte disponiblen Mannschaften der „Schutterij“ (Bürgerwehr), selbst die ältesten Aufgebote.

Die „Het Volk“ vernimmt, wird der Abgeordnete und Genosse Troelstra bei seiner Interpellation an den Kriegsminister noch die folgenden Fragen richten:

- a) ob beabsichtigt wird, das Militär zu verpflichten, bei einem eventuellen Streik im Eisenbahnbetrieb Dienst zu thun an Stelle der streikenden Maschinenisten usw., und bejahenden Falles, auf welche gesetzlichen Bestimmungen man sich dabei stütze;
- b) ob der Minister veranlassen kann, mit Rücksicht auf die großen Kosten dieser außergewöhnlichen Einberufungen, die Wiederholungs-Übungen der Aufgebote von 1897, 1898 und 1900 für dieses Jahr ausfallen zu lassen.

Die Verfolgungen werden fortgesetzt. So meldet das „Nieuwsblad voor Nederland“, daß am Mittwoch sieben Männer durch die Polizei auf der Straße verhaftet wurden wegen Verbreitung von anstößigen Flugblättern. Auch in Haarlem wurden einige Eisenbahn-Arbeiter protokolliert, weil sie einigen Ordnungskleuten „lästig fielen“.

Das Verteidigungs-Komitee beschloß: 1. 200 000 Manifeste im ganzen Lande zu verbreiten; 2. alle örtlichen Komitees anzuspornen, ohne Verzug den Anfang zu machen mit der Abhaltung von Protestversammlungen; 3. die sofortige Bildung von örtlichen Komitees vorzunehmen; 4. sofortige Vorkahrungen zur Beschaffung von Geldmitteln zu treffen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 28. Februar.

Post-Stat.

Unter den Petitionen, die am Sonnabend zunächst zur Erledigung kamen, befand sich auch die eines strebsamen Staatsanwalts, der die Deportation als Kampfmittel gegen den „inneren Feind“ empfiehlt. Die Petitionskommission hatte diesem freundlichen Verlangen die unverdiente Ehre angethan, es als Material dem Reichskanzler zu überweisen, obwohl selbst Herr Nieberding vor gar nicht langer Zeit sich als Gegner der Deportationsstrafe bekannt hat. Der Rat unsres Genossen Thiele, die Petition verbüchtermäßig in den Papierkorb zu werfen, wurde von den anwesenden 15 Abgeordneten der Rechten, des Centrums, der Nationalliberalen und Freisinnigen abgelehnt, die vom Bureau als Mehrheit des Hauses proklamiert wurde.

Dann begann die Beratung des Post-Stats, die bis in eine recht späte Stunde fortgesetzt wurde. Auf der Ministerbank nahm Herr Kraetke an der Stelle Platz, die Graf Posadowsky während so langer Wochen inne gehabt hat. Er leitete die Beratung seines Stats durch einen längeren Vortrag ein, der durch unfeilwillige Nebenbitten an den unübergehligen Pöbellekt erinnete. So rühmte der Staatssekretär seiner Verwaltung nach: „Jeder Postbeamte, der gestorben ist, erhält von uns ein Ruhegehalt.“ Das war aber auch das einzige, was er zum wirklichen Ruhme der Post zu verklären hatte. Im übrigen ist auch unter ihm die Anwesenheit an der Tagesordnung. Die Wünsche des Reichstages auf Schaffung hinreichender Assistentenstellen, um die Wirtschaft mit Diätaren einzusparen, so daß jeder Diätar nach spätestens fünf Jahren angestellt wird, sind nur zum Teil erfüllt worden, angeblich aus dienstlichen Rücksichten, tatsächlich wird aber wohl die finanzielle Frage ausschlaggebend gewesen sein.

In der Debatte waren die Redner aller Parteien sich darüber einig, daß der Reichstag sich mit den 2000 neuen Postassistentenstellen statt der geforderten 3000 nicht abweisen lassen dürfe, und die betreffenden Titel des Post-Stats wurden dann auch der Budgetkommission zur Prüfung überwiesen.

Somit spielte in der Debatte die Behandlung und Entlohnung der Unterbeamten wieder eine große Rolle. Genosse Singer nahm sich der Unterbeamten warm an. Der Antrag des freisinnigen Abg. Eichhoff allen Postbeamten das Gehalt vierteljährlich auszusahlen, trat er als unzumutbar entgegen, während er sich dem Wunsch dieses Redners, das System der Stellenzulagen gänzlich zu beseitigen, vollständig anschloß. Unser Redner wies weiter darauf hin, daß die Klagen über die ungerechte Verteilung der gehobenen Stellen noch immer nicht verstummt sind. Auch die Arbeitszeit der Unterbeamten geht oft genug über 60 Stunden in der Woche hinaus, ein Fehler, dem durch die Anstellung von mehr Kräften abgeholfen werden muß. Auch die Sonntagsruhe ist nur mangelhaft durchgeführt, und die Urlaubsbewilligungen hängen von der Willkür der Amtsvorgesetzten ab. Ueber lange Arbeitszeiten klagen auch die Telephonisten, denen bei ihrer nebenberuflichen Tätigkeit häufigere Ruhezeiten zu gönnen sind. Das schlimmste aber ist, daß in der Postverwaltung der bündische Geist der Vorgesetzten und Unterbedienten jeder selbständigen Meinung herrscht. Die Beamten dürfen nicht betreten und nicht Blätter lesen, die den Vorgesetzten unbenommen sind. Für die ungerechtfertigte Entlassung von Postbeamten aus Gründen, die außerhalb ihres Dienstes liegen, hatte Singer zwei effektive Fälle anzuführen.

Das System der Verteidigung, das sich Herr Kraetke zurecht gelegt hatte, bestand darin, daß er die Kenntnis der vorgelegenen Beschwerdebefälle in Abrede stellte. Somit wandelte er ganz in den Spuren Budes und erklärte mit allem Pathos, dessen er fähig war, daß er das Verbot des „Deutschen Postboten“ aufrecht erhalte, weil dieses Blatt die Beamten „aufreize“. Aber gerade mit dieser Behauptung scheint der Herr Staatssekretär Lugdau zu haben. Redner des Centrums und der Nationalliberalen versicherten ihm, daß der „Postbote“ in letzter Zeit Ruhe gekostet habe.

Der Titel Staatssekretär wurde bewilligt. Am Montag geht die Beratung des Post-Stats weiter.

Kanalomödie.

Die Komödie des Mittelkanal-Kanals, das einzige Jugklück des Landtages in seiner diesmaligen Legislaturperiode, wurde am Sonnabend im Abgeordnetenhaus, nachdem es längere Zeit vom Repertoire verstoßen worden war, wieder aufgeführt. Die Rollen waren nur zum Teil neu besetzt. An Stelle des Herrn von Thiele trat Herr Bude auf, während die Rolle Mynets überhaupt nicht wieder besetzt war.

Die Konservativen hatten an die Regierung die Anfrage gerichtet, ob sie im nächstjährigen Staatshaushalts-Stat Mittel in angemessener Höhe zur Beseitigung dringender Notstände in den Stromgebieten der unteren Oder, Spree, Havel und Elbe zu fordern gedente. Die Nationalliberalen, die hierin einen Vorstoß gegen den Kanal witterten, brachten sofort eine Gegen-Interpellation ein, worin sie um Bescheidene Auskunft über den Stand der neu zu erwartenden Kanalvorlage baten. Beide Interpellationen standen auf der Tagesordnung. Ihre Besprechung wurde aber nicht verbunden, weil die Konservativen, die schon vor dem Hohen Worte Kanal einen heiligen Schauer empfanden, dagegen Protest erhoben.

Die Antwort, die Minister Bude im Namen der Regierung verlas, ließ an Klarheit alles zu wünschen übrig. Die Regierung erkennt die Notstände in den genannten Stromgebieten an, sie be-

dauert es, daß die zu ihrer Beseitigung im Jahre 1901 geforderten Mittel nicht bewilligt wurden, und stellt eine neue Vorlage für die nächste Session in Aussicht. Gerade das, worauf es ankommt, wird in dieser Antwort verschwiegen. Die Stromregulierungen bildeten 1901 einen Teil der Kanalvorlage. Sollen sie nun 1904 von dieser losgelöst oder wieder im Zusammenhang mit der Kanalvorlage in Angriff genommen werden? Es scheint, daß zur Beseitigung der Hochwassergefahr an der Elbe ein besonderes Projekt dem Landtage vorgelegt werden soll, während die übrigen Restorations in einer neuen Kanalvorlage enthalten sein sollen. Doch läßt sich bei der schwächlichen Haltung und der fortwährenden Sinnesänderung des Staatsministeriums in Bezug auf diese Vorlage irgend etwas Positives nicht sagen.

Auch die Antwort der Regierung auf die zweite Anfrage ist nicht von Belang. Die Regierung hält nach wie vor an der Auflassung fest, daß die baldige Ausführung eines Kanals von Dortmund nach dem Rhein durch das Emscherthal als Teilstrecke eines Rhein-Weser-Elbe-Kanals notwendig ist. Diese Versicherung haben wir aus dem Munde der leitenden Staatsmänner so oft gehört, daß sie keinen Eindruck mehr macht. Die Erklärung bedeutet genau so viel und so wenig wie die frühere des Grafen Bülow, daß der Kanal „seiner Zeit“ wiederkommen wird. Fast scheint es, als habe die Regierung die Hoffnung auf das Zustandekommen des Werkes, für das sich der deutsche Kaiser in eigener Person verbürgt hat, aufgegeben.

Die Debatte bewegte sich in den alten Geleisen. Kanalgegner und Kanalbefürworter. Vertreter des Ostens und des Westens, Agrarier und Industrielle suchten alte Erinnerungen aufzurufen und die alten Kanäle zu wiederholen. Eines aber trat in der Debatte wieder klar zu Tage: der unverwundbare Optimismus der Linken, daß mit dem neuen Minister ein neuer Geist ins Ministerium eingebracht sei. Trotz aller Enttäuschungen drückten sie Herrn Budde ihr volles Vertrauen aus. Und das in demselben Augenblick, wo weitere Verbesserungen früherer Kanalbefürworter gemeldet werden!

Nach Erledigung der Interpellationen begann die zweite Beratung des Etats der Provinzialverwaltung, die demnächst fortgesetzt werden soll.

Am Montag findet die Besprechung der Interpellation über die Vorgänge in Trier statt.

Ein Kulturkampfchen.

Wenn man gewisse liberale Blätter ernst nehmen könnte, so stehen wir in Preußen unmittelbar vor dem Ausbruch eines gewaltigen Kulturkampfes. Die liberalen Schwärzer hüpfen wider die schwarzen Klauen. Die Geistesfreiheit erhebt sich gegen die kirchliche Inertheit. Und alles dies, weil am Montag im Abgeordnetenhaus über die Korunade interpelliert werden soll. Man braucht aber kein Prophet zu sein, um mit Sicherheit voraussagen zu können, daß nichts herauskommen wird, als eine Lächerlichkeit. Es ist eine absurde Vorstellung, zu glauben, daß das preussische Abgeordnetenhaus oder gar die Regierung irgend etwas Durchgreifendes gegen die kirchliche Herrschaft unternehmen werde. Bestenfalls wagt man ein paar kräftige Worte. Und selbst diese kräftigen Worte sind den tapferen Parteien und der Regierung sehr unbehaglich. Man hat lange gegögert, die Interpellation auf die Tagesordnung zu setzen; ja man hat sogar, um hinter den Coulissen händeln zu können, die Geschäftsordnung verletzt, die bestimmt, daß eine Interpellation am Tage nach der Einbringung auf die Tagesordnung gesetzt werden muß.

Die liberale Bourgeoisie, die alle Kirchenspflichten fromm erfüllt, hat auch gar kein Recht, sich über den Bischof Korun zu entziehen, der nur that, was seine Pflicht ist. Die Vorgänge sind bekannt. In Trier existiert eine staatlich unterhaltene höhere Mädchenschule und eine von den Urschülerinnen geleitete konfessionelle Schule. Da diese nun finanzielle Not leidet, hatte der Bischof Korun um so mehr Anlaß, den Besuch der konfessionellen Schule zu fördern und von dem Besuch der paritätischen abzusehen. Es war sein gutes Recht, mit Kirchenstrafen (Verweigerung der Absolution) gegen die verhasste staatliche Schule vorzugehen; denn die konfessionelle Schule ist das Lebensprinzip des Ultraliberalismus, und die Kirche hat die Pflicht, ihre Grundzüge durchzukämpfen.

Freilich pflegt bei uns das Centrum seine Ansprüche der Kirche unter dem Titel der „Freiheit“ zu erheben.

So sagte Windthorst in seiner Rede vom 11. Mai 1880: „Wir besitzen in der Verfassung keinen Schulzwang, sondern einen Unterrichtszwang; andererseits aber haben wir in der Verfassung die Unterrichtsfreiheit und daneben die Staatschule. Hier sind wir jedoch auf dem Wege, nur Staatschulen herzustellen und sie mit allem möglichen Zwang zu umgeben, aber: die Unterrichtsfreiheit wird gar nicht ausgeübt. Dadurch entziehen wir den Eltern den Unterricht und den Einfluß auf die Kinder, und auch den Kirchen die Einwirkung, die sie haben müssen.“ In seiner Abgeordnetenhausrede vom 4. Juni 1883 heißt es: „Ich persönlich erkläre, daß ich den Schulzwang unzulässig finde (Ultraparität), unzulässig finde. (Sehr gut im Centrum.) Das wird nicht morgen und übermorgen erlautet werden, das weiß ich, aber die Wahrheit müssen zunächst ausgesprochen, die Taten müssen angeschlagen werden...“ Allerdings, die Grammatik und die Algebra kann man an sich nicht konfessionell färben, aber die Lehrer, welche Algebra und Grammatik lehren, können während sie diese Disziplin lehren sollten, allerlei kirchliche Dinge dazwischen meugen (Sehr richtig! im Centrum), und das ist es gerade, was selbst auf diesem ungeschicklichen neutralen Gebiet die Simultanen lebendlich macht... Nur kann ich mir wohl allgemeine moralische Lehrlänge denken, die man ohne weiteres für jede Konfession aussprechen kann, aber die eigentlich positive christliche Religion kann nur ausgesprochen werden in einer bestimmten Konfession, in einer bestimmten Bekenntnis. Dieses Bekenntnis aber ist für jede verschiedene Kirche ein anderes und muß deshalb jeder voll und ganz erhalten werden. Man könnte sagen, das ist ja nun auch in der Simultanen in zwei nach Konfessionen verschiedenen Lehrplänen und Lehrstufen zu machen. Das ist es aber eben nicht, denn es ist **eben der Lehre auch weiter notwendig die Hebung der Lehre, und es muß der ganze Unterricht in allen Fällen ohne Ausnahme getragen werden von dieser in der betreffenden Konfession zum Ausdruck kommenden religiösen Auffassung.** (Sehr wahr! im Centrum.) Und weil das in einer Simultanen nicht zu erreichen ist, so sind sie zu verurteilen.“ Auch für uns ist die Wissenschaft und ihre Lehre frei. Auch ich habe keine Bedenken... zu erklären: die Schulfrage ist nur zu lösen auf dem Boden der Freiheit, — wie denn alle Gegenstände nur gelöst werden können auf dem Boden der Freiheit. Geben Sie uns die volle Unterrichtsfreiheit, und wir werden über die Schulfrage einig sein.“ (3. April 1871.)

Freiheit — für den Ultraliberalismus, das ist die Forderung. Der Ultraliberalismus erkennt lediglich seinen eignen Lehren Daseinsberechtigung und damit ein Recht auf freie Betätigung. Jede nicht liberale Auffassung, alles was der kirchlichen „Elite“ widerspricht ist vom Hebel und auf jede Weise zu unterdrücken. Daher ist die Handlungsweise des Bischofs Korun von seinem Standpunkte aus nur konsequent. Das Trierer Beispiel als der typische und durchaus

folgerichtige Ausdruck der kirchlichen Theorie zeigt, was man in Deutschland zu gewärtigen haben wird, wenn die kirchliche Herrschaft weiter fortsetzt. Die Konsequenz der kirchlichen Weltanschauung führt trotz aller Phrasen von Freiheit der Wissenschaft, der Religion und der Schule mit Notwendigkeit zur totalen Unfreiheit auf allen Gebieten. Leo XIII. selbst hat es in seinen amtlichen Auslassungen wiederholt und nachdrücklich ausgesprochen, wie die moderne Kultur und die kirchliche Weltanschauung in unvertäglichem Gegensatz zu einander stehen. „Lasset“, so heißt es bereits in seinem Hirtenbriefe, „die Kirche und das 19. Jahrhundert“, das er noch als Kardinalbischof von Perugia verfaßte, „lasset die Philosophen, die Schriftsteller und Künstler, welche von dem Gift des modernen Unglaubens berührt wurden, an eurem Geiste vorüberziehen, und ihr werdet sehen, daß sie entweder aller Vorzüge entbehren, oder daß die wenigen, die sie besitzen, mit großen Mängeln und Fehlern verunreinigt sind.“ „Es sind Flüsse voll träben und schmutzigen Wassers“, sagt Joseph de Maistre von Voltaire und Rousseau, „die einige Edelsteine mit sich dahintragen“; sie haben dieselben... aber nicht aus der Quelle des Unglaubens geschöpft, sondern als Ueberreste von dem Auit ihres Glaubens zurückgehalten.“ Hat man sich nicht selbst über die Saaldekoration des deutschen Reichstages kirchlich-philisterrhaft entzückt, stehen nicht die bedeutendsten Werke der deutschen Litteratur, die der Lessing, Schiller, Goethe, Kant, Fichte, Hegel u. s. f. u. s. f., der Stolz und der Ruhm unsres Volkes in der gesamten Welt, als verboten und schädlich, als „Flüsse voll träben und schmutzigen Wassers“ auf dem Index?

Daß aber ungeachtet der Stellung des Centrum in Deutschland ein kirchlicher Bischof es sich einmal bekommen läßt, auch auf dem letzten und einzigen Gebiet, auf dem heute von einem gewissen Gegensatz zwischen liberaler und kirchlicher Auffassung vielleicht noch mit einem Anschein von Ernsthaftigkeit die Rede sein kann, an die kirchliche Allmacht zu appellieren, ist gar nicht verwunderlich. Verwunderlich ist nur die kindliche Einfalt unsrer Liberalen, die sich ob dessen manhaft entzücken, gerade jetzt entzücken, wo sie sich im Reichstage zu Heloten des katholischen und konserverativen Ultraliberalismus herabgewürdigt, wo sie es über sich gebracht haben, beim Ultraliberalismus um ein Wahlartel, um Mandate betteln zu gehen. Entweder man ist ein ehrlicher und konsequenter Gegner des Ultraliberalismus, und dann schlägt man mit ihm keine Pade, in denen man die eigne Weltanschauung aus materiellem Interesse schmählich verschandert. Oder aber man verbindet sich mit dem Centrum und dann muß man es vollständig schänden.

Zudem giebt es selbst auf dem geistigen Gebiete — außerhalb der Socialdemokratie — keinen wirklichen Liberalismus mehr. Kein Liberaler bekennet sich mehr zu der einzig möglichen Lösung der Schulfrage: Radikale Trennung der Kirche vom Staate, Erklärung der Religion zur Privatsache. Das ist ja — um kurz zu sagen — das Centrum schon wegen seiner kirchlichen Konsequenz die stärkere Macht, und die Liberalen müssen sich damit begnügen, ein wenig zu beulen; beißen können sie nicht.

Das Trierer Kulturkampfchen ist eine Farce, und muß es sein! —

Deutsches Reich.

Die Arbeiten des Reichstages.

Der Seniorenkonvent des Reichstages nahm am Sonnabend die Mitteilung des Präsidenten entgegen, wonach die Geschäftsliste des Reichstages sich derart geändert hat, daß an einen Sessions-schluss vor Ostern nicht mehr zu denken ist. Durch die Einbringung der Novelle zum Krankenversicherungs-Gesetz und die allseitig gewünschte Verabschiedung dieses Entwurfes sowie die Fertigstellung des Gesetzes betreffend Verbot der Herstellung von Händehölzern mit welchem Hopschrot wird eine, wenn auch kurze, Tagung nach Ostern nötig.

Vor Ostern soll nur noch der Etat verabschiedet werden. Nach Mitteilung des Präsidenten stehen hierfür 24 Sitzungstage zur Verfügung, die, wenn keine allzu große Ausdehnung der Diskussion stattfindet, ausreichen werden.

Nach den Dispositionen, die der Seniorenkonvent im Einverständnis mit dem Präsidenten getroffen hat, wird der Reichstag am 28. März die Osterferien beginnen und am 21. April seine Sitzungen wieder aufnehmen.

Man hofft dann die beiden Gesetze bis zum 30. April in zweiter und dritter Beratung zu erledigen, um an diesem Termine die Session schließen zu können.

Das in dritter Beratung noch zu erledigende Kinderzuschlag-Gesetz soll zwischen der zweiten und dritten Beratung des Etats fertiggestellt werden. —

Wilhelm II. und das Centrum.

Vor nicht vielen Monaten hat sich der Kaiser im empörenden Unwillen gegen das bayerische Centrum gewendet. Mittlerweile, gewiß nicht infolge, aber nachdem das Centrum sich sehr lebhaft gegen die kaiserliche Einmischung in die bayerische Politik verhalten hat und nachdem der bayerische Ministerpräsident ob allzu großer Liebdenwürdigkeit gegenüber Berlin zu Fall gekommen ist, mittlerweile scheint die Meinung des Kaisers sich gänzlich gewandelt zu haben. Der „Münchener Post“ werden aus Berlin interessante Mitteilungen hierüber gesandt. Ihr wird erzählt:

Die Stimmung innerhalb der verantwortlichen Reichsregierung, als ihr die Demission des Herrn von Crailsheim und dessen Erziehung durch Herrn von Podewils bekannt wurde, war sehr gedrückt. Es wurde diese Wendung als ein weiterer Erfolg des Centrums, als eine härtere Einengung des Protestantismus schon um deswillen empfunden, weil die Behandlung oder vielmehr aufgedrungene Schonung der Centrumspartei im Reichstage der Reichsregierung insbesondere dem Herrn Reichsminister bereits genug der Schwierigkeiten bereitet. Des Ferneren berührte die Empfindung peinlich, daß nach dem Wegzuge des Herrn v. Crailsheim, welcher stets auf ungetriebene Beziehungen zwischen Berlin und München gehalten hatte, es schwieriger werden würde, diese Beziehungen nunmehr immer im Einklange mit der persönlichen Politik des kaiserlichen Herrn zu halten. Dieses letztere Bedenken moß desto schwerer, weil in letzter Linie das freundschaftliche Gegenkommen des Kaisers von Swinemünde aus die jetzige politische Konstellation in Bayern zu verursachen im Stande war.

Derartige Erwägungen, die sich den leitenden Stellen aufdrängten, fanden naturgemäß auch den Weg zu dem Kaiser. Man mag aber nicht wenig erstaunt gewesen sein, als der Kaiser keineswegs diese Bedenken teilte. Er gab, im Gegenteil, der Ansicht Ausdruck, die Ausscheidung der Protestanten aus dem bayerischen Ministerium und die damit dem Empfinden der katholischen Geistlichkeit, „die ja doch das Volk lenkt“, bereitete Genugthuung, werde günstig für den Reichsgedanken und die Kaiser-Idee wirken. Bayern wird seinen Partikularismus aufgeben“ meinte der hohe Herr.

Bekannt ist, daß der Kaiser Meinungen, die er einmal gefaßt hat, nicht leicht aufgibt, und es muß daher auch in diesem Fall dem Gang der politischen Verhältnisse vorbehalten bleiben, die Meinung des Kaisers zu bestätigen oder zu widerlegen. Visher meinte man, die Geschichte von Swinemünde sei zu einem Sieg des Centrums geworden und der Sturz Crailsheims bedeute gleichfalls einen heiligen Kaisersünder in der Richtung nach Berlin. Jetzt erzählt man, daß der Kaiser in seiner Swinemünder

Depesche den Keim zu großen Erfolgen der Reichs- und Kaiser-Idee gegenüber dem Centrum erkenne. Wie sich doch alles so wunderbar fügt!

Die „herberragende Persönlichkeit des nichtbayerischen Centrum“ hat dem Kaiser offenbar sehr interessante Aufklärungen gebracht. Sie hat ihm erzählt von den heißen Reaktionen des Centrum, dem Kaiser zu dienen, und zudem von der Großmacht der katholischen Geistlichkeit, die das Volk so vortrefflich zu lenken wisse. Wie bald ist die Swinemünder Enttäuschung, wie bald der Born des Centrum verbraucht! Wie sagten es am ersten Tage voraus, da diese Affäre begann.

Der Swinemünder Depeschentext ist bald nur noch „ein seltsames Zwischenstück, von der Ironie der Geschichte gedichtet, in der wachsenden Freundschaft zwischen Kaiser und Centrum.“

Das Centrum weiß dabei auch keine Reaktionen zu übersehen. Es weiß, was es thut, wenn es selbst über den Abweg zu Delitzsch und Garnaal milde Christenliebe breitet! —

Unternehmerrechnen nach Justizhauskurs.

Es wird berichtet:

Auf der Konferenz des Deutschen Arbeitgeber-Schulverbandes, die in dieser Woche in Berlin stattgefunden hat, waren offiziell die Verbände von Bamern, Berlin, Viefelfeld, Bremen, Arelfeld, Dresden, Düsseldorf, Elberfeld, Götting, Haffel, Köln a. Rh., Leipzig, Mannheim, Mainz, Stettin, Stuttgart u. a. vertreten. Es wurde ein vollkommenes Einverständnis über die gegenseitige Unterstützung bei Ausständen und Sperrn erzielt. Es wurde ferner beschlossen, beim Reichsanzler die Abänderung des § 153 der Reichs-Gewerbe-Ordnung, der gewisse Koalitions-handlungen unter Strafe stellt, zu beantragen und damit zu begründen, daß der Paragraph völlig ungenügenden Schutz gegen die Uebergriffe und den Terrorismus Ausständiger bietet. Besonders das brutale Vorgehen von sogenannten Streikposten und das Verhängen von Sperrn über einzelne Betriebe müßte, da diese dadurch mißbraucht werden, unter Strafe gestellt werden. — Die Konferenz einigte sich darüber, daß bei ungerechtfertigten Ausständen die weitgehendste moralische und materielle Unterstützung der von einem Ausstande oder einer Sperrre betroffenen Meister usw. eintreten müsse. Die Selbsthilfe soll aber bis zur äußersten Grenze der Zulässigkeit ausgeübt werden. Von allen Unterverbänden aus soll eine planmäßige Agitation in den benachbarten Bezirken ins Leben gerufen werden.

Der Vorgang zeigt eindringlich, wie eifrig das Unternehmertum wächst, um das schon so vielfach eingeengte Koalitionsrecht der Arbeiter weiter abzutragen. In demselben Augenblicke, da die Vertreter der Unternehmerklasse sich vorbereiten, einander weitgehendste Unterstützung zu sichern und ihr Koalitionsrecht „bis zur äußersten Grenze der Zulässigkeit“ zu gebrauchen, in demselben Augenblicke bedrängen sie die Regierungen, den Arbeitern das gleiche Recht noch mehr zu entziehen.

Die Meldung der brutalen Pläne der Unternehmerklasse müsse der Arbeiterschaft ein Sturmsignal werden! Das ist eine der höchsten Lösungen des beginnenden Wahlkampfes: Gegen die brutalen Vergewaltigungspläne der Unternehmerverbände für freies Koalitionsrecht! —

An die Gewehre!

„An die Gewehre!“ ruft die „Parole“, das Blatt der Kriegervereine. Der blutige Ruf gilt der Socialdemokratie, die zu bekämpfen, jeden Einzelnen zur besonderen Ehrenpflicht gemacht wird. Zwar will man nicht, in Ermangelung der Ausrüstung, mit den Säulenfesten-Minten losziehen, aber in Worten ist der Ruf wahrhaft würdig des tapferen Kriegerturns. Er kündigt nichts weniger an als einen Kampf um Leben und Tod zwischen den bürgerlichen Parteien und der Socialdemokratie. Es ist fürchterlich, sehr fürchterlich!

Es fehlt freilich auch nicht an erheuernden Bemerkungen in dem Ruf der „Parole“. Er beginnt mit den Worten:

„Die Kriegervereine als solche können sich natürlich nicht in den Strudel des politischen Gebietes begeben. Das versteht gegen ihren Beruf und gegen ihre Grundhaltungen.“

Darauf aber heißt es sogleich: Die Kriegervereine sollen „diesmal mit einmütiger Kraft den grundsätzlichen Widerstachern vaterländischer Größe begegnen.“ Dann wird die „socialdemokratische Gefahr entsehbarell geschildert. Und die „Parole“ ist, ihrem Beruf und ihren Grundhaltungen folgend, so fern von aller Parteibethätigung, daß sie schließlich die bürgerlichen Parteien auffordert, endlich ihren Parteipflichten eingedenk zu werden:

„Und die bürgerlichen Parteien stehen noch immer müßig, rasselnd, verstimmt beiseite. Sie begreifen immer noch nicht, was sie bei den nächsten Wahlen zu verlieren haben. Da wird es Zeit, daß sich Stimmen im vaterländischen Lager vernehmen lassen, um sie auf das Gefährliche und Unverzeihliche ihres Verhaltens aufmerksam zu machen. Hier ist es der schöne Beruf der Kameraden in den Kriegervereinen, kahnbrechend zu wirken, denn der Kampf gegen die Socialdemokratie ist jedem Einzelnen zur Ehrenpflicht gemacht. Der Ruf „An die Gewehre!“ ist erlöset. Der deutsche Soldat ist da prompt zur Stelle.“

Die Kriegervereine sollen das Eine doch einmal bedenken, daß zweifelhafte stets die schlechteste Waffe ist. Sie sollten endlich aufhören, sich als „unparteiisch“ aufzuspielen, während sie in Wahrheit recht eigentlich politische Gründungen sind, wofür gerade der Wahlspruch der „Parole“, den die „Konservat. Korresp.“ freudig weiterverbreitet, den stärksten Beweis erbringt. Die Heuchelei der Unparteilichkeit alten Soldaten am wenigsten. Traurige Heuchelei ist es, die politischen Zwecke der Kriegervereine hinter dem Gerede zu verstecken, daß die Kriegervereine „vaterländische Größe“ vertheidigen gegen deren Widerstacher. In Wahrheit wird natürlich die echte „vaterländische Größe“, die sich freilich nicht in Dröhlstücken und Referentienanteriorien erschöpft, sondern auf Kulturarbeit beruht, von der Socialdemokratie geküßt und gefördert. Die Kriegervereine sind nichts als ein Mittel, das System der Aukerns-unterthänigkeit auf das bürgerliche Leben zu übertragen. —

Centrum und Koalitionsrecht. Daß das Centrum ein Feind des Koalitionsrechts der in öffentlichen Betrieben beschäftigten Arbeiter ist, haben die Vertreter der preussischen Centrumsfraction bei der Diskussion über die Kriegserklärung des Eisenbahn-Ministers Budde gegen den Eisenbahner-Verband ja mit aller nur wünschenswerthen Deutlichkeit ausgeprochen. Immerhin kann es nichts schaden, wenn wir hiermit registrieren, daß sich die „Germania“ in ihrer letzten Nummer auch völlig zustimmend zu den niederländischen Ausnahmestellen äußert. Daß die „Germania“ jede gegen die Koalitionsfreiheit der Eisenbahnarbeiter gerichtete Ausnahmestellung billigen würde, war ja nach den Erklärungen des Centrums-Abgeordneten im preussischen Abgeordnetenhaus anzunehmen. Festgenagelt zu werden verdient jedoch, daß die „Germania“ auch kein Wort des Tadels für jenen Paragraphen hat, durch den das Koalitionsrecht aller Arbeiter bedroht wird. Jenen Paragraphen nämlich, der mit drei Monaten Gefängnis und Aberkennung des Wahlrechts bedroht, wer Streikbrecher „belästigt“ oder ihnen gegenüber „Mittel“ anwendet, die „geeignet sind, Zurück einzuführen“. Und doch ist die Bestimmung des holländischen Ausnahmesteges noch ungeschicklicher gegenüber dem § 1 des deutschen Justizhausgesetzes hinsichtlich des Angeklagten, indem doch wenigstens milder Ausschluß vom Zwang, Drohung, Ehrverletzung und Verstoß erklärt“ die Rede war! Die skandalöse Haltung des führenden Centrumsgorgans verdient deshalb doppelte Beachtung! —

Aus Hessen. 27. Februar. (Landtag.) Im Ausschuss der heutigen Verhandlung stand die Beantwortung der Interpellation Köhler, betreffend Vererbung eines „phyhiokratischen“ Nationalökonomien an die Universität Gießen. Der Abg. Köhler will nicht länger dulden, daß an der Landesuniversität „ein den Würdenträgern nachstehender Professor und ein jüdischer Privatdozent“ eine „hattenfeindliche“ Volkswirtschaft lehren. Er verlangt darum die Vererbung eines entschiedenen Agrarprofessors und bringt als die geeignete Persönlichkeit den bekannten Dr. Kuhlmann in Vorschlag. Staatsminister Nothe lehnte es ab, einen andern Gesichtspunkt bei der Vererbung der Lehrstühle walten zu lassen, als den anerkannter wissenschaftlicher Tüchtigkeit. Er werde jedem Versuch, die akademische Lehrfreiheit aus politisch-tendenziosen Absichten einzuschränken, entgegenzutreten. Bezeichnend genug für das Centrum war, daß sich kein Redner, Abg. v. Brentano, sofort mit Eifer auf die Seite des Abg. Köhler warf und dessen Vorgehen im Namen der „Freiheit der Wissenschaft“ in Schutz nahm. Abg. David wies demgegenüber auf die Art hin, wie Centrum und Anticentrum mit der „Freiheit der Wissenschaft“ umgehen, sobald es sich um die Zulassung sozialdemokratischer Wissenschaftler zu den Lehrstühlen der Universität handle. Gegen die Schaffung weiterer Lehrstühle an der Landesuniversität sei nichts einzuwenden. Dann aber müsse gleiches Recht verlangt werden, auch für die sozialistische Richtung. — Bauernbündler und Ultramontane brachten schließlich einen Antrag ein, die Regierung solle eine weitere Professur schaffen, die einem Vertreter der „agrarwissenschaftlichen Richtung“ zu übertragen sei. Die Antwort von untrer Seite war die Einbringung eines Amendements, wonach auch für die sozialistische Richtung ein Lehrstuhl zu schaffen sei. „Wir wollen die Probe aufs Exempel machen“, erklärte der Abg. Ulrich, „wir wollen sehen, wie weit bei Ihnen die Gleichberechtigung aller Richtungen“ in Wahrheit geht.“ Die Beratung des Antrages wird auch den Freisinnigen, die durch den Abg. Gausfleisch ihre Liebe zur Freiheit der Wissenschaft kundgaben, die Gelegenheit geben, diesen schönen Grundgedanken durch die That zu erhärten. —

Die „Post“ entkommt ob des Vorgangs in der hessischen Kammer in wilder Enttäuschung. Sie rasi:

„Im Großherzogtum Hessen scheint die Sozialdemokratie hauptsächlich schon mit den bürgerlichen Parteien völlig auf eine Stufe gestellt zu werden.“

Sie wir schon telegraphisch meldeten, ist ein Antrag von sozialdemokratischer Seite, einen sozialistischen Professor nach Gießen zu berufen, einem Ausschuß überwiesen. Die Kammer hätte gewiß besser gethan, über diesen Antrag einfach zur Tagesordnung überzugehen, denn ein sozialdemokratischer Wunsch genügender Professor muß in jedem geordneten Staate unmöglich sein, zumal ein Professor der Nationalökonomie, der etwa im Stile der bekannten kautskischen Vorträge über die soziale Revolution docieren würde. Man hätte diesen Antrag überhaupt nicht ernstlich behandeln sollen. Jedenfalls beweist der Umstand, daß ein solcher Antrag von einem Sozialdemokraten eingebracht wurde, genugsam, bis zu welchem Grade der **G r ö ß e n w a h n e r U m s t ü r z** er schon geblieben ist, daß sie ein Verlangen zu stellen wagen, dessen Erfüllung nichts andres wäre als ein Hinrichten des Staates auf seinen eignen Ruin. Mit Raubgierigkeit und Verjünglichkeit einen merkwürdigen Feinde gegenüber wird nichts erreicht. Man hält ihm nur den Steigbügel, damit er, sobald er im Sattel sitzt, den freundwilligen Helfer über den Haufen reißt. Wenn man in Hessen auf dem Wege freundschaftlichen Verkehrs mit der Sozialdemokratie beharrt, wird die Folge nur die sein können, daß die Unsturzpartei schließlich im Lande allmächtig wird.“

Die „Post“-Wut ist über alles Maß ergötzlich. Sie sieht nicht, daß die hessische Kammer unmöglich den Antrag Köhler annehmen und zugleich den sozialdemokratischen Antrag ablehnen konnte. Sie sieht auch nicht, daß das Zurückbleiben einer sozialistischen Professur denn doch noch weitab ist von der Verwirklichung. Doch der „Post“ ist nicht wohl ohne täglich zweimal — Morgen- und Abendblatt — Notfoller. —

Aus deutschen Höfen.

Allgemach mögen die „Eber-Jungen“ und Liebeswirren an deutschen Höfen zu einem ständigen Kapitel werden. Zwar wird so vieles geheimnisvoll verborgen, aber genug wird offenbar, um das Menschlich-Alzumenliche des Gottesgnadentums vor aller Welt zu zeigen.

Auch die beiden medlenburgischen Großherzöge — ferner im fernsten von Zeit zu Zeit die allgemeine Aufmerksamkeit auf ihre zarten Hofgeheimnisse. So war es, als vor einigen Jahren der Klapperschreck sich vorzeitig in Medlenburg-Strelitz einschickte. Diese Vorgänge erfüllten damals staats-erhaltende Gemüter mit banger Sorge. Dann wurden sie glücklicherweise vergessen, bis zu dem Augenblick, wo der gefährliche Vogel sich wieder in höheren Regionen nützlich zeigte. Diesmal behütete er Medlenburg-Schwerin. Es waren zunächst Hofkreise, dann die biedere Bürgerschaft, wo gerannt und gestüßert wurde; leider nicht mit dem stillen Ernst, den die Situation erheischt! Der Großherzogin Anastasia war von den letzten Veränderungen verordnet worden. Inzwischen vermodeten die weichen Lüfte der Riviera das Nebel nicht zu dämmen. Gernig, eines Tages meldeten die konservativen „Dresdener Nachrichten“ den Ausbruch eines unheilbaren Hofstaudals, und stummer des menschlichen Herzens wollten darin, daß gerade in der Stadt der weiland Kronprinzessin Luise diese Nachricht ihren Weg in die Presse fand, einen Akt ungleichem Gerechtigkeit leben. Was den Sachsen recht sein mußte, durfte den Medlenburgern billig erscheinen. Anastasia, die Mutter des regierenden Großherzogs, hat sich also damit befaßt, die medlenburgische Linie weiterhin zu spalten, ein Särztl, der angeht ihrer Wittwenhaft und ihrer Stellung als Großherzogin-Mutter Ueberwachungs bei allen denen hervorgerufen mußte, die in Fürsten und Fürstinnen Geschöpfe besonderer Art zu erblicken vorgeben.

Wahlvorbereitungen.

Ueber die Wahlbewegung sagt die „Nordd. Allg. Ztg.“, das Regierungsgeschehen, in ihrem Waidenrückblick:

„Was die Wahlbewegung anlangt, so nimmt zwar die Nominierung von Kandidaten einen regen Fortgang, aber wir vermüssen noch immer einen größeren Zug in der Bewegung. Ersichtlich ist das Zustandekommen des Wahlpartei's zwischen Konservativen, Nationalliberalen, Bund der Landwirte und Reformpartei im Königreich Sachsen. Im Gegentheil dazu scheint der Parteiensinn in anderen Teilen des Reiches sich noch zu steigern. Wenigstens werden aus verschiedenen Wahlkreisen nicht nur Differenzen zwischen einander nahestehenden Parteien, welche bisher gemeinsam in den Wahlkampf gingen, sondern auch innerhalb einzelner Parteien gemeldet, welche über die Kandidatenwahl ausgebrochen sind.“

Husland.

Die Adreßdebatte und die irische Landbill. London, 26. Februar. (Sig. Ver.) Die diesjährige Adreßdebatte frag von Anfang bis zu Ende einen ersten Charakter. Die Auseinandersetzungen über Wohnungsreform, Arbeitslosigkeit, Geese-reform, die irische Landbill und über die wichtigsten auswärtigen

Frage zeigten einen hohen Grad von Interesse am öffentlichen Leben. Noch lehrreicher war das Zehlen jeder Unterscheidungslinie zwischen den beiden Parteien. Von einem Konserbativismus im internationalen Sinne des Wortes war bei diesen Diskussionen nichts zu hören. Es giebt im britischen Parlament nur eine einzige Richtung: die liberale.

Das Zweiparteien-System, auf dem die britische Konstitution in den letzten Jahrzehnten aufgebaut wurde, ist verstimmt. Deshalb bringen es die lehrreichsten Debatten zu seiner neuen sozialpolitischen Praxis, wie sich dies am schlagendsten bei den Debatten über Arbeitslosigkeit und Wohnungsreform gezeigt hat. Erst das Auftreten einer unabhängigen parlamentarischen Arbeiterpartei, d. h. einer wirklichen Opposition, könnte hier Wandel schaffen. Mit welchen Schwierigkeiten diese entscheidende Bewegung zu kämpfen hat, bewies auch Keir Hardie's Eintreten für die Arbeitslosen. Hardie hatte sich vorher mit dem Abgeordneten Richard Well verständigt, daß dieser den Antrag unterstützen solle. Well aber zog es vor, den Antragsteller im Stich zu lassen, so daß eine Arbeitslosen-Debatte gar nicht stattgefunden hätte, wenn nicht John Burns in die Presse gesprungen wäre, um Hardie's Antrag zu unterstützen.

Die Sitzung von gestern war hauptsächlich der irischen Landbill gewidmet. Mr. John Redmond, der Führer der irischen Reaktion, machte den Versuch, den Sekretär für Irland zu veranlassen, sich über die kommende Landbill zu äußern. Der Versuch war zwar erfolglos, rief indes eine Diskussion hervor, in der die Redner aller Parteien sich bereit erklärten, für eine endgültige Lösung der irischen Landfrage zu wirken. Auf Einzelheiten ging nur John Morley ein, der im letzten liberalen Kabinett Sekretär für Irland war. Er sagte: „Die Landbill... wird ersiens eine sehr bedeutende, geradezu gigantische Geldsumme beanspruchen, die aber vollständig von den irischen Bauern zurückgezahlt werden wird; zweitens eine kleine Geldsumme, die von den britischen Steuerzahlern aufzubringen sein wird. Die Gesamtrente Irlands beläuft sich auf rund 4 Millionen Pfund Sterling (80 Mill. Mark) jährlich. Nach dem Bericht der gemeinsamen Konferenz der Grundherren und Pächter soll diese Gesamtrente als drei Prozent Zinsen eines Kapitals betrachtet werden, was die Summe von 130 Millionen Pf. Sterl. ergibt. Ferner soll die Gesamtrente um 15 bis 20 Proz. ermäßigt werden, durchschnittlich um 20 Proz., d. h. um 800 000 Pf. Sterl. Diese Differenz wird von britischen Steuerzahlern aufzubringen sein. Auf welche Weise dies geschehen soll, wird das Parlament entscheiden.“ Demgegenüber stehen Ersparnisse an Polizei und Justizverwaltung. Morley rechnet, daß eine Anleihe von 122 Millionen Pf. Sterl. nötig sein wird, um den Austausch der Grundherren zu vollziehen.

Auch John Burns beteiligte sich an der irischen Debatte. Er sagte: „Das Parlament steht am Vorabend höchst wichtiger Verhandlungen in Irland und Großbritannien. Alle sind darüber einig, daß wir bedeutende Konzessionen an Irland machen müssen. Die jetzt debattierte Reform hätte schon vor 50 Jahren in Angriff genommen werden müssen. England muß den Iren helfen und alle menschlichen Rücksichten beiseite lassen. Das Problem ist viel zu groß, um es durch kleine Mittel beseitigen zu können.“

Schweiz.

Auch eine „Wahlkorruption“. Zürich, 27. Februar. (Sig. Ver.) Eine sehr interessante Entdeckung ist dieser Tage im Kreise V der Stadt Zürich, zu dem das Professorenkollegium, ferner Gottingen, Hildesheim und Riesa bad gehören und in dem die Liberalen die Mehrheit haben, gemacht worden. Danach ist bei der am letzten Oktober-Sonntag 1902 stattgefundenen Nationalratswahl eine Urne mit 1567 Stimmzetteln verfallen und daher nicht mitgezählt worden. Da die Stimmendifferenz, welche zwischen dem letztgewählten bürgerlichen Kandidaten Freischi und unserm Genossen Ernst bestand, nur 1100 betrug — ersterer erhielt 10 440, Ernst 9250 Stimmen —, so ist nicht ausgeschlossen, daß die Nichtzählung der 1567 Stimmzettel das Ergebnis der Wahl selbst beeinflusst hat. Im V. Kreise erhielten Freischi 1404, unser Genosse Ernst 1090, so daß die Differenz nur 344 Stimmen betrug. Die Wahl Freischi's ist inzwischen vom Nationalrat anerkannt worden, ob nun nachträglich etwa noch die Revision der Wahl erfolgt, hängt wohl vom Ergebnis der Stimmenzählung durch das Statistische Amt der Stadt Zürich ab. In unsern Parteikreisen nimmt man durchaus nicht an, daß das „Verfallen“ dieser Wahlurne einer wohlwollenden Absicht zuzuschreiben ist, aber ebenso sicher ist, daß die Gegner von „Wahlkorruption“ der Sozialdemokraten reden würden, wenn der Fall in Aufrichtigkeit vorgekommen und unser Genosse Ernst gewählt worden wäre. Um aber in Sachen die nötige Klarheit zu schaffen, hat unsre Fraktion im Großen Stadtrat eine bezügliche Interpellation an den Kleinen Stadtrat gestellt. —

Italienische Hezekrien in der Schweiz.

Aus der Schweiz wird uns geschrieben: Der schweizerische Bundesrat hat in den letzten Tagen einen neuerlichen Beweis dafür erhalten, wofür seine ewige Liebedienerei und Müßiggangigkeit gegenüber Italien führt. Ein in Locarno im Kanton Tessin erscheinendes Blatt „Popolo e Libertà“ soll an der dortigen italienischen Kolonie Kritik geübt haben, worauf sich diese verammelte und eine Petition an die Regierung in Rom behufs Intervention in der Schweiz beschloß. Dieses Vorgehen gleicht wie ein Ei dem andern den langjährigen Hezekrien der „Mißländer“, der Engländer in Johannesburg, um ein Einschreiten Englands herbeizuführen und die dem auch der englischen Regierung den formalen Vorwand zum Eroberungskrieg gegen die Boeren gegeben hatten. Die vom schweizerischen Bundesrat seit Jahren gegenüber Italien geübte Liebedienerei, die im Falle Schweiz freilich in einem neuen Gelegenheitsgefetz gegen die Pressefreiheit auszuwählen lassen und nur in dem Begehren an die italienische Regierung um Intervention den vorläufigen Höhepunkt erreicht. Von da bis zu dem direkten Verlangen, die Schweiz zu annektieren, ist nur ein kleiner Schritt.

Auch wenn man den Vorgang nicht tragisch nimmt, so verdient er dennoch die schärfste Verurteilung, denn er lami leicht den schweizerischen Charakter gegen die ca. 80 000 Italiener in der Schweiz aufs neue entstellen und zu Tumulten führen, wie sie Mitte der Vier Jahre in Aufrichtigkeit vorlomen und worunter auch die große Masse aller jener Italiener leiden mußte, die den ebenso dummen wie dreisten Provokationen ihrer Landsleute in Locarno vollständig fernstehen. Die schärfste Verurteilung verdient anlässlich dieses Vorganges wiederum aufs neue die widerwärtigste Politik des Bundesrats mit der rüchgratigen Liebedienerei nach außen und der brutalen Müßiggangigkeit nach innen gegen das arbeitende Volk. —

Frankreich.

Paris, 27. Februar. (Sig. Ver.) Gestern wurde Jean Capistelement zu Grabe getragen. Sein Name ist über Frankreichs Grenzen hinaus wenig bekannt, er verdient aber in das goldne Buch des internationalen Sozialismus eingetragen zu werden.

Selbst von proletarischem Herkunft, hat er unter äusserst schwierigen Umständen sich zu einem Dichter und Vorkämpfer des Proletariats emporgerungen. Gebohren 1837,

hat er schon unter dem Kaiserreich für seine sozialistischen Ueberzeugungen gefoltert und Gefängnis erduldet. Die Pariser Kommune fand in ihm einen begeisterten und heldenhaften Verteidiger. Er wich der Versaillescher Macht mit unter den letzten Varrilladenkämpfern. Nach der Rückkehr aus dem Exil war er unter den ersten, die die sozialistische Bewegung wieder in Fluss zu bringen suchten. Querst in Paris und sodann im „Ardenner“-Departement, auf einem unproduktiven Boden, unter rückständigen, vom Unternehmertum gezeichneten Arbeitern und Kleinbauern. Es war Apostelarbeit im herrlichsten Sinne des Wortes. Er durcheinanderte das rauhe Land zu Fuß, von Ort zu Ort die frohe Botschaft des Sozialismus verbreitend, den Entbehrungen, den Mißhandlungen und dem Hohn seitens der von den Unternehmern aufgehehnen Arbeiter trotzend... Und es ist Elements Apostelarbeit, die in den Ardennen die sozialistische Saat befeuchtet hat, die dann eine so reiche Ernte liefern sollte. Heute gehören die Ardennen zu den bestorganisierten sozialistischen Gegenden Frankreichs. An der gereiften Ernte sich persönlich — in der Form eines Mandats — zu beteiligen, das war Elements Sache niemals.

Seine Beerdigungsfeier auf dem Père-Lachaise-Friedhof gestaltete sich zu einer imposanten Kundgebung. Mehrere tausend Sozialisten, darunter trotz des Wertes auch zahlreiche Arbeiter, folgten Elements Sarge mit Verehrung und Liebe. In seiner Rede sprach geeint die Vertreter aller sozialistischen Organisationen und Richtungen.

Die ideale Persönlichkeit des Toten hat selbst den Feinden Achtung abgenötigt. Der Pariser Gemeinderat hat, trotz seiner nationalpolitischen Wehrheit, auf sozialistischen Antrag eine „ewige“ unentgeltliche Grabstelle auf dem Père-Lachaise-Friedhof bewilligt und weiterhin beschlossen, Elements Namen einem Pariser Platz zu geben. —

Ein neuer Mörderfand. Kaum ist der Skandal von Nantes, durch den vor aller Welt die menschenmordende Ausbeutung enthüllt wurde, die in den Mörtern betrieben wird, vorüber, und schon ist ein neuer Skandal, bei dem fromme Diener Christi die Hauptrolle spielen, in Slat. In Brest, der Hauptstadt der Bretagne, wo die Pfaffen die Herrschaft über die Massen noch vollständig in der Hand haben, sind zwei Brüder der dortigen christlichen Schule wegen unzüchtiger Handlungen, begangen an ihren Schülern, verhaftet worden. Der Vater eines der Schüler hatte Anzeige erstattet; der Direktor der Schule verweigerte ihn zur Zurücknahme der Anzeige zu veranlassen. Der Beschuldigte war entflohen, wurde aber von der Polizei ergriffen. Eine Anzahl Schüler ist von dem Untersuchungsrichter vernommen worden und es scheint, daß noch mehr der geistlichen Herren beteiligt sind.

Die Aufregung unter der Bevölkerung in Brest ist eine sehr große; am 26. Februar fand eine Demonstration vor dem Kolleg statt, an der gegen 3000 Personen beteiligt waren. Gegen die Brüder wurden heftige Reden gehalten. —

Der Humbert-Prozess dürfte, wie mitgeteilt wird, in der zweiten Hälfte des Monats Mai zur Verhandlung gelangen. Justizrat Cherot wird unter Assistenz von drei Beirathern, wovon zwei frühere Minister sein sollen, die Verhandlungen führen. —

Bei den Steuererträgen im Rechnungsjahr 1902 sind bis zum 1. Februar 1903 die direkten Steuern um 21 585 000 und die indirekten Steuern um 92 050 210 Franks gegen den Voranschlag zurückgeblieben. Im Vergleich zu dem Vorjahre bedeuten diese Zahlen einen Mehrbetrag an Steuererträgen von 14 760 500 bei den direkten und von 21 511 720 Franks bei den indirekten Steuern. —

Italien.

Deputiertenkammer. Der Unterrichtssekretär des Kaiserlichen Sacelli erwidert auf eine Anfrage, daß sichere Nachrichten über den gegenwärtigen Aufenthaltsort des Nullah nicht vorlägen, daß der Nullah aber zweifellos weit von Venadir entfernt sei. Die Genehmigung zur Landung der englischen Expedition in Obbia sei unter der Bedingung erteilt worden, daß die militärischen Maßnahmen möglichst derart geleitet würden, daß der Nullah an einem Ueberfall auf Venadir gehindert werde.

Die Annahme, daß die italienische Regierung beabsichtigt, ganz oder teilweise ihre Rechte auf das Somaliland an England abzutreten, sei gänzlich unbegründet, im Gegenteil, auch die italienische Regierung habe zwar in freundschaftlicher Weise die englische Regierung zur Landung in Obbia ermächtigt, habe es aber ihre sehr eifrige Sorge sein lassen, in würdiger Weise ihre Stellung als Souverän aufrechtzuerhalten. —

Schweden.

Revision des Unfallverhütungs-Gesetzes. Beide Kammern des Reichstages haben am Mittwoch ohne Votierung auf Vorschlag des Gesetzgebungs-Ausschusses dem Antrage zugestimmt, die Regierung zu eruchen, das Gesetz über den Schuß gegen Verunglückungen sowie das Gesetz über die Beschäftigung von Frauen und Kindern in industriellen Betrieben und die damit zusammenhängenden Bestimmungen einer Prüfung zu unterwerfen. Vorschläge zu den notwendigen Änderungen zu machen und besonders auch eine bessere Markierung der Grenzen zwischen industriellen und handwerklichen Betrieben vorzuschlagen. — Die Lüge, die das schwedische Unfallverhütungs-Gesetz in dem letzterwähnten Punkt aufweist, bereitet den Gewerbe-Inspektoren fortgesetzt große Schwierigkeiten. —

Afrika.

Zwangsgangisierung in Transvaal. In Pretoria ist eine Verfügung betreffend die Organisation des öffentlichen Unterrichts in der Kolonie Transvaal erlassen. Danach soll u. a. der holländische Unterricht einschließlich des Religionsunterrichts nicht über 5 Stunden wöchentlich umfassen. —

Partei-Nachrichten.

Partei-Presse. Das „Sächsische Volksblatt“ in Jüdisch hat seit Ende November 1200 neue Abonnenten gewonnen, so daß seine Auflage jetzt 10 500 beträgt.

Die „Justice“, unser Londoner Parteiblatt, wird am 14. März ihre 1000. Nummer herausgeben, was bei einem Wochenblatt schon ein langes Leben bedeutet. Die Feinnummer wird besonders stark erscheinen und entsprechende Artikel sowie als Beilage einen Abend der ersten, am 19. Januar 1884 erschienenen Nummer des Blattes enthalten.

— Für unser Magdeburger Parteiblatt wird wieder einmal eine Polizei-Aktion unternommen. Bekannt ist, daß schon in den Jahren 1897 und 1898 die Buchhandlung der „Vollstimme“ lange Zeit polizeilich bewacht wurde. 336 Schenklinge hielten der Reihe nach getreulich die Wacht vor dem Laden und sagten jebermann was, der sich die Ausgabe ansehen wollte. Diese Melkams hat dem Blatte sehr genützt. Nachdem nun einige Jahre darüber hingegangen, scheint etwas Aehnliches im Werke zu sein. Wie das Blatt berichtet, geht zur Zeit ein Polizeikommissar in den Geschäftsverhältnissen um und fragt, ob die „Vollstimme“ abonniert wird. Die Auskunft trägt er sorgsam in eine Liste ein, die er bei sich führt. Die Anfrage kann natürlich nicht den Zweck haben, irgendetwas da Abonnenten auf das sozialdemokratische Blatt zu verlieren, da die Polizei hierzu kein Recht hat, und so kann sie nur den Erfolg haben, auf das Blatt aufmerksam zu machen, daß es fleißig abonniert werde.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Verammlungsrecht und Polizei.

Au Halle sollte in der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag eine Versammlung der Sozialistischen Partei stattfinden, in der über

Die Auslegung der Bekanntmachung des Bundesrats zum Schutze der Gewerkschaften beraten werden sollte. Die Versammlung sollte 1/2 Uhr nachts beginnen; sie begann 10 Minuten vor 1 Uhr und wurde um 1 Uhr aufgelöst wegen Eintritts der Polizeibeamten.

Gastwirtschaften haben bekanntlich in der Regel nicht früher Zeit, Versammlungen zu besuchen; durch Anwendung der Polizeistunde wird ihnen das Versammlungsrecht einfach genommen, obwohl im Vereinsgesetz kein Wort davon steht, daß Versammlungen des Nachts verboten wären.

Aus Industrie und Handel.

Der „Fall Exner“.

Leipzig, den 28. Februar.

Zu Beginn der heutigen Verhandlung kritisierten die Sachverständigen die Eingabe der Wechsel im Betrage von 22 Millionen Mark durch die Aufsichtsratsmitglieder der Treberg-Gesellschaft an die Leipziger Bank und erklärten alle nach dem Herbst 1898 mit dieser Gesellschaft gemachten Geschäfte für ungültig. Die Wechselgabe sei zwar nicht die Bilanz, wohl aber den Geschäftsbericht zu verfälschen bestimmt und geeignet gewesen.

Junge kaiserlicher Rat Dr. Kupfer-Wien sagt über Schwidits Auslassungen aus, wenn die Treberg-Gesellschaft sich ein halbes Jahr länger hätte halten können, wäre die Fusion aller Tochterunternehmen einschließlich der hiesigen Konkurrenz derselben perfekt und Kaffee geteilt gewesen. Schwidits habe zweifellos ein grandioses, aber leimwegs maaßgebendes Trutz vorgeschoben. Der Ausdruck „Komodie“ für die Generalversammlung vom 3. Februar 1899 sei viel zu scharf. Junge giebt aber zu, daß eine Anzahl Tochterunternehmen bereits damals Rot litten.

In der Nachmittagsverhandlung belundet der Fabrikbesitzer Huppberger aus Reheim, daß das Bergmannsche Patent unbrauchbar sei. Nachdem wiederum eine Anzahl Briefe über verschiedene Transaktionen verlesen und danach die Verhandlung auf Montagvormittag 9 1/2 Uhr vertagt.

Die Berliner Handelskammer über die Kaufmannsgerichte. Die Handelskammer haben in ihrer Mehrzahl zu dem vorliegenden Entwurf über Kaufmannsgerichte bereits Stellung genommen. Vielfach wurden diese Urteile zugleich zu Anlässen gegen die bestehenden Gewerbegerichte oder richtiger gegen die Arbeiterbeisitzer bemerkt; und in den meisten der vorliegenden Entwürfe kommt der Haß der Unternehmer-Korporationen gegen jede sozialreformatorische Maßnahme zum Ausdruck. Unter diesem Zeichen standen auch die Verhandlungen der Berliner Handelskammer, die gestern stattfanden. Die Notwendigkeit zur Errichtung von Kaufmannsgerichten wurde einfach verneint. Unter dem Deckmantel „keine Sondergerichte“ verbirgt sich nur das Verlangen, den Angestellten keinen Einfluß auf die Rechtsprechung einzuräumen. Während die Angestellten eine schnelle und billige Rechtsprechung erlangen wollen, um ihre Streitigkeiten vor den Richter bringen zu können, erklärt die Berliner Handelskammer sich gegen die Kaufmannsgerichte, weil niemand seinem ordentlichen Richter entzogen werden soll. Wenn aber doch derartige Gerichte errichtet werden sollen, dann nur im Anschluß an die Amtsgerichte.

Natürlich verlangt die Handelskammer auch die Zulassung von Rechtsanwältin zur Vertretung. Die Berufungssumme soll nicht über 100 M. erhöht werden. Anspruch auf Originalität hat der Vorschlag, die Zuständigkeitsgrenze hier nach den besonderen Verhältnissen durch das Ortsamt zu bestimmen. Die Zuständigkeit der Kaufmannsgerichte für Streitigkeiten aus der Konkurrenzkauf wird nur gewährt, wenn der Ankläger dieser Gerichte an die Amtsgerichte erfolgt und beide Parteien damit einverstanden sind. Das Wahlverfahren soll kein direktes sein. Die Wähler sollen nach Vorschlägen der Handlungsgehilfenvereine durch die Handelskammer ernannt werden. Wenn aber doch die allgemeine direkte Wahl eingeführt wird, dann hält die Handelskammer das Proportional-System für das Beste. Ferner wird dann das aktive und passive Wahlrecht für alle männlichen und weiblichen Angestellten, die das 25. Lebensjahr erreicht haben, verlangt. Private Schiedsgerichte sollen ausgeschlossen sein. Gutachten soll das Kaufmannsgericht nicht fällen und Anträge nicht stellen können. Es ist nach Meinung der Handelskammer ihr alleiniges Recht, über Handlungsgehilfenfragen zu entscheiden. Ebenso werden die Bestimmungen über die Kaufmannsgerichte als Entzugsgläubiger verworfen.

In der Diskussion erklärte sich der Herr Kolonialwarenhändler Nidel grundföhllich gegen jede Art von Kaufmannsgerichten; Herr Ledermann trat für Anschließ an die Gewerbegerichte ein. Herr Schindler sieht in dem Anschließ der Kaufmannsgerichte an die Amtsgerichte eine Angliederung an eine Rechtsinstitution, in dem Anschließ an die Gewerbegerichte hingegen einen solchen an eine soziale Kampforganisation. Herr Dr. Fischer behauptet, daß die gewählten Gewerbegerichts-Mitglieder häufig wenig geeignet als Richter wären — jedenfalls hätte er nur Arbeitgeberbeisitzer im Auge. Herr Sry, ein Oberstabsmajor der Holzindustrie, tritt für Ernennung der Wähler ein, weil die allgemeine Wahl Aufregung und Konflikte zwischen Chef und Angestellten hervorgerufen könnte. Auf gleicher Höhe der Beweisführung bewegte sich die ganze Debatte. Zum Schluß wurden mit überaus großer Majorität die Kommissionsvorschlöge angenommen.

Die Verhandlungen der Handelskammer dürften zur Auffklärung über die Stellung des Unternehmertums nicht wenig beitragen; sie zeigen den Handlungsgehilfen besser als lange Auseinandersetzungen, wie außerordentlich wohl es ihre guten Herzen Chefs mit ihnen meinen.

Siemens u. Halske — Schudert-Gesellschaft. Wie bekannt, ist vor kurzem zwischen den beiden obigen Gesellschaften vereinbart worden, eine neue Gesellschaft zu gründen, welche die hauptsächlichsten Bestandteile der beiden bisher getrennten Aktiengesellschaften übernimmt. Ueber die wesentlichsten Bestimmungen dieser Vereinbarungen, die demnächst in den einberufenen Generalversammlungen der Aktionäre beider Gesellschaften vorgelegt werden sollen, wird jetzt offiziell folgendes mitgeteilt:

Die neue Gesellschaft wird ihren Sitz in Berlin und eine Zweigniederlassung in Nürnberg haben. Von dem auf 90 Millionen Mark festgesetzten Stammkapital der Siemens-Schudert-Werke G. m. b. H. entfallen auf Siemens u. Halske 45,00 und auf Schudert 45,00 Millionen; eingezahlt werden vorerst 80 Millionen. Zweck des Unternehmens ist die Uebernahme und Fortführung des von beiden Firmen bisher selbstständig betriebenen und fabrications- und Verkaufsgeschäftes auf dem Gebiete des Starkstromes. Von Seite der Firma Siemens u. Halske wird demgemäß in die Gemeinschaft eingebracht das in Charlottenburg belegene Zinnmowert sowie das in Berlin-Bestand belegene Nabelwerk nebst Messinggießerei, ferner das Inventar und Lager der Abteilung für Beleuchtung und Kraft, der Lagerbestand für elektrische Bahnen, sämtliche die bezeichneten Arbeitsgebiete betreffenden Patente, Ruferschuß und Lizenzrechte, sowie ferner die zu diesen Werken und Abteilungen gehörenden Vermögensgegenstände, abzüglich Kreditoren, während die Firma Schudert einbringt die in Nürnberg belegenen Werke nebst Grundstücken, Maschinen, Rohmaterialien usw., die Außenstände, abzüglich Kreditoren, die Patente usw. Die Einbringung geschieht zu dem Buchwerte per 1. April 1903. Für den richtigen Eingang der Augenstände hat jede der einbringenden Gesellschaften der G. m. b. H. aufzukommen.

Die Gewinnverteilung findet nach folgenden Grundföhlen statt: Nach den ersten sechs Geschäftsjahren, welche als Uebergangszeit betrachtet werden, findet eine Gewinnverteilung statt im ungefähren Verhältnis von 55 Proz. für Siemens u. Halske und 45 Proz. für Schudert. In den ersten sechs Geschäftsjahren ist die Firma Siemens u. Halske ein wenig mehr bevorzugt. Es sollen zunächst in den ersten drei Geschäftsjahren (2 1/2 Jahre) nach vorgenommener Amortisation je 1 Million Mark für das Jahr an

beide Stammfirmen als Beitrag zum Obligationszinsendienst abgeführt werden. Der noch verbleibende Gewinn wird nach obigem Schlüssel 55 : 45 verteilt. Erreicht hierbei der Anteil von S. u. H. die Höhe von 2%, Millionen nicht, dann ist dieser aus dem Schudert'schen Anteil auf diesen Betrag zu ergänzen. Für die weiteren drei Jahre fällt das der Firma S. u. H. in den ersten drei Jahren zuzehende Vorkaufsrecht fort.

Deutsche Bank. Von allen deutschen Großbanken hat die Deutsche Bank verhältnismäßig am wenigsten angefochten. Die Erschütterungen, die andre Bankinstitute erlitten, haben vielmehr das Bestehen der Deutschen Bank, ihren Geschäftskreis weiter und weiter auszudehnen, außerordentlich begünstigt. Das zeigt sich wiederum in dem neuen Jahresausweis, den schon die Deutsche Bank veröffentlicht. Es beträgt danach der Rohgewinn ohne Vortrag vom vorigen Jahre 33 478 395 Mark (31 800 854 i. V.). Im einzelnen erbrachten Dividenden und Zinsen 13 341 718 Mark (13 001 281 i. V.), Sorten und Coupons 350 505 Mark (259 106), Effekten und Konfessionen 5 836 939 Mark (4 361 432), Provision 9 187 257 Mark (8 378 450), Kommanditen und dazuernde Beteiligungen bei fremden Unternehmungen 4 761 913 Mark (4 760 352).

Nach Abzug der Geschäftsausgaben, Abschreibungen auf Bankgebäude usw. bleibt ein Reingewinn von 20 623 503 M. (gegen 20 501 997 M. im Vorjahre), betrefis dessen Verwendung die Verwaltung vorschlägt: 1 312 333 M. (1901: 1 300 109 M.) an die ordentliche Reserve zu überweisen, 11 Proz. Dividende (wie im Vorjahre) zu verteilen und 783 763 M. (1901: 774 378 M.) auf neue Rechnung vorzutragen. Die Reserven erhöhen sich durch diese Zuweisung auf 55 293 295 M., gleich 34,55 Proz. des mit 160 Millionen Mark voll eingezahlten Aktienkapitals.

Die Gesamtsumme beläuft sich auf 56 783 Millionen Mark (gegen 51 813 Millionen im Jahre 1901).

Die Bilanz beweist eine weitere Ausdehnung des Geschäftes; auch die Liquidität hat sich gebessert.

Schiffverkehr in Hamburg. Während des Jahres 1902 sind in Hamburg 13 284 Seeschiffe von insgesamt 8 080 000 Reg.-Tons Raumgehalt (Netto) angekommen, und zwar 9624 Schiffe von 7 943 000 Reg.-Tons mit Ladung sowie 3660 Schiffe von 746 000 Reg.-Tons leer und in Ballast. Von Hamburg abgegangen sind im Jahre 1902 im ganzen 13 283 Seeschiffe von 8 086 000 Reg.-Tons, nämlich 10 093 Schiffe von rund 6 010 000 Reg.-Tons mit Ladung und 3190 Schiffe von 2 076 000 Reg.-Tons leer und in Ballast. Dem Vorjahre gegenüber hat sowohl die Zahl der in Hamburg angekommenen und von dort abgegangenen Schiffe als auch ihr Raumgehalt um rund 3/4 Proz. zugenommen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Klavierarbeiter! Die Kollegen der Firma Dech in St. Johann a. Saar ersuchen wegen drohender Differenzen um Fernhaltung des Zuges. Der Werkführer der Firma ist auf der Suche nach Arbeitern in Berlin anwesend. Die Branchen-Kommission des Holzarbeiter-Verbandes.

Zum Goldader'schen Bäderstreik. Wie groß die Unzufriedenheit auch unter den Verkäuferinnen im Goldader'schen Betriebe ist, davon zeugen die vielen Zuschriften und persönlichen Mitteilungen von jehigen und ehemaligen Verkäuferinnen an die Streikleitung. Wahre Lebensgeschichten sind diese, meist kurzen Lebensabschnitte bei den Goldader'schen „Heiltsöpfen“. Giften und Qualereien seitens der Kontrollleure sind zum System in diesen Betrieben geworden. Das System der Lehmädchen und deren rigoroser Ausbeutung sowie Ueberlastung der Ausgelernten klingt aus allen diesen Klagen. Eine Verkäuferin ist durch Ueberarbeit, verbunden mit unendlich kränkelnder Behandlung nervenkrank geworden.

Sie mußte ein sehr gangbares Geschäft mit einem Lehnmädchen allein besorgen. Vor Weihnachten nahm man ihr auch diese Hilfskraft noch fort, und sie mußte in der stötteken Geschäftszeit allein im Geschäft stehen. Am Weihnachtsheiligabend verkaufte sie für über 400 M. Ware allein. Dafür wurde ihr später dankbar erklärt, sie taue noch nicht mal zur zweiten Verkäuferin.

In der größten Halle war kein Ofen im Laden. Als dieser endlich nach langem Bitten gesetzt wurde, sollte sie keinen Coals brennen. Als sie solchen für eigenes Geld kaufte, wurde er ihr fortgenommen und nach dem Hauptgeschäft befördert. Ein Kontrollleur erlaubte sich öfter freie mannländiche Nebenarbeiten. Auf die Frage, warum sie gerade so hinstarrte würde, erklärte ihr der Herr: „Das hängt alles von Umständen ab.“ Ein ander Mal wurde ihr bedeutet, sie solle den Lehnmädchen das Führen der Bücher lernen, damit, wenn sie rausgeschmissen würde, gleich Erloy da wäre“. Nachdem sie über ein Jahr da war und die Behandlung immer fölschter und verlesender wurde und sie oft über Kopfschmerzen klagte, sagte ihr der Kontrollleur, „das käme von vielen Herumtreiben“. Sie kündigte endlich und das Entlassungszeugnis lautete folgendermaßen:

„Die Entlassung erfolgt auf eignen Wunsch, da ich mit ihren Leistungen nicht zufrieden war.“

E. Goldader.

Kommentar überflüssig. Für die Verkäuferinnen existiert eine achtstägige ungesetzliche Kündigungsfrist. Deshalb sieht es Herr Goldader gern, wenn die Verkäuferinnen selbst gehen.

Wie es gemacht wird, siehe oben. Ein Kontrollleur sagte zu einer Verkäuferin: „Ja werde wohl auch bald von Goldader weggehen. Ja soll die Verkäuferinnen weizen, und das kann ich nicht. Er ist heute noch da, vielleicht „kann“ er es jetzt.“

Das Publikum, namentlich die Frauen mögen diesem anständigen Betriebe ein lebhaftes Interesse bewahren.

Der Vorstand des Bäder-Verbandes.

Deutsches Reich.

Zum Konflikt in der Langsichen Fabrik in Mannheim meldet die „Frankf. Ztg.“: In einer Versammlung der Arbeiter der Langsichen Fabrik wurde die Einhaltung einer achtstägigen Kündigungsfrist beschlossen, wenn auch die Meinung vorherrschte, daß der Ausstand ohne Anbängung wirkungsvoller gewesen wäre. Die Direktion hat die Endlos-Kündigung der Arbeiter nicht angenommen; jeder Arbeiter müsse persönlich kündigen.

Die Hafnarbeiter der Unterweiser-Orte sind in eine begriffliche Erregung versetzt durch die Bekanntmachung des Norddeutschen Lloyd. Bekanntlich ist der Ausstand der Hafnarbeiter vor kurzem dadurch beendet worden, daß die Direktion des Lloyd den Vertretern der Streikenden die Zusage machte, es solle durch ein gerichtliches Verfahren festgestellt werden, ob der entlassene Arbeiter, wegen dessen der Streik ausbrach, oder der Vorkarbeiter, der die Entlassung herbeigeföhrt hatte, an Unrecht sei, und wer von beiden Unrecht habe, der solle dann entlassen werden. So hatte es die Kommission aufgefaßt, so hatte sie es den Ausständigen mitgeteilt, und diese hatten daraufhin die Arbeit aufgenommen. Die Mitteilung der Kommission ist in der Arbeiterpresse sofort veröffentlicht worden, ohne daß die Direktion des Lloyd die Richtigkeit derselben bestritten hat. Erst jetzt, nachdem nach Tage verstrichen sind, veröffentlicht die Direktion eine Bekanntmachung, worin die Mitteilung der Kommission als unzutreffend bezeichnet wird. Von der eventuellen Entlassung des Vorkarbeiters soll keine Rede gewesen sein. Die Kommission bezeichnet auch jetzt noch ihre Auffassung als zutreffend. Die Arbeiter halten das jetzige Vorgehen der Direktion für eine Herausforderung, der mit aller Energie entgegenzutreten werden soll.

Lohnbewegung im Baugewerbe in Coblenz. Die Arbeiter fordern einen Stundenlohn von 43 Pf., den die Unternehmer aber nicht bewilligen wollen. Die Arbeiter halten an ihrer Forderung

fest, es soll jetzt mit den einzelnen Unternehmern unterhandelt werden. Die Forderungen sind, je nach dem Alter des Gefellen, Stundenlöhne von 35—42 Pf., zehnstündige Arbeitszeit, Ausschlag für Ueberstunden- und Sonntagsarbeit und andre. Auch über diese Forderung soll mit den Unternehmern verhandelt werden.

Der Verband des Rattowitzer Gewerkschaftsartells, bestehend aus vier Personen, hatte sich vor der Strafkammer in Neustadt wegen Vergehens gegen § 2 des Vereinsgesetzes zu verantworten. Das Schöffengericht in Rattowitz hatte die Angeklagten zu je 15 M. verurteilt, weil sie der Polizei das Mitgliederverzeichnis und die Statuten nicht vorgelegt, und eine Versammlung des Artells nicht angemeldet hatten. Die Strafkammer als Berufungsinstanz erkannte dahin, daß das Artell kein Verein sei, und deshalb auch kein Mitgliederverzeichnis und keine Statuten einzureichen brauche. Wegen dieser Angelegenheit erfolgte Freisprechung. Wegen Nichtanmeldung der Versammlung, die nach Ansicht der Angeklagten nicht anmeldepflichtig war, weil sie sich nicht mit öffentlichen Angelegenheiten beschäftigt habe, wurde das Urteil erster Instanz bestätigt.

Som Schuß der Arbeitswilligen. Während des vorjährigen Bauarbeiterstreiks in Hamburg hatten die Hamburger Unternehmer, die bekanntlich Deutschland und Oesterreich nach Strafbrechern abföhren, auch in Böhmen ein Bureau in einer Schankwirtschaft errichtet, um Arbeitswillige anzuwerben. Der Vorsitzende der Böhmer Jahrtelle des Maurerverbandes, Urban, besuchte nun diese Wirtschaft, um die dort erscheinenden Arbeitswilligen über den Stand der Dinge in Hamburg aufzuklären. In einem Arbeitswilligen soll Urban gesagt haben: „Wenn Du nach Hamburg föhrt, werden Dir die Knochen kaputt geschlagen, und daselbe passiert Dir, wenn Du wiederkommst.“ Diese Aeußerung, die gemacht zu haben Urban entschieden bestrittet, und die auch bei dem Vorfall anwesende Zeugen nicht gehört haben, führte zu einer Anklage aus § 153 der Gewerbe-Ordnung. Der einzige Belastungszeuge war der angeblich Bedrohte, der zwar für die Gerichtsverhandlung nicht aufzufinden war, dessen vor dem Untersuchungsrichter gemachte Angaben aber dem Gericht genügten, um den Angeklagten zu je 8 Wochen Gefängnis zu verurteilen.

Gewerbegerichtswahlen fanden dieser Tage in Neustadt bei Laburg, einem Orte der Pommern- und Spielwaren-Industrie statt. Die Beteiligung war nur gering. Die von den organisierten Arbeitern aufgestellten Kandidaten wurden mit 17 gegen 2, bzw. 33—48 gegen 15 Stimmen gewählt. Als Auslöser mag erwähnt werden, daß die Arbeitswilligen von zwei am Orte befindlichen Porzellanfabriken eine eigne Kandidatenliste aufgestellt hatten, mit der sie natürlich kläglich durchfielen.

Ausland.

Die Galanterieföhler in Wien haben den Arbeitgebern folgende Forderungen eingereicht: Verlängerung der Arbeitszeit auf 9 1/2 Stunden, volle Bezahlung der Feiertage, Freigabe des 1. Mai, Abschaffung der Accordarbeit.

Gerichts-Zeitung.

Streikvergehen vor der Berufungsinstanz. Vor der Berufungskammer des Landgerichts I hatte sich am Freitag der Metallarbeiter W., wegen Vergehens gegen den § 153 der Gewerbe-Ordnung zu verantworten. Der Hauptbestand ist kurz folgender: Am 23. September v. J. anlässlich des Vorkühnen Dreherstreiks war der Angeklagte in der Seestraße an die von der Fabrik kommenden Arbeitswilligen Schwarz (jetzt in Frankfurt a. O.) und Jaques in der Abfahrt herangetreten, sie zum Mitstreiten zu überreden, und hatte sie gefragt, ob sie auch bei Vorkühnen arbeiteten. Die Antwort lautete: „Das geht Dich n. Dr. an.“ W. darauf hat der Angeklagte die Hand erhoben und gesagt: „Na, wartet mal, es kommt noch mal ne andre Zeit, dann kriegen wir Euch noch.“ Diesen Vorgang sah der Kriminalschuttmann Mühlberg, der den W. darauf kurzer Hand verhaftete. Von der Staatsanwaltschaft wurde gegen W. nun Anklage erhoben, weil er durch „Drohung“ andre Arbeiter zur Teilnahme an einem Streik zu bewegen gesucht hätte. Vor dem Schöffengericht wurde der Angeklagte jedoch freigesprochen, weil in jener Aeußerung keine Drohung zu erblicken sei. Gegen dieses Urteil hatte der Staatsanwalt Berufung eingelegt. Der Zeuge Jaques behauptete, daß er sich beläugelt und bedroht geföhlt habe. Kriminalschuttmann Mühlberg hat die Aufgabe gehabt, die Arbeitswilligen von der Arbeit zu befreien, weil sonst die Gefahr bestand, daß diese von den Streikenden durch Aeberebung oder sonstige ebenfalls von der Arbeit abgehalten würden. Die Aeußerung des Angeklagten hat er ganz genau gehört, die provozierende Bemerkung der von ihm geföhrteten Arbeitswilligen dagegen merkwürdigerweise nicht. Der Staatsanwalt beantragte gegen den bisher gänzlich unbescholtenen Angeklagten 14 Tage Gefängnis, denn in der Aeußerung und Handbewegung liege zweifellos eine Drohung. Rechtsanwält Dr. Heinemann als Verteidiger des Angeklagten plädierte für Freisprechung unter der Begründung, daß die versuchte Einwirkung auf die Arbeitswilligen eine durchaus legale gewesen sei und die juristischen Merkmale des Begriffs der Drohung hier nicht gegeben seien. Das Gericht stellte sich jedoch völlig auf dem Standpunkt des Staatsanwalts, hob das Schöffengerichtsurteil auf und verurteilte den Angeklagten zu der beantragten Strafe von 14 Tagen Gefängnis. In der Begründung sagte der Vorsitzende in gewohnter Weise, das Vorgehen der Streikenden mit solchen Mitteln sei verwerflich, die Arbeitswilligen müßten daher energisch geföhrt werden.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Macedonien.

Belgrad, 28. Februar. (Meldung des Wiener I. Z. Telegr.-Korr.-Bureaus.) In Erwiderung der Reformnote verweist der „Trgovinski Glasnik“ auf eine kürzlich durch die Blätter gegangene Mitteilung, nach der Serbien den status quo auf dem Balkan wünsche. Das Blatt protestiert energisch gegen eine derartige Behauptung; kein Serbe könnte die Aufrechterhaltung des status quo wünschen, der gleichbedeutend sei mit einem grausamen Vernichtungskampfe, welchen fanatische Albanesen, unterstützt von türkischen Truppen und türkischen Behörden, gegen das serbische Volk in Alt-Serbien und Macedonien föhren. Wenn Auland seinen orthodoxen Brüdern helfen wolle, dürfe es ihnen nicht die Hände binden, sondern müsse zu Zwangsmahregeln greifen, damit ernste Reformen endlich ausgeföhrt und der grausame status quo für immer beseitigt werden könne. Dabei müsse ihm auch Serbien nach Kräften behülflich sein.

Eisenbahn-Angelegenheiten.

Danzen, 28. Februar. (Z. Z. B.) Während des gestrigen Unwetters wurde ein aus 8 Wagen bestehender Zug beim Passieren des Stadtkreuzes über den Leven-Röh in der Nähe von Alverthien vom Sturm umgeworfen. 32 Personen trugen Verletzungen davon, vier werden vermißt; vermutlich sind sie in den Fluß geschleudert worden.

Gefangen.

Gangesund (Norwegen), 28. Februar. (Z. Z. B.) Während eines Sturmes lenierten gestern zwei Fischerboote. Die Besatzung des einen Bootes, vier Mann, sind arretiert, von der des andren Bootes ertranken drei Mann, während zwei gerettet wurden.

New York, 28. Februar. (Z. Z. B.) Infolge Nachgebens der Schienen entgleite in der vergangenen Nacht ein Eisenbahnzug in der Nähe von Lenox-City (Tennessee), wobei fünf Eisenbahnangestellte und eine Frau ums Leben kamen und eine größere Anzahl Personen verletzt wurden.

Reichstag.

270. Sitzung. Sonnabend, den 28. Februar 1903, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Kraetle. Auf der Tagesordnung stehen zunächst Petitionen. Petitionen um Erlass eines Gesetzes über die Anlage und den Betrieb von Straßenbahnen werden als Material überwiesen, ebenso Petitionen auf Abänderung des Handelsgesetzbuches; auf Abänderung des Strafgesetzbuches (Rehabilitation strafrechtlich verurteilter Personen).

Petitionen betr. die Erteilung der Befugnis zur Ausstellung von Befähigungszeugnissen für den einjährig-freiwilligen Militärdienst an die nichtstaatlichen Lehrseminare werden zur Erörterung überwiesen. Eine Petition des Vereins Münchener Kellnerinnen wird, soweit darin die Einführung einer zweijährigen Lehrzeit gewünscht wird, durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt, im übrigen als Material überwiesen.

Durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt werden die Petitionen betreffend die Aufnahme einer Hypothekensatzung.

Eine Petition der Neuen Berliner Maschinenbauerkasse auf Abänderung des Krankenversicherungs-Gesetzes wird der Kommission zur Vorbereitung der Novelle zu diesem Gesetz als Material überwiesen.

Eine Petition des Staatsanwalts Wagner in Weidenbrunn verlangt die Einführung der Strafverschöpfung. Die Kommission beantragt Ueberweisung als Material.

Abg. Thiele (Zoc.)

wiederholt den von ihm schon in der Petitionskommission gestellten Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung. Er erinnert an die 1898 und 1900 geführten Reichstags-Debatten über die Deportationsfrage, bei welchen alle Parteien und auch Staatssekretär Niederding sich entschieden gegen die Deportation ausgesprochen haben. Auch die Entschieden der Gouverneure in den deutschen Kolonien sprachen sich sämtlich gegen die Deportation aus. Die Erfahrungen mit der Deportation in Rußland, Frankreich und England sind durchaus nicht ermutigend. (Sehr richtig! links.) Der Petent, Staatsanwalt Wagner, wolle die Deportation auch gegen „innere Feinde“ angewandt wissen; über hohle Phrasen komme er in seiner Begründung nicht hinaus. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Es liege kein Grund vor, die von römischen Kaiserern erfundene Strafmethode der Deportation für Deutschland einzuführen, wenn auch neuerdings manche Lausitz aus jener Zeit bei uns aufgefischt werde. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Das Haus (etwa 20 bis 30 Abgeordnete sind im Saale anwesend) beschließt nach dem Antrage der Kommission.

Darauf wird die zweite Beratung des Etats beim Etat der Reichspost- und Telegraphenverwaltung fortgesetzt.

Staatssekretär Kraetle:

Ich möchte der Beratung einige Worte vorausschicken und hoffe damit die Verhandlungen abzulängen. Infolge der noch immer bestehenden Depression in Handel und Verkehr waren wie gewöhnlich, die Einnahmen möglichst vorzüglich zu tätieren. Wir hoffen, daß außer den 15 Millionen, die als Mehrerlöse vorgesehn sind, noch die vier Millionen, um die die letzten Einnahmen vor dem Aufschlage zurückgeblieben waren, eingeholt werden. Abfische sind diesmal von den übrigen Restposten bei der Reichspostverwaltung nicht gemacht worden. Linke Wünsche für Stellenzulagen und Feuerzulagen haben alle Berücksichtigung gefunden. Es hat eine Vermehrung der Beamten- und Unterbeamten-Stellen um 5070 stattgefunden. Davon entfallen auf Beamte 2341, auf Unterbeamte 2729. Allerdings war es nur möglich, 2000 Assistentenstellen zu berücksichtigen. Die Assistentengruppe besteht gegenwärtig aus ca. 8000 unangestellten Beamten. Unser Wunsch geht dahin, das Diktariat dieser Beamtenstelle möglichst abzulängen. Wir müssen aber auf dienstliche Verhältnisse Rücksicht nehmen.

Man kann die Aussichten dieser Beamten nur so verbessern, daß man sie in Postämtern III. Klasse, die sich in kleineren Orten, auch auf Dörfern befinden, anstellt. Sie werden aber zugeben, daß das keine sehr glänzende Anstellung ist, es liegen da Schwierigkeiten in Bezug auf die Wohnungs- und Schulverhältnisse vor und auch dienstliche Schwierigkeiten, die darin bestehen, daß die Vorsteher solcher Postämter III. Klasse in demselben Rang- und Dienstverhältnis stehen wie die Assistenten. Weiter sollen, um mehr Stellen für die Assistenten zu schaffen, bei den Postämtern I. und II. Klasse keine weiblichen Personen mehr angestellt werden und auch bei Telegraphenämtern nur zur Bedienung der Fernsprechanlagen. Weiter sind vorgesehn 1200 Zulagen für gehobene Unterbeamten. Entlassungen von Angestellten sind stets nur da erfolgt, wo, wenn der Beamte fest angestellt wäre, das Disziplinarverfahren auf Entlassung eingeleitet worden wäre. Die Reichspostverwaltung hat nicht weiter gehen können als zur Forderung von 2000 neuen Stellen. Das war keine Laune, sondern dringender Zwang forderte diese Einschränkung.

Zur Geschäftsordnung regt

Abg. Eichhoff (fr. Sp.) an, daß sich die Redner zum Titel „Staatssekretär“ der Besprechung aller derjenigen Fragen entzählen möchten, die sich bei den einzelnen Titeln erledigen ließen. Er befindet sich damit im Einklang mit den im Seniorenskizzen geäußerten Wünschen.

Präsident Graf Beckersheim schließt sich diesem Wunsche an. Zwingen könne er aber niemand.

Abg. Hug (W., linker verständig) bringt verschiedene Wünsche der Handelskammer in Konstanz über den postalischen Grenzverkehr mit der Schweiz vor. Bezüglich des Wohnungsgeld-Zulages seien nach Erlass des neuen bayerischen Wohnungsgeld-Gesetzes die Reichspostbeamten in Großherzogtum Baden weit schlechter gestellt als die bayerischen Beamten. Redner hofft, daß im Jahre 1904 eine neue reichsgesetzliche Regelung der Wohnungsgeld- und Servisverhältnisse erfolge. Die Postagenten seien zu gering bezahlt und entbehrten vielfach der Sonntagsruhe.

Abg. Eichhoff (fr. Sp.): Die Gründe für den vorübergehenden Einnahme-Ausfall der Postverwaltung liegen klar auf der Hand. Allein die Aufhebung der Privatposten hat 74 Millionen gelöst. Dazu kommt die Ermäßigung der Tarife im Ost- und Vorostverkehr und eine Minderung des Fernsprecheins. Es wäre durchaus korrekt gewesen, die Kosten der Uebernahme der Privatposten durch Anleihen zu decken. Wir haben absolut keine Veranlassung, wegen des Reichspostdefizits trotz der augenblicklichen schlechten Finanzlage kränke in die Zukunft zu schauen. Ich kann daher an den Staatssekretär nur die dringende Bitte richten, sich durch nichts von dem Wege der materiellen und der Personal-Reformen abhalten zu lassen. Vorläufig sind die mageren Jahre im Postetat zu Ende. Mit den Neu-Einrichtungen verfährt die Postverwaltung im allgemeinen durchaus liberal. Um so auffälliger ist ein Fall, der kürzlich einem Dresdener Gelehrten passiert ist. Dieser sandte ein von ihm verfaßtes Wert einem Freunde mit der Widmung: „Herrn R. R. mit freundlichen Grüßen vom Verfasser.“ Die Sendung wurde ihm zurückgestellt, weil sie nicht als Drucksache behandelt werden könne. Auf seine Beschwerde berief sich die Dresdener Oberpostdirektion auf eine Entscheidung des Reichspostamts, wonach handschriftliche Zusätze wie „mit herzlichem Gruß“ nicht als Widmung auf einer Drucksache angesehen seien. Von einer

Porto-Interziehung kann aber bei solchen Zusätzen doch absolut keine Rede sein.

Was das Personal anlangt, so möchte ich den Staatssekretär fragen: warum werden die Gehälter aller Postbeamten nicht vierteljährlich ausbezahlt? Es ist das augenblicklich nur bei einzelnen Kategorien der Postbeamten der Fall. Hat man unglückliche Erfahrungen damit gemacht? Man spart doch auch Arbeitskräfte damit. Die Abwechslungsanfänger der höheren Postbeamten sind augenblicklich recht schlecht. Sie würden sich noch verschlechtern, wenn sich das Gericht befähigte, daß eine Anzahl Juristen in den Reichs-Postdienst eingestellt werden sollten. Beabsichtigt der Staatssekretär überhaupt die Anstellung von Juristen?

Die Stellenzulagen bilden eine forgesetzte Kette (Kreuz) für die Beamten fast aller Kategorien. Der Staatssekretär hat im vorigen Jahre erklärt, daß er sich von dieser meiner Auffassung nicht allzuweit entferne. Da eine allgemeine Regelung dieser Verhältnisse noch in weitem Felde zu liegen scheint, so müssen wir die Vermehrung der Zulagen in diesem Etat dankbar anerkennen. Sollte es aber nicht möglich sein, für alle Stellenzulagen gleiche Bedingungen zu schaffen? Heute sind einzelne dieser Zulagen pensionsfähig, andre nicht. Warum erhält kein einzelner Postdirektor in der Provinz eine Stellenzulage gleich den Berlinern? Die Repräsentationskosten in der Provinz sind sicher höher als die in Berlin. Wie bei allen Beamten, so besteht auch bei den Postbeamten ein Mißverhältnis zwischen Wohnungsmiete und Wohnungsgeldzulagen. Die Regelung dieser Frage ist indes auf später zu verlagern. Ein großer Mißstand bei der Postverwaltung ist, daß die höheren Beamtenstellen meist durch Bureaubeamten besetzt werden, die den wirtlichen Betrieb nicht kennen, da sie nie eine leitende Stelle im Betriebe eingenommen haben. Es dürfte aber nur Männer in die Aufsichtsstellen gesetzt werden, die lange Jahre der Praxis hinter sich haben. (Bravo! links.)

Abg. Singer (Zoc.):

Ich kann es im Gegensatz zum Herrn Vorredner nur begrüßen, daß die Reichspostverwaltung die Entschädigung für die Privatposten nicht aus Anleihen genommen hat. Man laßt doch nicht etwas auf Anleihen nehmen, dessen dauernden Wert man zu berechnen gar nicht im Stande ist. Auch der Rat des Herrn Vorredners, für Wohnungen auf Druckfachen ein Schema zu schaffen scheint mir durchaus verfehlt. Ich zahle lieber 3 bis 10 Pf. Porto mehr, als mir von der Postverwaltung vorschreiben zu lassen, in welcher Weise ich die Widmung eines Gegenstandes an einen Freund machen soll. Ebenso halte ich den Wunsch des Herrn Eichhoff nicht für berechtigt, daß alle Beamten vierteljährlich ihr Gehalt ausbezahlt bekommen. Ich kann mir denken, daß eine Anzahl Beamten den Wunsch haben werden, das, was sie von ihrem Monatsgehalt für die Mietzahlung usw. aufbewahren, täglich anzulegen. Weshalb sollten auch die Postbeamten dem Reiche Kredit eröffnen? Ganz allgemein die Stellenzulagen pensionsfähig zu machen, wie der Vorredner das wünschte, halte ich für nicht richtig, wenn ich auch mit ihm das System der Stellenzulagen gern beibehalten würde. Die Klagen über unzureichenden Wohnungsgeldzulagen, die Herr Hug vorbrachte, sind ja ganz allgemein. Sie können aber nur erledigt werden im allgemeinen Service- und Wohnungsgeldzulagenwesen. Es ist bedauerlich, daß Herr Hug seinen Einfluß auf seine Parteigenossen nicht benutzt hat, um dahin zu wirken, daß dies Gesetz im vorigen Jahre fadenscheinig erledigt wurde. Seiner Heftigkeit ist es zu danken, daß die Frage auf fünf Jahre vertagt worden ist. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) In Bezug auf den Etat, glaube ich, ist weder der Bestimmungs des Herrn Staatssekretärs noch der Optimismus des Herrn Vorredners berechtigt. Ich glaube ja nicht, daß die mageren Jahre schon vorüber sind, aber jedenfalls lag für den Herrn Staatssekretär auch kein Mißfall vor, die Wünsche des Reichstages vom vorigen Jahre nicht zu berücksichtigen.

Herr Staatssekretär hat seinen Beamten und auch wohl dem Reichstage eine Ueberraschung bereitet, indem er getreu dem stolischen Vorbilde bei dem höchsten Hebzuge eine Eigen- und Streifenvermehrung bei seinen Beamten angeordnet hat. Wir haben jetzt die Freude, zu sehen, daß eine Anzahl dieser Beamten jetzt mit goldenen Ägen und goldenen Schleifen auf ihren Schultern gelockert umhergeht, und wir wissen, daß dies eine Auszeichnung sein soll für diejenigen, die eine 15-jährige Dienstzeit hinter sich haben. Diese Herren haben ja jetzt auch das Recht erhalten, sich Ober-Schaffner, Ober-Briefträger usw. zu nennen. Hier scheint der freundschaftliche Einfluß des Reichs-Schaffners auf die Postverwaltung eingewirkt zu haben. Der Direktor im Reichs-Schaffneramt zwele erklärte uns hier neulich, daß Titel erbschwerdener seien als Gehaltszulagen. Ein kärglich besoldeter unterer Postbeamter nimmt viel lieber eine Zulage von 200 M. als solche Interessenten (Weiterkeit) die nur einen äußerlichen Wert haben.

Was die sogenannten gehobenen Stellen anlangt, so wollen die Klagen über die ungleiche Verteilung dieser Stellen immer noch nicht verstummen. Es wird immer wieder behauptet, daß die Ueberfüllung in diese Stellen, die ja nicht nach einem Plane der obersten Verwaltung erfolgt, sondern in das Belieben der Amtsvorsteher gestellt ist, sich sehr häufig nach Günst und nicht nach den Leistungen richtet. Eine ganze Kategorie von Beamten soll der Vergünstigung dieser Stellen, mit denen eine Zulage von 200 M. verbunden ist, gar nicht teilhaftig werden, und zwar das ganze Bahnpostpersonal auf Nebenstellen. Vielleicht prüft der Staatssekretär diese Verhältnisse einmal.

Weiterhin hat der Staatssekretär nicht genügend begründet, weswegen die Reichspostverwaltung ihrem Verprechen auf Mehrerlösung von Postassistentenstellen nicht nachgekommen ist. Aus den vom Staatssekretär selbst angegebenen Zahlen, wonach über 1400 Stellen vorhanden sind, die den für eine feste Anstellung zu stellenden Bedingungen entsprechen, geht hervor, daß sehr wohl eine Verwendung für 3000 neue Assistentenstellen vorhanden gewesen wäre. Der Staatssekretär hat uns mitgeteilt, daß er die sogenannten „Ausschlagstellen“ behalten müsse. Diese Herren kommen aber hier gar nicht in Frage, weil der Bedarf an festen Stellen über diese hinaus vorhanden ist. In dem platonischen Wohlwollen der Postverwaltung für alle ihre Beamten zweifle ich durchaus nicht. Aber das kann den Beamten nicht über den Mangel an einer festen Stellung, die sie glauben verdient zu haben, hinweghelfen. Der Staatssekretär selbst bezeichnete es als erstrebenswert, daß jeder Angestellte nach fünfjährigem Diktariat in eine feste Stellung komme. Wenn das aber durchgeführt werden soll, so muß die Zahl der Assistenten um eine höhere Ziffer vermehrt werden, als der Staatssekretär verlangt. Der hauptsächlichste Wunsch der Beamten besteht in dem Verlangen einer geschätzten Anstellung. Bei den diktatorisch beschäftigten Beamten ist, wie die sechsmonatliche Kündigung immer über ihrem Haupte, was die Unsicherheit ihrer Situation außerordentlich verstärkt. Es mag ja sein, daß Kündigungen nur in solchen Fällen vorgenommen sind, wo gegen festangestellte Beamte die Disziplinaruntersuchung auf Kündigung eingeleitet worden wäre, aber der Staatssekretär kann nicht alles sehen. Ich werde ihm später noch einige Fälle mitteilen, in denen wahrscheinlich die Sache so lag, daß, nachdem die untergeordneten Behörden ihre Entscheidung getroffen hatten, man nicht gern von oben weiter in die Dinge eingreifen wollte. Man sollte es den Beamten aber auch ersparen, eine eventuelle Zurücknahme der Kündigung durch Bekwerden erleiden zu müssen. Ein Beamter, der das Verbleiben im Amte erst der Bekwerden gegen einen Vorgesetzten verdankt, hat weder auf dieser noch auf einer späteren Stelle ein besonders glückliches Dasein. Was die diktatorisch beschäftigten Postassistenten anlangt, so sollte man ihnen zum mindesten, sobald sie über fünf Jahre beschäftigt sind, dasselbe als Tagelöhner gewähren, was die angestellten Assistenten an Gehalt beziehen. Denn die Arbeit ist doch dieselbe. Die Arbeitszeit der Unterbeamten ist vielfach bei den Postämtern I. und

II. Klasse noch 64-66 Stunden, bei denen III. Klasse und den Agenturen 60-70 Stunden wöchentlich. Mir scheint bei dem anstrengenden Dienst dieser Beamten eine wöchentliche Arbeitszeit von 60 Stunden das Höchstmögliche zu sein. Man sollte mehr Unterbeamte einstellen, um die Arbeitszeit herabsetzen zu können. Beim Reichstage würde der Herr Staatssekretär keinen Widerstand finden. Ein Mangel der langen Arbeitszeit ist auch, daß die Unterbeamten nicht die volle Sonntagsruhe haben können. Ebenso wie die Klagen über mangelhafte Sonntagsruhe hören wir auch dauernde Klagen über die höchst mangelhaften Urlaubsbewilligungen. Von Jahr zu Jahr erfolgen bei einer ganzen Anzahl von Postämtern diese Urlaubsbewilligungen höchst ungenügend und zum Teil nach Günst. In einzelnen Fällen soll ein Urlaub erst erteilt werden, wenn der Beamte fünf Jahre im Dienst gewesen ist. Das liegt nicht einmal im Interesse der Verwaltung selbst, denn der Urlaub soll doch auch dazu dienen, die Arbeitskraft des Beamten zu stärken. Ueber die Arbeitszeit der Telegraphistinnen werden mir Mitteilungen gemacht, wonach die Dienstzeit dieser Damen gelegentlich von 7 Uhr morgens bis 2 Uhr mittags oder von 2 Uhr mittags bis 10 Uhr abends. Sie haben nur eine Pause von 20 Minuten zum Frühstück resp. Abendessen. Diese muß aber morgens vor 9 Uhr oder nachmittags vor 5 Uhr laut Verfügung erledigt sein, so daß eigentlich ihre Pausen gar nicht erfüllt werden kann. Jedenfalls ist eine 7 bis 8 stündige Tätigkeit an den Fernsprechanlagen geradezu gesundheitsgefährlich. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Dieser Dienst dürfte höchstens 4 Stunden dauern, denn auch eine fortgesetzte vierstündige Dienstzeit wird völlig genügen, um die Nerven dieser Damen in solche Spannung zu versetzen, daß sie alle Ursache haben, sich ein paar Stunden auszuruhen.

Noch einige Bemerkungen über das Recht der Reichspostbeamten im allgemeinen. Es scheint fast, als ob die Reichspostverwaltung listern ist nach den Vorbeeren, die sich der preussische Eisenbahn-Minister vor kurzem geholt hat, folgende Vorgänge lassen darauf schließen. Wir haben stets den Standpunkt vertreten, daß die Verwaltung kein Recht hat, sich um die außeramtliche Tätigkeit ihrer Beamten - soweit nicht irgend etwas Ehrenrühriges daffiert - zu kümmern. Leider sind wir noch nicht so weit, wie die anderen Staaten, daß auch die Beamten das Konfessionsrecht ausüben können, aber jedenfalls können wir auch unter den jetzigen Verhältnissen verlangen, daß die Verwaltung ihre Beamten ungehindert läßt, wenn es sich um ihr außeramtliches Verhalten handelt. Ein Verbot an Beamte, irgend ein Zeitungsorgan zu lesen, sich an einem Verein zu beteiligen, geht weit über das Recht der Postverwaltung hinaus. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Dadurch werden die Beamten in eine Art Sklaverei gebracht. Nun ist in der Petitionskommission ein Fall zur Sprache gebracht worden, in dem ein Postbeamter nach 16-jähriger Dienstzeit entlassen worden ist, weil er auf den „Deutschen Postboten“ abonniert hat und gewagt hat, für diese Zeitung einen Artikel zu schreiben. Als seine Bekwerden an die Behörde haben nichts genutzt. Die Petitionskommission hat unglücklicherweise unter besonderer Mitwirkung der Herren vom Centrum gegen die Stimmen der Linken entschieden, daß die Entlassung aus dem Inhalt des Artikels gerechtfertigt sei. Nach der „Germania“ soll der Artikel aufgesetzt haben zum Widerstand gegen die vorgelegte Behörde. Redner verliert den betreffenden Passus des Artikels. Aus diesem Artikel ist doch nichts von Widergesetzlichkeit gegen die vorgelegte Behörde herauszulesen. Der Artikel fordert lediglich die Kollegen zum treuen Festhalten an dem Organ, das ihre Interessen vertritt, auf. Wenn wirklich gestügt auf diesen Artikel die Entlassung erfolgt ist, so wäre das ein Skandal allerersten Ranges. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Die „Germania“ trägt sich darauf, daß der Beamte 6mal in den 16 Jahren Ordnungsdirektor erhalten hat. Der Vertreter der Reichspostverwaltung hat aber in der Kommission trotz ausdrücklicher Aufforderung die Art dieser Strafen nicht genannt und daraus kann man wohl mit Recht schließen, daß es sich hier nur um ganz geringfügige Strafen, wie z. B. Rückkommen zum Dienst usw. handelt. Ich bitte den Staatssekretär, sich über diesen Fall zu äußern. Wenn ein solches Verfahren der Postverwaltung um sich greifen würde, dann würde die Postverwaltung nicht mehr auf treue und ehrliebe Beamte rechnen können. Eine solche Maßregel zieht nur die Heuhäkel unter den Beamten groß. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.)

Noch ein Fall, der auf die Moralitätsansprüche, die in der Reichspostverwaltung herrschen, ein merkwürdiges Licht wirft. Ich habe hier Mitteilungen, wonach einem Ramme, der in Frankfurt a. M. bei dem Postamt beschäftigt war, von seinem Vorgesetzten die Erlaubnis zur Heirat verweigert wurde, weil seine Frau drei uneheliche Kinder hätte. Der Mann fürchte seinem Vorgesetzten gegenüber aus, daß er das Mädchen heiraten wolle und müsse. Die Bedenken des Vorgesetzten, daß der Mann nicht im Stande sei, die Frau und drei Kinder zu ernähren, trafen nicht zu, weil zwei Kinder bei Verwandten und eins in einem katholischen Stift untergebracht wurde. Beim Ober-Postdirektor wurde der Mann nicht vorgelesen. Er heiratete am 25. April v. J. und wurde am 2. Mai entlassen. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Das ihm ausgesetzte Zeugnis, das mir vorliegt, erklärt seine Leistungen für befriedigend. Weder eine Bekwerbe an die Postbehörde, noch ein Immatrikulationsgesuch an den Kaiser hatte Erfolg.

Die Auffassung, die die Reichspostverwaltung in diesem Falle befhätigt hat, ist aber keineswegs gerecht. Wer in aller Welt hat sie zum Richter angeeignet, wann ein Unterbeamter heiraten darf? Es ist doch das Gegenteil von moralisch, jemand zu hindern, ein gegebenes Verprechen zu erfüllen und einen Zustand wieder gutzumachen, den die vorgelegte Behörde für unmoralisch ansah. Die Reichspostverwaltung hat nur das Recht zu verlangen, daß der Mann seine Pflicht erfülle, aber kein Recht zu solchen Eingriffen in die persönliche Freiheit. Dieser Beweisschwanz beweist, daß auch die Reichspostverwaltung ihre Beamten nicht als freie Staatsbürger ansieht, die ihre Arbeitskraft für eine Entlohnung dem Staat zur Verfügung gestellt haben, sondern als willenloses Werkzeug ihrer Macht. Diesen Zustand beklage ich aufs tiefste, und kann nur hoffen, daß wir im nächsten Jahre solche Bekwerden nicht wieder vorzubringen brauchen. (Lebhafter Beifall bei den Socialdemokraten.)

Staatssekretär des Reichspostamts Kraetle:

Der dem Vorredner nachstehenden Presse macht es geradezu Vergnügen, jedes Mal, wenn einer dieser unglücklichen Unterbeamten wegen Vergehen verurteilt ist, darauf hinzuweisen, es sei geradezu ein Skandal, daß die Postverwaltung Leute mit vier Kindern mit einem täglichen Gehalt herumlaufen läßt. Das klingt aus Ihren (zu den Socialdemokraten) Mäulern immer hervor. Wir müssen aber doch dafür sorgen, daß Beamte ober angehende Beamte nicht zu früh solche Verhältnisse eingehen. (Unruhe bei den Socialdemokraten.) Wir verbieten den Leuten nicht zu heiraten, aber sie können doch damit warten bis zur Anstellung. (Lachen bei den Socialdemokraten.) Ja, Sie lachen darüber, Sie legen sich die Fälle zurzeit, wie es Ihnen paßt, und setzen sich ruhig aneinander, dann wollen Sie nichts hören. (Abg. Singer: Wir hören ja!) Den letzten Socialfall kenne ich nicht. Wir sind aber keineswegs so rigoros. Etwa 56 Proz. der angestellten Beamten sind verheiratet. Wir entscheiden dabei nach dem einzelnen Falle. Angaben wie die, daß der eine Bruder dieses Kind zur Pflege und der andre jenes, treffen unter Umständen nicht zu. Den Beamten wird von den Angehörigen des Mädchens vielfach derartiges vorgelesen, sie werden verzeitt und schellen und dann machen Sie (zu den Socialdemokraten) uns Vorwürfe. Wahrscheinlich war auch in dem vorliegenden Falle der Oberpostdirektion keine Sicherheit gegeben, daß die Verhältnisse wirklich so lagen, wie der Mann angab. Die Oberpostdirektion aber hat doch die Verantwortung dafür, daß so wenig Bekwerden wie möglich vorkommen.

Im Ministertische: Budde.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst zwei Interpellationen betreffend wasserwirtschaftliche Fragen. Die Interpellation der Abgg. v. Arnim, v. Löbell (l.) und Genossen lautet:

Beabsichtigt die Igl. Staatsregierung im Etat für 1904 Mittel in angemessener Höhe zur nachhaltigen Beseitigung dringender Notstände in den Stromgebieten namentlich der unteren Oder, Spree, Havel und Elbe zu fordern?

Die Abgg. Dr. Veumer und Genossen (natl.) haben folgende Interpellation eingebracht:

Sind die Vorarbeiten für den Bau eines Schiffsahrkanals vom Rhein zum Dortmund-Ems-Kanal durch das Emderthal (als Teilstrecke des Rhein-Wefer-Elbe-Kanals) so weit abgegeschlossen, daß die zu wählende Linienführung endgültig feststeht?

Ist die Igl. Staatsregierung für diesen Fall bereit, um eine abermalige, die wirtschaftlichen Interessen des dortigen Industriegebietes schädigende Verschlebung dieser Linie zu vermeiden, alsbald und wenn möglich noch in dieser Tagung mit einer Kreditforderung an den Landtag heranzutreten, um den Grundriß für die projektierte Linie zu sichern?

Es erfolgt zunächst die Beratung der ersten Interpellation. Minister Budde erklärt sich bereit, die Interpellation sofort zu beantworten.

Abg. Freiherr v. Döberck (l.) begründet die Interpellation der Konservativen. Die darin enthaltenen Forderungen sind schon seit Jahrzehnten erhoben worden. Es ist im volkswirtschaftlichen Interesse geboten, daß die untere Oder, Spree, Havel und Elbe wenigstens wieder in den Stand gesetzt werden, in dem diese Verleserwege sich früher befanden haben. Das ist eine Forderung, die durchaus unabhängig von anderen Projekten erhoben werden muß. Die jetzigen Zustände sind unhaltbar. (Beifall rechts.)

Zur Beantwortung der Interpellation nimmt das Wort Minister Budde.

der folgende Erklärung verliest: Die Staatsregierung erkennt das Vorhandensein dringender Notstände in den Stromgebieten namentlich der unteren Oder, der Spree, der Havel nach wie vor bereitwillig an. Zur Beseitigung dieser Notstände, namentlich zur Verminderung der Hochwasser-Gefahr, zur Förderung der Landwirtschaft, teilweise auch zur Verbesserung der Schifffahrt und zur Erhaltung des Stromlaufs, sind deshalb von der Regierung bereits — leider vergeblich — die erforderlichen Mittel im Jahre 1901 gefordert worden. Der Wunsch der Interpellanten, die erwähnten Notstände thunlichst bald beseitigt zu sehen, wird von der Regierung durchaus geteilt, und sie hofft, daß es möglich sein wird, für 1904 entsprechende Mittel zur Verfügung zu stellen. Für die Elbe war in der wasserwirtschaftlichen Vorlage von 1901 keine Forderung eingestellt. Das für sie dringend erwünschte Hochwasserregulierungs-Projekt ist inzwischen zwar eingestellt, wird aber, da es noch eingehender Prüfung bedarf und da über seine etwaige Ausführung auch zunächst mit den Interessenten verhandelt werden muß, besonders zu behandeln sein.

Auf Antrag des Abg. v. Papeheim (l.) erfolgt Besprechung der Interpellation.

Abg. Dr. Friedberg (natl.):

Meine politischen Freunde erkennen die Notstände, aus denen heraus die Interpellation gestellt ist, durchaus an. Diese Forderungen aber erscheinen in der Interpellation ohne Zusammenhang mit demjenigen, was bei der wasserwirtschaftlichen Vorlage von allen Parteien als „Kompensation“ bezeichnet worden ist. Daran, daß die Regierung sich damals bereit erklärt hat, im Zusammenhang mit der wasserwirtschaftlichen Vorlage diese und andre Kompensationen zu gewähren, geht hervor, daß andre Notstände in andern Landesteilen ebenso dringend der Beseitigung bedürfen wie die hier geschilderten. Auch im Westen unseres Vaterlandes bestehen Notstände, die gleichfalls beseitigt werden müssen. Es geht nicht an, in wasserwirtschaftlicher Beziehung einen Landesteil vor dem andern zu bevorzugen. Wenn und wieder eine wasserwirtschaftliche Vorlage vorgelegt wird, in der auch Mittel zur Beseitigung der Notstände an der unteren Oder, Havel, Spree wieder enthalten sein werden, so werden wir mit Freunden wieder dafür stimmen. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Frhr. v. Seckli-Neukirch (l.):

Die dringenden Notstände in den Stromgebieten, die die Interpellation erwähnt, müssen so bald wie möglich beseitigt werden, was ja auch die Regierung durch den Mund des Ministers zugesagt hat. (Beifall und Heiterkeit, da der Redner schon nach diesem einen Satz die Tribüne wieder verläßt.)

Abg. v. Löbell (l.):

Wir haben aus der Erklärung des Ministers mit Befriedigung entnommen, daß die Regierung die dringenden Notstände anerkennt und sobald als thunlich die erforderlichen Mittel in den Etat einstellen will. Wir hätten auf eine eingehende Besprechung verzichten können, wenn nicht Dr. Friedberg im Gegensatz zu den Ausführungen des Ministers diese Angelegenheit wieder mit dem Mittelland-Kanal verknüpft hätte. Wir verdienen es den Freunden des Mittelland-Kanals nicht, daß sie für ihn eintreten, aber ebensowenig wird man uns verargen können, wenn wir es als unsere erste Aufgabe ansehen, die unerhörten Notstände an der Oder, Spree und Havel, unter denen die Landwirtschaft schwer leidet, zu beseitigen. Zene einst blühenden Landstriche sind immer wieder verödet worden auf eine endliche Verbesserung der Stromläufe. Das kann nicht länger geduldet werden. (Beifall rechts.) Ich hoffe, daß das gesamte Haus im Interesse des Volkes des Vaterlandes mit uns für Beseitigung dieser Notstände eintreten wird. (Bravo!)

Abg. Herold (l.):

Wir werden stets alle Bestrebungen unterstützen, welche auf Beseitigung der Notstände an der unteren Oder, Havel und Spree gerichtet sind, wünschenswert aber, daß dadurch die Beseitigung der in Westpreußen bestehenden Notstände nicht verzögert wird. (Bravo!)

Abg. Brömel (fr. Sp.):

Wir haben die Ankündigung des Ministers mit Genugthuung begrüßt und erwarten, daß die Regierung entschlossen ist, eine solche Vorlage selbst nur als Teil einer größeren wirtschaftlichen Vorlage unter allen Umständen zur Annahme zu bringen. Es handelt sich hier um eine Forderung, die im allgemeinen Landesinteresse liegt, und man soll notwendige Verbesserungen nicht darum unterlassen, weil man eine andre notwendige Verbesserung nicht gleichzeitig erreichen kann. Ich kam die Auffassung des Herrn Friedberg, daß es sich bei dieser Forderung nur um Kompensationen gegen den Mittelland-Kanal handelt, nicht teilen, diese Notstände sind schon seit sehr langer Zeit vorhanden. Für die Herstellung eines Großschiffahrtsweges Berlin-Stettin liegt das dringendste Bedürfnis vor. Sowohl die Seeschifffahrt wie der Warenverkehr Stettins ist erheblich zurückgegangen, während der Reederei Lübeds um das Vierfache gehoben hat. — Auf die Frage des Mittelland-Kanals einzugehen, wird die folgende Interpellation Gelegenheit geben.

Abg. Sattler (natl.): Die Verquickung des Mittelland-Kanals mit den Hochregulierungen ist nicht unsere Schuld, sondern die Herren der Rechten verlangen beim Mittelland-Kanal diese Regulierungen als Kompensation und es gelang ihnen, die Regierung auf diesen Weg zu führen. Wir haben uns immer bereit erklärt, diese Notstände zu beseitigen. Wir erwarten aber von den Herren der Rechten, daß auch sie wie wir das thun, die wirtschaftlichen Bedürfnisse aller Provinzen, auch der westlichen, mit gleichen Maße messen. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Krieger (fr. Sp.): Auch wir erkennen die Notstände an der unteren Oder, Spree, Havel und Elbe an; wir erwarten aber,

Abg. Werner (natl.) tritt für Vermehrung der Postassistenten-Stellen und Erhöhung der Gehälter dieser Beamten ein. — Was den „Deutschen Postboten“ anlangt, so kann ich mir sagen, daß dieses Blatt jetzt durchaus sachliche Artikel enthält, es ist keineswegs sozialdemokratisch, sondern im Gegenteil durchaus konigstreuen und patriotisch. — Redner tritt des weiteren für Verrückung des Gratifikationswesens und Erhöhung der Sonntagsruhe bei der Post ein.

Abg. Lenzmann (fr. Sp.):

Um 1/7 Uhr noch zu sprechen, ist weder für den Redner, noch die Zuhörer angenehm. Ich möchte mir Herrn Oriola erwidern, daß wir den Weg der Resolution, auf den wir im vorigen Jahre gewissermaßen hereingefallen sind, nicht wieder wählen werden. Der Herr Staatssekretär meinte, der Verkehr sei nicht in der erwünschten Weise gewachsen. Er hätte aber trotzdem kein Versprechen erfüllen können und um die in Aussicht gestellte Anzahl von neuen Stellen schaffen zu können, eine Anzahl von Postämtern entlassen können. (Sehr richtig! links.) Suchen Sie lieber bei Postbauten zu sparen. (Sehr richtig! links.) Suchen Sie lieber bei Postassistenten mit Verweisung auf die Finanzlage nicht einlösen. — Der Herr Staatssekretär möchte ich bitten, die Postbeamten anzuweisen, daß sie Briefe auf denen die Adresse deutlich zu erkennen ist, wenn auch irgend etwas dabei nicht genau den Vorschriften entspricht, auszuliefern haben. — Was den Fall anbetrifft, den Herr Singer aus der Petitionskommission angeführt hat, so irrt Herr Singer nur darin, daß das Centrum hervorragend mitgewirkt habe bei dem Beschluß, diese Petition nicht zur Berücksichtigung zu überweisen. Das haben nur die Konservativen und Nationalliberalen getan, während sich die Sozialdemokraten und Freisinnigen sehr energisch des Namens annahmen. Vom Centrum war der regelrechte Vertreter nicht anwesend, zum Schluß der ganzen Debatte erst hat ein einziger Centrumsmann das Wort ergriffen und aus seinem persönlichen Eindruck heraus, den er in der Debatte gewonnen hatte, sich den Nationalliberalen angeschlossen. (Hört! hört! links.) — Der betreffende Artikel enthält nichts als den Dant an seinen treuen Berater, den „Postboten“, dafür, daß er in ihm eine Zeitschrift besäße, welche die Interessen der Postbeamten voll und ganz vertrete. Von einer Aufreizung ist in dem Artikel keine Rede. Das, was der Herr Staatssekretär vorlas, war ja etwas derb, aber es ist ja jetzt modern, sich recht schroff auszudrücken. Jedenfalls dürfte man bedauern nicht einen Mann entlassen, der sechzehn Jahre im Dienst war und im nächsten Jahre Anspruch auf Pension gehabt hätte. Nun wird dem Betreffenden vorgeworfen, er habe seine Amtspflicht abgelehnt, also gelogen. Dazu war er aber berechtigt. Er hat behauptet, seine Frau habe ihn bei dem Artikel inspiriert. Die Frau leugnet das, aber sie hat mit ihm im Ehegerichtsprozeß gezeugt und ist als der schuldige Teil verurteilt worden. Dieser Ausfuge war also nicht ohne weiteres zu glauben. (Bravo! links.)

Staatssekretär Kräfte:

Finanzielle Rücksichten sind für die Einschneidung der Postassistenten-Stellen nicht maßgebend gewesen, sondern lediglich dienstliche Gründe. Uebrigens ist es eine falsche Darstellung, wenn behauptet wird, ich hätte ein direktes Versprechen abgegeben. Soviel ich mich erinnere, hat auch Herr Singer damals wiederholt betont, daß ich nichts Festes versprochen hätte, sondern nur meine Absicht kundgetan habe.

Abg. Sittart (l.):

legt nochmals den Standpunkt der Centrumsvertreter in der Petitionskommission gegenüber dem Beamten dar, der nach sechzehnjähriger Dienstzeit entlassen worden sei. Wir standen zuerst unter dem Eindruck, daß dem Manne Unrecht geschehen sei. Im Verlaufe der Diskussion änderte sich unsere Ansicht und zwar durch die Uebertreibungen der Sozialdemokraten in der Kommission, die Nicht und Schatten ungerecht verteilten und die Behörde ganz ins Unrecht setzen wollten. Wir haben nur getadelt, daß er einen Artikel in dem „Postboten“ geschrieben hat, worin er die vorgesetzte Behörde angreift. Da habe ich gesagt: Wie ist es, wenn ein Genosse gegen den Vorstand der sozialdemokratischen Partei schreibt? Er fliegt hinaus. Dasselbe Recht hat auch die Postverwaltung. Privatim habe ich nach Schluß der Sitzung der Petitionskommission dem Vertreter der Postverwaltung gebeten, Gnade für Recht ergehen zu lassen und den Mann doch einzustellen. Der „Postbote“ hat jetzt versprochen, jeden scharfen Ausdruck zu unterlassen. Da sollte der Herr Staatssekretär doch einen Strich durch die Vergangenheit machen und den „Postboten“ wieder zulassen.

Abg. Singer (Soz.):

Herr Sittart hat gar nichts bewiesen. Darauf kommt es doch wirklich nicht an, ob er, nachdem er den Beschluß in der Petitionskommission gefaßt war, sein gutes Herz entdeckt und privatim für den Entlassenen gebeten hat. Es kommt darauf an, wie er gestimmt hat. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Er hat mit den Konservativen und Nationalliberalen gestimmt. Nun hat Herr Sittart weiter behauptet, meine Genossen in der Kommission hätten den Ausgang verschuldet. Das ist doch eine recht unvorsichtige Äußerung. Er hat sich damit selber attestiert, daß er nicht nach sachlichen Gründen geurteilt hat, sondern nach den Ausführungen, die von anderer Seite gekommen sind. Da ist er anders beschaffen, als wir. Wir führen uns durch die Ausführungen der Centrumsredner niemals in unsere Entschlüsse hinein. Wir richten uns nach der Sache. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Unsere Parteitage und Versammlungen geben den schlagenden Beweis dafür, daß es in unserer Partei nicht Sitte ist, jemand, der eine andere Meinung hat, als die durch das Vertrauen der Genossen an die Leitung der Partei berufene Personen, aus der Partei auszuschließen. Kennen Sie uns doch einen bestimmten Fall eines solchen Ausschlusses. Uebrigens paßt das ja auch gar nicht hierher. Der Betreffende hat ja selbst nach der Auffassung des Herrn Sittart nichts getan, was eine Bestrafung rechtfertigen könnte. Trohdem hat Herr Sittart für diese Strafe gestimmt.

Aus dem von mir verlesenen wesentlichen Teil des Artikels geht doch hervor, daß es sich keineswegs um eine Aufreizung gegen die Behörden handelt. Die Abgg. Graf Oriola, Lenzmann und Werner, alle die heute gegen die Entscheidung der Reichspostverwaltung in Bezug auf die Postassistenten gesprochen haben, haben die Assistenten wegen der Behörden aufgereizt. Was meinen Sie denn aufzuzeigen? Wenn es nach Herrn Sittart ginge, dürften die Beamten wahrscheinlich nur noch die Verleumdungen von Festsitzen lesen, bei denen der Herr Staatssekretär die Güte gehabt hat, sich zu beteiligen, und auf denen recht viele Hochs auf irgend welche Personen ausgebracht sind. Wir wollen nicht, daß ein Beamter seiner Ueberzeugung verlustig gehe.

Das übrigens das Abonnement des „Postboten“ anfangs, so muß doch was dem einen recht ist, dem andern billig sein. Wenn den „Postboten“ die Herren der höheren Verwaltung abonnieren, dann muß das auch den Assistenten gestattet sein. (Sehr richtig! links.)

Hiermit schließt die Diskussion. Der Titel Staatssekretär wird bewilligt.

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.) beantragt alle Titel, die auf die Postassistenten Bezug haben, der Budgetkommission zu überweisen.

Der Antrag wird von den 23 noch anwesenden Abgeordneten (die Budgetkommission zählt 28 Mitglieder), wie der Vicepräsident Düsing verkündet, mit „großer Mehrheit“ (Große Heiterkeit im Hause und auf den Tribünen) angenommen.

Nach debatteloser Erledigung einiger weiterer Titel verläßt das Haus die Weiterberatung auf Montag 1 Uhr.

Schluß 7 Uhr.

Was den andern Fall anlangt, so ist mir nicht bekannt, wie das Urteil über den Mann ausgefallen ist. Beamten, die nicht wegen Verbrechen oder Vergehen entlassen sind, wird dies im Zeugnis bescheinigt, damit sie nicht falschem Verdacht seitens ihrer späteren Arbeitgeber ausgesetzt sind.

Im vorigen Jahre kam aus Ihrer (zu den Sozialdemokraten) Partei — es war nicht Herr Singer, sondern ein Genosse von ihm — heraus: „Warum kümmerst du dich nicht um das Privatleben deiner Beamten und sorgst nicht dafür, daß sie noch einen Nebenwerb haben. Heute sagen Sie: Kümmeren Sie sich überhaupt nicht um das Privatleben der Unterbeamten.“

Dem Verbot des „Postboten“ sehe ich ruhig und kalt gegenüber. Ich habe dieses Verbot bei meinem Amtsantritt vorgefunden und halte es anstandslos. Soll die Postverwaltung ruhig mitansetzen, wie die Unterbeamten unmäßig aufgereizt werden?

Redner verliest mehrere Stellen aus dem „Postboten“ zum Beweise seiner Charakterisierung des Blattes. So stand am 28. Februar d. J. darin der Satz: „Wenn alle Kollegen sich ducken wollten, wären wir noch um 50 Jahre zurück.“ (Wielaches Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) An einer Stelle sagt ein Mitarbeiter: „Glaubt nicht an den alten Schwindel, daß es einen Herrgott giebt.“ Soll ich das gutheißen? Solange ein solches Blatt derartige Aufreizung treibt, werde ich es verbieten und die Unterbeamten warnen, es zu lesen. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Wer das Blatt lesen will, mag sich eine andre Beschäftigung suchen. Ich bin verantwortlich für gute Disziplin im Reichs-Postdienst. Wenn Aufreizung gepredigt wird, ist dies aber nicht möglich. Solange ich im Amte bleibe, dulde ich solche Aufreizungen nicht. (Lebhafte Beifall rechts.)

Abg. Eröder (natl.):

Zu dem zuletzt vom Abg. Singer angeführten Falle wäre das Heiratsverbot der Postbehörde nicht zu billigen, falls es die eigenen Kinder des betreffenden Mannes waren. Was das aber nicht der Fall, so hätte die Postverwaltung ganz recht gehandelt, indem sie dem Postangestellten einen so schmachvollen Ehestand verbot. (Zustimmung rechts.) Weiterhin kann es aber der Postverwaltung unmöglich angenehm sein, daß in einem Gerichtsartikel ausgeführt ist, die Gehälter der Post-Unterbeamten seien so gering, daß mildernde Umstände für eine begangene Unterschlagung einzutreten hätten. Daß nur 2000 anstatt 3000 neue Stellen geschaffen werden, wird in den Kreisen der Postassistenten große Enttäuschung hervorrufen. Herr Singer hat von den neuen Lizenzen und Schließungen sehr geringfügig gesprochen. Man soll solche Dinge gewiß nicht zu hoch schätzen, aber man soll auch nicht über vom Staat verliehene Ehrenzeichen so absprechend reden. Herr Singer beurteilt da die Psychologie der Postbeamten doch falsch. Redner tritt schließlich für vermehrte Sonntagsruhe der Postbeamten ein. Der Paketpostverkehr sollte wenigstens während der gottesdienstlichen Stunden die Straßen in Berlin nicht beunruhigen. (Bravo! rechts.)

Staatssekretär Kräfte:

Ich hoffe, daß es gelingen wird, den Paketpostverkehr in Berlin auf die Zeit bis 10 Uhr vormittags am Sonntag zu beschränken. Es sind bereits Erwägungen in dieser Richtung im Gange. — Was die gehobenen Unterbeamtenstellen betrifft, so habe ich verfügt, daß bei der Auswahl für solche Stellen außer dem Dienstalter nicht das Hauptgewicht auf dienstliche Kenntnisse, sondern auf Umsicht, Gewandtheit und Entscheidungsfähigkeit gelegt wird. Nicht mehr die Amtsvorgesetzten treffen die Auswahl, sondern die Postdirektionen. Gegenüber Herrn Singer bemerke ich, daß die Auszeichnungen auch zur Kennzeichnung der betreffenden Beamten dienen sollen, damit auf Bahnhöfen z. B. die anderen Beamten wissen, an wen sie sich zu wenden haben. — Die Zubericht, daß wir mehr als 2000 Beamten dies Jahr anstellen können würden, ist dadurch getrübt worden, daß sich der Verkehr nicht in der erwarteten Weise gehoben hat. — Der Vorwurf des Herrn Eröder, unsere Verwaltung sei zu bürokratisch, trifft nicht zu. Ganz falsch ist die Zeitungsmeldung: wir wollten Juristen einstellen. Ich habe daran noch nie gedacht, auf diese Weise die schlechten Advancementsverhältnisse der höheren Beamten noch zu verschlechtern. Urlaub wird so viel als irgend möglich erteilt. In allen Fällen ist ein größerer Urlaub freilich nicht durchführbar. — Die Dienstzeit wird von uns fortgesetzt kontrolliert und wir sehen darauf, daß die 60 Stunden möglichst nicht überschritten werden.

Abg. Dr. Müller-Neimingen (fr. Sp.):

wünscht einen Postvertrag mit der Schweiz und Holland. Diese Staaten sind mit uns durch nationale Bande so eng verknüpft, daß auch eine enge postalische Verbindung dringend notwendig ist. Ein anfänglicher eventueller Ausfall für die Finanzen von etwa 1/2 Millionen Mark kann bei dem Etat der Post gar nicht in Betracht kommen und würde außerdem in einigen Jahren wieder eingeholt werden. Es ist doch ein arger Miststand, daß von St. Louis bis Emmerich das Porto nur 10 Pfennig kostet, während man für einen Brief von Deutschland nach der Schweiz und Holland noch immer 20 Pfennig zahlen muß. Es gehen 11 Millionen Briefsendungen von Holland nach Deutschland, von Ungarn, mit dem wir im Postverein stehen, nach Deutschland aber nur 7 Millionen Briefsendungen. Von der Schweiz nach Deutschland gehen sogar 14 Millionen Briefsendungen jährlich.

Die Post-Unterbeamten klagen nicht nur über schlechte Bezahlung, sondern vielfach auch über unwürdige Behandlung. Oft müssen sie die Bureauräume, ja sogar die Privatwohnung des Postvorstehers selbst reinigen. (Hört! hört! links.) Als ein Unterbeamter sich eines Tages weigerte, diese Reinigung zu übernehmen, erfolgte Anzeige bei der Oder-Postdirektion, und der Unterbeamte erhielt wegen Gehorsamsverweigerung eine ziemlich empfindliche Geldstrafe, während der Bureauvorsteher mit einem gelinden Beweis davonkam. Man sagte dem Unterbeamten, er hätte sich beschweren können, vorher aber den Gehorsam nicht verweigern dürfen! Hier behandelt man also die Postbeamten wie Soldaten-Burschen! Einer solchen Uebertragung militärischer Anschauungen auf das civile Beamtengebiet müssen wir unter allen Umständen widersprechen. (Beifall links.)

Staatssekretär Kräfte:

Von einem solchen Fall ist mir nichts bekannt. Ich würde es für vollständig ungehörig erachten, wenn an einen Unterbeamten die Forderung gestellt würde, solche Privatdienste zu leisten, und die Verweigerung als Ungehorsam angesehen und bestraft würde. Wenn der betreffende Beamte sich an mich wenden würde, so würde ich eine solche Strafe ohne weiteres niederschlagen.

Abg. Kirck (l.):

Ich würde es für richtig halten, die „gehobenen Stellen“ ganz abzuschaffen und die Beträge zur Erhöhung der Unterbeamten-Gehälter zu verwenden. Gegenüber dem Abg. Singer bemerke ich, daß das uns im vorigen Jahre vorgelegte Wohnungsgeldzuschuß-Gesetz gar nicht erledigt werden konnte; es wurde uns im April vorgelegt und sollte mit rückwirkender Kraft vom 1. April v. J. an gelten. Den Fall, den Abg. Singer aus der Petitionskommission anführte, können wir erst besprechen, wenn uns der schriftliche Kommissionsbericht vorliegen wird.

Abg. Graf Oriola (natl.) bezeichnet die Verweisung des Titels „Postassistenten“ an die Budgetkommission als erwünscht. Diese Beamten haben durch die Etatsaufstellung eine schwere Enttäuschung erlitten. Der Tendenz des vom Abg. Dr. Müller-Sagan zum Titel 22 eingebrachten Antrages, 1000 neue Assistentenstellen in den Etat einzustellen, stimmen wir daher durchaus zu. Nur möchte ich, damit den aus dem vorigen Jahre bekannten staatsrechtlichen Erörterungen entgegen, diesen Antrag in die Form einer Resolution umzuwandeln. Daß die Postverwaltung Blätter verbietet, die bei den Post-Unterbeamten Haß und Unzufriedenheit erregen und sie in abscheulicher Weise aufreizen, halten wir für durchaus berechtigt. Auf den Beamten in der Post beruht das Wohl des Publikums. (Heiterkeit.) Wir verlangen deshalb nicht im Interesse der Verwaltung, sondern des Volkes Disziplin! (Beifall bei den Nationalliberalen.)

daß die von dem Herrn Minister angeordnete Vorlage nur im Zusammenhang kommen wird mit den Kanalprojekten, wie sie in der wasserwirtschaftlichen Vorlage enthalten waren. (Bravo! links.)

Abg. Dr. Sattler (natl.): Nicht von unsrer, sondern von jener Seite (nach rechts) ist der Gedanke der „Kompensationen“ in die wasserwirtschaftliche Vorlage hineingebracht worden. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.)

Abg. v. Adels (l.): Ich nehme Anstoß daran, daß die Nationalliberalen bereit sind nach Strafen an der Verrückung der Mischstände im Osten mitzuwirken. (Heiterkeit rechts.) Wir fassen die Verrückung der Mischstände an der Havel, Oder, Spree, Elbe nicht als Kompensationen auf. Bei der Kanalvorlage handelte es sich um die Herbeiführung von Vorteilen, nicht um die Verrückung von Nachteilen. Das ist ein großer Unterschied. Die Geschichte wird darüber entscheiden, auf welcher Seite bei den Verhandlungen über die Kanalvorlage die größere politische Klugheit war, bei uns oder bei Ihnen (zu den Nationalliberalen, Gelächter bei den Nationalliberalen.) Meine politischen Freunde haben volles Vertrauen zu dem Minister. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Friedberg (natl.): Sie (zu den Konservativen) empfinden die große Verantwortung, die Sie mit der Ablehnung der Kanalvorlage auf sich geladen haben, (Wachen rechts) und um Ihre Schuld einigermassen gut zu machen, haben Sie diese Interpellation gestellt. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.)

Abg. v. Gneuer (natl.) weist auf die Kostfrage im Westen hin. Abg. Graf Limburg-Sturum (l.): Die Flussregulierungen im Osten und der Bau eines großen Schiffahrtsweges im Westen sind zwei ganz verschiedene Dinge. Wir haben nie Kompensationen gefordert, sondern nur auf die wirtschaftlichen Verhältnisse hingewiesen, die durch den Kanal zu Ungunsten des Ostens eintreten müßten. Wir waren uns bei der Ablehnung der Kanalvorlage zwar unserer Verantwortung bewußt, aber wir haben nicht das Verstehen, daß wir irgend etwas gut zu machen haben, sondern wir haben die Ungerechtigkeit Ihres (nach links) Verlangens empfunden, daß diese Flussregulierungen mit der Kanalvorlage zu verquiden seien. (Wachen links.)

Abg. v. Gneuer (natl.): Auch bei uns im Westen muß Mischständen des Verkehrs abgeholfen werden, die ohne unsere Schuld entstanden sind.

Abg. v. Pappenheim (l.): Es wohnen noch andre Leute im Westen als Herr v. Gneuer. Wir ändern wollen nicht Flussregulierungen und Kanalbauten verbinden. (Beifall rechts.)

Nach weiteren kurzen Bemerkungen des Abg. v. Gneuer (natl.) schließt die Besprechung.

Es erfolgt die Verlesung der zweiten Interpellation. (Emscherthal-Kanal und Mittelrand-Kanal.)

Minister Budde erklärt sich bereit, auch diese Interpellation sofort zu beantworten.

Abg. Schmieding (natl.)

Begründet diese Interpellation. Auch unsere Interpellation fordert die Verrückung dringender Mischstände, genau wie die erste Interpellation. Herr v. Arnim behauptete neulich in der Budgetkommission, der Dortmund-Ems-Kanal bedeute nicht einmal die Betriebskosten. Ja, was wollen Sie denn von einer solchen Teilstrecke mehr verlangen? (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Würden die Wasserstraßen gemäß unseren Wünschen ausgebaut, so werden Sie (nach rechts) erkannt sein über den großen Verkehr, der sich dort entwickeln wird. (Zustimmung links.) Die Frage bezüglich des Ausbaues der Emscher und der Lippe darf nicht lauten: Emscher oder Lippe, sondern Emscher und Lippe. (Lebhafte Zustimmung bei den Nationalliberalen.) Ich hoffe, daß die Regierung beiden Interpellationen eine gleich freundliche Aufnahme zu teil werden lassen wird. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Minister Budde

berleiht zur Beantwortung folgende Erklärung: Es ist allseitig bekannt, daß die Staatsregierung die baldige Ausführung eines Kanals von Dortmund nach dem Rhein durch das Emscher Thal als Teilstrecke eines Rhein-Emscher-Elbe-Kanals für notwendig erachtet. Ich erkläre namens der Staatsregierung, daß sie nach wie vor an dieser Auffassung festhält. (Bravo! bei den Nationalliberalen.) Was die besondere Anfrage der Interpellanten anbelangt, ob die Vorarbeiten für diesen Kanal so weit abgeschlossen sind, daß die Begründung entgültig feststeht, so kann ich mitteilen, daß diese Feststellung bis heute noch nicht hat erfolgen können, denn in den in Frage stehenden Geländen schreitet bekanntlich die Bebauung mit großer Schnelligkeit fort. Es sind in der ursprünglich geplanten Strecke neuerdings angelegt worden: ein Hochofenwerk, mehrere Arbeiterkolonien von Jecken und viele einzelne Häuser. Daher habe ich eine Nachprüfung der Linienführung angeordnet, die zur Zeit stattfindet, aber noch nicht abgeschlossen werden konnte. Hiermit erledigt sich der zweite Absatz der Frage von selbst, indem die Staatsregierung, da die Linienführung noch nicht feststeht, jetzt auch noch nicht mit dem Grundentwurf für einen Dortmund-Rhein-Kanal vorgehen kann.

Abg. v. Pappenheim (l.): Wir werden, wenn die Vorlage kommt, pflichtgemäß prüfen und unsere Entscheidung danach treffen. Nachdem der erste Teil der Interpellation von der Regierung nicht mit Ja beantwortet worden ist, erübrigt sich eine Besprechung des zweiten Teiles.

Abg. Gerold (l.): Das Ziel, was die Nationalliberalen mit ihrer Interpellation vertreten, hätten sie schon im Jahre 1899 erreichen können. Es scheint, daß sie jetzt zu dem Erkenntnis gekommen sind, daß sie damals nicht richtig gehandelt haben, als sie den Dortmund-Ems-Kanal ablehnten, weil nicht der ganze Mittelrand-Kanal zu Stande kam. Wir werden abwarten, welche Vorlage und die Regierung machen wird, und werden danach unsere Stellungnahme einrichten. Ein viel dringenderes Bedürfnis als für Kanäle liegt übrigens für den Ausbau des Kleinbahnnetzes vor. (Sehr richtig! im Centrum.)

Abg. Giers (fr. Bg.): Am wesentlichsten ist die Interpellation ja durch die Erklärung des Ministers erledigt. Es kommt jetzt nur noch darauf an, daß die einzelnen Parteien ihr mehr oder minder großes Wohlwollen für den Mittelrand-Kanal auf neue dokumentieren. (Heiterkeit.) Wir befinden uns da in einer etwas schwierigen Lage. Wir haben uns feinerzeit Hals über Kopf in die Begeisterung für den Mittelrandkanal hineingestürzt. Das ist uns sehr schlecht bekommen. (Heiterkeit.) Man hat uns vorgeworfen, daß wir unsere Parteipolitik an diesem Feuer des Kanals wärmen wollten. (Heiterkeit.) Es hat sich wieder bestätigt, daß Salomone recht hat, wenn sie sagt: „Die wird gar bald verachtet, die sich zu rasch ergiebt.“ Das gilt auch von Parteien. Unter diesen Umständen halte ich es für das Beste, daß wir unsere Stellung zur künftigen Vorlage uns vorläufig vorbehalten, und ich erkläre, daß ich nicht dafür einstehe kann, daß wir dieselbe Begeisterung für das Unternehmen dokumentieren werden, wie wir es früher in unserer Unvorsichtigkeit getan haben. Herr Gerold, die Nationalliberalen hätten schon 1899 dieses Ziel erreichen können. Das ist nicht ganz richtig. Damals war es klar, daß die Bewilligung des Dortmund-Ems-Kanals das definitive Begründnis des Mittelrand-Kanals bedeutete hätte. (Sehr richtig! links.) Es sollte nur irgend etwas geschehen, um die Engagements, die von sehr hoher Stelle eingegangen waren, einzulösen. Nach der Gemütsruhe, mit der bisher der Mittelrand-Kanal behandelt ist, haben wir kein großes Vertrauen, daß aus der Sache im nächsten Jahre etwas werden wird. Die Entscheidung unserer Verkehrsministerungen wird leider allzusehr vom Gesichtspunkt eng begrenzter landwirtschaftlicher Interessen beurteilt. (Sehr richtig! links.) Bei den Klüssen handelt es sich aber nicht nur darum, daß die anliegenden Weiden nicht überflutet werden, vielmehr sind sie auch als Verkehrswege geschaffen. (Beifall links.)

Abg. Wallbrecht (natl.) betont das Interesse der Provinz Hannover am Mittelrand-Kanal. Die Interessen würden gern den Bau der Linie Magdeburg-Hannover auf eigene Kosten vornehmen. Die Regierung habe aber die Konzeption verweigert. (Hört! hört!)

Abg. Frhr. v. Redlich (fr. Bg.) hält nach der Erklärung des Ministers eine weitere Erörterung der Kanalfrage für unmöglich.

Abg. v. Gneuer (natl.) befreit gegenüber dem Abg. Gerold, daß 1899 die Nationalliberalen schon an der Ablehnung des Mittelrand-Kanals gehabt hätten.

Abg. Defer (Hosp. d. fr. Bg.): Meine politischen Freunde halten nach wie vor an der großen wasserwirtschaftlichen Vorlage fest und hoffen, daß dem Landtage in der nächsten Session die gesamte Vorlage wieder zugehen wird. (Beifall links.)

Abg. Dr. Barth (fr. Bg.): Wäre 1899 der Dortmund-Rhein-Kanal gebaut worden, so hätten wir dadurch einseitig die holländischen Häfen bevorzugt. Deshalb waren wir Gegner dieser Teilstrecke. Alle Freunde des großen Kanalprojektes sind wohl einig darin, daß sie sich durch das Verhalten der preussischen Regierung in dieser Frage schwer enttäuscht fühlen. (Sehr richtig! links.) Das ganze Projekt wäre auch seiner Zeit zur Annahme gelangt, wenn die Mehrheit dieses Hauses die Ueberzeugung hätte haben können, daß die Staatsregierung mit ihrer ganzen Energie hinter diesem Projekt stände. (Lebhafte Zustimmung links.) Die Mehrheit wußte damals, daß innerhalb der preussischen Regierung sehr einflussreiche Elemente vorhanden waren, die von diesem Projekt nichts wissen wollten. (Sehr wahr! links.) So ist es gekommen, daß durch die Schuld der Regierung selbst aus dem Projekt nichts geworden ist. (Lebhafte Zustimmung links.) Die Art und Weise, wie die Regierung die Angelegenheit weiter behandelt hat, nimmt mir das Vertrauen, daß aus der Sache überhaupt etwas wird. Ich habe mich darüber gewundert, daß Herr von Gneuer über die Äußerungen des Ministers seine volle Befriedigung ausgesprochen hat. (Abg. v. Gneuer: „volle nicht!“ Heiterkeit.) Die Antwort des Ministers war so unerbittlich wie möglich. Der Kanal wird erst gebaut werden, wenn die Regierung sich losläßt von ihrer Schwäche und zeigt, daß sie mit ihrer ganzen Energie und Autorität hinter diesem Projekt steht. (Lebhafte Zustimmung links.)

Damit schließt die Besprechung der Interpellation. Es folgt die zweite Lesung des Etats der Bauverwaltung. Beim Titel „Ministiergehalt“ bemängelt Abg. Gothein (fr. Bg.) die jegliche Tarifierung der Innenminister-Abgaben. Der Titel „Ministiergehalt“ wird bewilligt. Die Sitzung wird vertagt. — Nächste Sitzung Montag 1 Uhr. (Interpellation Bachmann (natl.) und Genossen wegen der Triester Schulverhältnisse. Schluß 4^{1/2} Uhr.)

Sociales.

Gegen die Kaufmannsgerichte wendet sich auch die „Allnische Zeitung“. Besonders die Wahl der Richter durch die Beteiligten hat es ihr angehan. Sie schreibt darüber:

„Einmal wird heute überhaupt schon genügend gewählt. Sodann aber erscheint es wenig richtig, gerade die Richterämter einem parteipolitischen Wahlgetriebe auszuweichen. An und für sich werden die Richter von Standesherren schon gewählt sein, instinktiv für die Interessen der ihnen Standes angehörigen Partei stärker einzutreten, als sich mit der vom Richter zu fordernden Objektivität vereinigen läßt. Wenn nun aber gar ein lebhafter parteipolitischer Wahlkampf in die Richterämter entbrennt, so wird die richterliche Unparteilichkeit noch mehr in die Brüche gehen, und es wird dann nicht mehr nach Recht und Gesetz, sondern nach Neigungen und Wahlprogrammen entschieden. Mit Recht ist deshalb gefordert worden, daß die Ernennung der Richter der Kaufmannsgerichte ebenso wie diejenige der Schöffen und Geschworenen aus einer vorher aufzustellenden Jahresliste durch das Los erfolgt.“

Demgegenüber sei daran erinnert, daß vor einiger Zeit die „Kreuz-Zeitung“ auch über dieses Thema geschrieben hat. Nachdem sie ausgesprochen, daß man anfangs gefürchtet habe, in den Gewerbegerichten werde der „Parteigeist der Sozialdemokratie“ herrschen, fährt sie fort:

„Die Zeiten haben sich auch hier geändert. Die Vorstehenden der Gewerbegerichte haben sich als stark genug erwiesen, um unzulässigen Uebergriffen pflanzwidriger (?) Richter erfolgreich entgegenzutreten; das politische Moment, das der Wahl zu Grunde lag, trat bei Ausübung ihrer Funktionen als Richter mehr und mehr zurück, und heute treffen die Entscheidungen der Gewerbegerichte ebenso das richtige, sind ebenso gut begründet und rechtlich haltbar, wie diejenigen der ebenfalls aus Vertretern der Arbeitgeber und Arbeiter zusammengesetzten Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung und wie die der ordentlichen Gerichte. Bei den Handlungsgeschäften aber dürfte das politische Element noch weniger von Bedeutung sein.“

Die „Allnische Zeitung“ wird doch wohl die „Kreuz-Zeitung“ nicht sozialdemokratischer Bestimmung verdächtigen wollen.

Vom deutschen Koalitionsrecht.

Der Streik der Arbeiter der Kronenbrauerei in Lüneburg (Provinz Hannover), welcher in vorigen Jahre stattfand, hatte hauptsächlich zum Zweck, die Wiedereinstellung eines gemäßigteren Kollegen zu erzwingen. Zugleich hatte man aber auch Lohnforderungen gestellt. Durch eine Volksversammlung wurde der Vorschlag über das Kronenbier verhängt und in der nächsten Zeit gelangten in den Häusern Zettel zur Verteilung, auf denen an diesen Reichthum der Volksversammlung erinnert und die Leser ermahnt wurden, kein Kronenbier zu trinken, bevor nicht die Forderungen der Arbeiter erfüllt seien. Verschiedene Verteiler des Flugblattes, sowie Herr Kanl, der es unterzeichnet hatte, und der Bruder wiederum erhielten Strafmandate wegen Uebertretung des § 69 des hannoverschen Polizei-Strafgesetzbuchs vom 25. Mai 1847. Während § 59 dieses Gesetzes Streikverordnungen verbietet und mit Gefängnis bis zu 4 Wochen oder mit Geldstrafe bis zu 50 Thalern bestraft, bestimmt § 60: „Mit gleicher Strafe sind Verurtheilungen durch Handwerksgehilfen oder sonstige Arbeiter zu ahnden.“

Kanl und Wiedermann riesen die Gerichte an, wurden aber sowohl vom Schöffengericht wie vom Landgericht Lüneburg, ersterer zu 40 Mark, Wiedermann zu 15 Mark, verurteilt. In der Urteilsbegründung des Landgerichts wurde angeführt, daß § 152 der Gewerbe-Ordnung nach seinem Wortlaut nur das Verbot der Koalitionen aufhebe, die der Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen diene. In dem § 152 diese Zwecke besonders nenne, spreche er aus, daß die Koalitionsverbote so weit bestehen bleiben könnten, als die Vereinigungen oder Verabredungen nicht die Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen bezweckten, z. B. wenn sie die Wiedereinstellung eines entlassenen Arbeiters zum Zweck hätten. Insofern wären auch die §§ 59 und 60 des hannoverschen Polizei-Strafgesetzbuchs noch rechts-gültig. § 60 wäre hier anzuwenden, weil die Lohnforderungen nur ganz nebenbei gestellt seien, deshalb nicht in Betracht kämen, und es sich somit um eine Verurteilung handelte, die die Wiedereinstellung eines Arbeiters bezwecke, also um eine der nach obigen Ausführungen auch jetzt noch verbotenen Vereinigungen.

Kanl und Wiedermann legten beim Kammergericht Revision ein. Rechtsanwält Wolfgang Heine bekämpfte die Verurteilung von verschiedenen juristischen Gesichtspunkten aus und betonte unter anderem, daß § 60 des angezogenen Strafgesetzes gänzlich durch § 152 der Gewerbe-Ordnung beseitigt sei.

Der Strafsenat des Kammergerichts sprach die Angeklagten, dem Antrag des Anwalts folgend, mit folgender Begründung frei: § 60 des hannoverschen Polizei-Strafgesetzbuchs befaßt sich ausschließlich mit solchen Verurteilungen, die von Arbeitern gegen Arbeitgeber zum Zweck der Erlangung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen unternommen wurden. Er betreffe also die Materie, die durch § 152 der Gewerbe-Ordnung geregelt sei, er sei somit durch § 152 im vollen Umfange aufgehoben und rechtsungültig. Die sofortige Freisprechung sei gerechtfertigt, denn ein Vergehen gegen ein anderes Strafgesetz sei auch nicht ersennbar.

Die Defektion der Seeleute in der deutschen Handelsmarine nimmt von Jahr zu Jahr zu. Nach dem letzten Jahresberichte des Hamburger Seemanns-Defektierens 1898: 811 Mann, 1899: 901 Mann, 1900: 1014 Mann, 1901: 1324 Mann und 1902: 1344 Mann. Ein sicherer Beweis für die schlechte Lage der Seeleute.

Der Achtstundentag für die Bergleute. Brüssel, den 25. Februar. Bekanntlich existiert in Belgien kein Gesetz, das die Dauer der täglichen Arbeitszeit irgendwie beschränkt. Von den 110 274 Arbeitern der belgischen Mineindustrie, hierin unbegriffen 5455 Frauen und 0153 Kinder (unter 16 Jahren), arbeiten nach der Volkszählung (1896) nur 7,95 Proz. weniger als 8 Stunden pro Tag; 7,48 Proz. 8-9; 43,76 Proz. 9-10, 26,83 Proz. 10-11 und 14,19 Proz. mehr als 11 Stunden täglich. Nach diesen offiziellen Ziffern kommt also noch fast für die Hälfte der Bergarbeiter die tägliche Arbeitszeit auf mehr denn 10 Stunden zu stehen.

Die sozialistische Kammerfraktion macht nun neuerdings den Versuch, auf gesetzlichem Wege die Arbeitszeit allmählich bis auf 8 Stunden zu verkurzen. In dem der Kammer unterbreiteten Entwurf verlangt sie vom ersten Jahre nach der Ratifizierung des Entwurfs ab die Einführung des neunstündigen und vom dritten Jahre ab die des achtstündigen Arbeitstages für alle Arbeiter der Mine-industrie.

Aus der Frauenbewegung.

Zur Geschichte der Sittenpolizei.

Die „Breslauer Morgenzeitung“ berichtet aus der Sitzung des dortigen Stadtausschusses einen Fall, der wieder einmal ein großes Licht auf das Wirken der Sittenpolizei wirft.

Ein Hausbesitzer, der mehrere Ehrenämter verwalte, petitionierte um die Erlaubnis zum Wiederaufbau in der in seinem Hause befindlichen Restauration. Das Polizeipräsidium erhob dagegen Widerspruch mit der Begründung, daß die Ehefrau des Petenten im Jahre 1896 zur sittenpolizeilichen Kontrolle geschrieben und unter derselben laut Ausweis der Polizei-Alten zwei Jahre geführt und wegen gewerblicher Unzucht mit einem Tage Haft bestraft worden sei. Der Hausbesitzer beantragte mündliche Verhandlung vor dem Stadtausschuss um die gegen seine Frau erhobene Beschuldigung zurückzuziehen und die wahren Thatsachen anzugeben. Der Verteidiger des Klägers, Rechtsanwalt Schneider, führte gegen die Behauptung des Polizeipräsidiums an, daß die Ehefrau des Petenten weder unter sittenpolizeilicher Kontrolle gestanden, noch bestraft worden sei. Es liege hier ein Fall vor, der geradezu empörend sei:

Als die Frau nach Braut des Klägers war, ist sie bei der Polizei denunziert worden, gewerbliche Unzucht zu treiben. Der Sittenkommissarius, dessen Namen der Vertreter nannte, citierte das Mädchen vor das Polizeipräsidium, und hier wurde das Mädchen, das weinend ihre Unschuld beteuerte, unter der Drohung, daß es sonst durch den Blechwagen sofort dem Gefängnis überführt werde, gezwungen, ihre Unterwürigkeit unter das vorgelegte Schriftstück, das jedem Sittenmädchen vorgelegt wird, zu setzen. Der Name des Denunzianten wurde dem Mädchen nicht genannt. Nach gegebener Unterfertigung wurde das Mädchen der „Schmerzhaften“ übergeben und einen Tag darin gehalten. Das Mädchen wollte die Schwände nicht haben, als Prostituierte zu gelten, es verließ sofort Breslau und blieb bis zur Verheiratung fort. In den Alten wurde es jedoch als Kontrollmädchen weiter geführt. Es hat unterdessen nie unter Sittlichkeit gestanden, weder in Breslau noch anderwärts. Es war ordnungsmäßig ab- und angemeldet. Der Verteidiger erklärte, daß auch von einer Strafe nicht die Rede sein könne, eine gerichtliche oder polizeiliche Strafe müsse ordnungsmäßig dem Uebertretenden zubilligt sein, das sei hier nicht der Fall gewesen; das Mädchen sei einfach aus Unordnung des Beamten abgeführt worden.

Auf Grund dieses Vorkommnisses erhebe nun das Polizeipräsidium Einspruch gegen ein Konzeptionsgesuch eines Mannes, der sich ein etwas hat zu Schulden kommen lassen, der die Achtung seiner Mitbürger genießt und dem Ehrenämter übertragen sind. So unbefeholten der Mann dascht, so ist auch der Frau nicht das geringste Nachtheil nachzuführen. Und die Polizei behauptet, daß bei Erteilung der Konzeption die Frau im Gefährd mitwirken würde, wodurch das Gewerbe der Bäckerei mißbraucht werden könnte.

Das Kollegium ertheile die nachgesuchte Genehmigung ohne weiteres. Selbst, wenn das wahr wäre, was das Polizeipräsidium behauptet, so könnte es doch als Grund zur Verjagung nicht angesehen werden. Mit der Verheiratung muß die Schuld eines Sittenmädchens als gelöscht betrachtet werden, und daß nach der Verheiratung das Betragen der Frau zu Tadel Anlaß gegeben habe, dafür habe die Polizei nicht den geringsten Beweis führen können.

Dieser skandalöse Fall dürfte hoffentlich die Ueberzeugung festigen, daß mit der geforderten Abschaffung der Bestimmung in § 361 des R.-St.-G., so wünschenswert das an sich auch wäre, die Allmacht der Sittenpolizei und die Möglichkeit der Mißhandlung anständiger Frauen keineswegs beseitigt wäre. Hier hilft nur die vollständige Verrückung der Sittenpolizei und wenn die in letzter Zeit aufgedeckten Fälle diese Erkenntnis weiteren Kreisen vermitteln, dann hätten sie wenigstens etwas Gutes gewirkt.

Weisener. Am 17. Februar fand im „Bräulan“ eine öffentliche Frauenversammlung statt, in der Frau Jhrer über das Thema sprach: Warum müssen die Frauen Sozialdemokraten werden? Ihre Ausführungen fanden bei den zahlreich anwesenden Frauen reichlich Beifall. Nach längerer Diskussion wurde Genossin Jhrer einstimmig als Kreis-Vertrauensperson gewählt.

Brief. Die Parteigenossinnen und Genossen werden hierdurch aufmerksam gemacht, daß Montag, den 2. März, abends 8^{1/2} Uhr, im Lokale des Herrn Lehner, Oppenstr. 56, eine Volksversammlung stattfindet, in welcher Genossin Jhrer einen Vortrag über „Die Frauen und die Sozialgesetzgebung“ halten wird. Um zahlreichem Besuch — auch von den Parteigenossen des Ortes — Die Kreis-Vertrauensperson.

Aldershof. Die Frauen und Mädchen werden darauf aufmerksam gemacht, daß Sonntag, den 1. März, nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Lehner, Oppenstr. 56, eine öffentliche Frauenversammlung stattfindet, in welcher Frau Dr. Gradnauer einen Vortrag über das Thema: „Soll die Frau Erbin sein und bleiben?“ halten wird. Des interessanten Vortrages wegen erwartet zahlreiche Besuch — auch von den Parteigenossen des Ortes — Die Kreis-Vertrauensperson.

*) „Schmerzhaft Tante“ nennt in Breslau der Volksmund das Polizeigefängnis.

Eingegangene Druckschriften.

Die „Sozialistischen Monatshefte“ (Administration: Berlin SW. 19, Beuthstr. 3) haben eben des Märzheft ihres 9. Jahrganges erschienen lassen. Aus dem Inhalt derselben seien hier hervor: Paul Gahr: Die Sozialdemokratie und die Monarchie. — Eduard Bernstein: Ein Ausblick auf die bevorstehenden Reichstagswahlen. — Heinrich Weller: Die Krankenversicherung in Deutschland. — Dr. Willy Hellwig (Christ Ostrow): Der Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten. — Dr. Bruno Barzard: Die Stellung der Sozialdemokratie zu den höheren Schulen. — Gustav Zeinle: Zum zweiten Bauarbeiterkongress. — Julius Deutsch: Die Arbeitsbewegung in Oesterreich. — Politisch von Richard Calmer. — Friedrich von Mar Schappel. — Sozialistische Bewegung von S. Winkler. — Gewerkschaftsbewegung von Ernst Deubardt. — Genossenschaftsbewegung von Hermann David. — Sozialpolitik von Paul Kampffmeyer. — Soziale Kommunalpolitik von Dr. Hugo Lindemann (E. Hugo). — Bücher von Dr. Eduard Dand und Wally Zepler. — Notizen von Dr. Rudolf Walfast, Dr. W. Barzard, Hannu Amle und Adolf v. Elm. — Der Preis des Heftes beträgt 50 Pf.; vierteljährlich 1,50 M. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, Postexpeditionen und Postkontrollen (Post-Zeitungsverlag Nr. 7425), ferner direkt durch den Verlag der „Sozialistischen Monatshefte“, Beuthstr. 3, Berlin SW. 19 (Zusendung unter Kreuzband oder in geschlossenen Couvert). Probehefte lassen auf Verlangen jederzeit kostenfrei zur Verfügung.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis. Der Wahlverein hält am Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, eine Versammlung im „Hoffäger-Palast“...

Wahlverein für den vierten Berliner Wahlkreis (Osten). Dienstagsabends 8 1/2 Uhr findet Große Frankfurterstr. 117 eine Versammlung des Wahlvereins statt.

Wilmersdorf. Mittwoch, den 4. März, abends 8 1/2 Uhr, findet in Witten Volksgarten, Berlinerstr. 40, die regelmäßige Wahlvereins-Versammlung statt.

Steglitz. Die Versammlung des Wahlvereins findet am Mittwoch im Restaurant Schellhase, Ahornstr. 15a, statt.

Marienthorf und Umgegend. Dienstag, den 3. März, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokale von Adel, Tempelhof, Germaniastr. 20, eine Wahlvereins-Versammlung statt.

Romows-Neudorf. Mittwochsabend 8 1/2 Uhr bei Gienle, Wallstraße: Versammlung. Vortrag über das Krankenversicherungs-Gesetz.

Brick. Eine öffentliche Versammlung für Frauen und Männer findet am Montagabend 8 1/2 Uhr in Vertages Lokal, Chausseestr. 30, statt.

Lokales.

Der Ertrag der städtischen Werke im Etat für 1903.

Die Mittel, die zur Befriedigung der Bedürfnisse des Stadthaushaltes erforderlich sind, werden in Berlin heute zum größeren Teil durch Steuern aufgebracht.

Im Jahre 1903 werden aus den Werken 8 058 003 M. für allgemeine städtische Zwecke verfügbar werden (20 476 M. weniger als im Jahre 1902).

Die Hieselfelder können sich zur Not allein erhalten, aber nicht die Kanalisationswerke. Gätten indes die Hausbesitzer, denen durch die Kanalisation die Fortschaffung der Fäkalien abgenommen worden ist.

Dieser Fonds, der bereits auf 5 Millionen angewachsen ist, soll bekanntlich nach den Absichten des Stadts. Cassel und seiner Freunde um einige Millionen erleichtert werden.

Von der Ueberfüllung der Krankenhäuser. Eine in Nixdorf wohnende Witwe A. teilt uns einiges aus den Erfahrungen mit, die sie kürzlich bei machen mußte, als sie ihren an einer Erkankung der Wirbelsäule leidenden Sohn operieren lassen und auf Anordnung des Arztes in ein Krankenhaus bringen wollte.

Von den älteren Gemeindefunktionären Berlins verschwindet nun wieder eines. Das Haus Alte Jakobstr. 112, das jetzt abgedroht wird, um einen Erweiterungsbau der Reichsdruckerei Platz zu machen, wurde zuletzt von der städtischen Blindenanstalt bewohnt.

Auslast gegebenem Rat noch einmal wieder und mußte aus demselben Grunde erneut abgewiesen werden. Im Berliner Krankenhaus am Urban, das sie nun aufsuchte, erging es ihr nicht anders.

Schulkinder im Dienste der Agitation für den Freisinn! Von Zeit zu Zeit kann man in der freisinnigen Tagespresse und in den zum Freisinn haltenden pädagogischen Fachblättern recht bewegliche Klagen darüber finden, daß Schulkinder von dieser oder jener Respektsperson zum Antragen regierungsfreundlicher Wahlplakate usw. benutzt worden seien.

Ein Fall solcher Art wird uns aus der 15. Gemeinde-schule in der Nakanien-Allee mitgeteilt. Herr Lehrer Otto, Vorsitzender des freisinnigen Bezirksvereins der Schönhäuser und Prenzlauer Vorstadt, hat am Freitag Schulkinder der 1. Klasse dazu benutzt, freisinnigen Parteigenossen seines Stadtteils ein Schreiben zu überbringen, durch das sie zum Eintritt in den genannten Verein und zum Besuch der nächsten Versammlung aufgefordert werden.

Die Schreibweise, die der Herr Lehrer Otto bei seinen Schülern zugemutet hat, ist ein noch stärkeres Stück, als der Laufburschendienst, den er von sich „freiwillig“ meldenden Jungen sich erweisen ließ.

Allgemeine Betriebsvorschriften für Straßenbahnen mit Maschinenbetrieb sollen für den ganzen Reich der preussischen Monarchie erlassen werden. Eisenbahnminister Lubbe hat die Direktoren Berlin und Elberfeld beauftragt, einen diesbezüglichen Entwurf gemeinsam mit den Vertretern der Verkehrsbehörde durchzubringen.

Ein unläuterer Wettbewerb durch eine Kurpfuscher-Anzeige. Herr Tschernod, der Verantwortliche des Inferantenheils der „Deutschen Tageszeitung“, war auf Grund des Gesetzes über den unlauteren Wettbewerb und des Preßgesetzes bestraft worden, weil er die Annonce eines Naturheilkundigen in die Zeitung aufgenommen hatte.

Der Angeklagte legte Revision ein und machte unter anderem geltend, der Vorstand der Kerkzettelammer sei gar nicht zur Stellung des Strafantrages befugt gewesen. — Der Strafsenat des Kammergerichts verwarf aber die Revision mit der Begründung, daß § 4 des Gesetzes über den unlauteren Wettbewerb ohne Rechtsirrtum angewendet worden sei.

Eine Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung des Kurpfuschertums hat sich gestern in Berlin gebildet. Der Fall Nardenfütter scheint demnach nicht ohne Früchte bleiben zu sollen. Die Gesellschaft beabsichtigt sich an den Diskussionen in den Versammlungen der Kurpfuscher, Naturheilkundigen usw. zu beteiligen, um auch dort verbreitend zu wirken.

Von den älteren Gemeindefunktionären Berlins verschwindet nun wieder eines. Das Haus Alte Jakobstr. 112, das jetzt abgedroht wird, um einen Erweiterungsbau der Reichsdruckerei Platz zu machen, wurde zuletzt von der städtischen Blindenanstalt bewohnt.

„Schule“ bezogen worden. Die genannte Schule, die 1846 aus einer Privat-Elementarschule des den ältesten Berlinern noch bekannten Schulvorstehers Herzog in eine „kommunal-Armenschule“ umgewandelt worden war, hatte sich bis 1853 auf dem Grundstück Neue Grünstr. 23 befunden.

Schwere Anschuldigungen gegen den Vorstand des Rabatt-Sparvereins „Norden“ wurden in einer Versammlung des Allgemeinen Vereins der Gewerbetreibenden Berlins und Umgegend, die gestern abend in den Germania-Sälen tagte, erhoben.

Das Haus Alte Jakobstraße 112 den gesteigerten Anforderungen nicht mehr. Die Schule siedelte in das neuere Schulhaus Alte Jakobstraße 127 über, doch blieben in dem älteren Hause Nr. 112 noch bis 1800 mehrere Klassen als „Zulassungsschule“ bestehen.

Ein Fall solcher Art wird uns aus der 15. Gemeinde-schule in der Nakanien-Allee mitgeteilt. Herr Lehrer Otto, Vorsitzender des freisinnigen Bezirksvereins der Schönhäuser und Prenzlauer Vorstadt, hat am Freitag Schulkinder der 1. Klasse dazu benutzt, freisinnigen Parteigenossen seines Stadtteils ein Schreiben zu überbringen, durch das sie zum Eintritt in den genannten Verein und zum Besuch der nächsten Versammlung aufgefordert werden.

Das ist ein skandalöser Mißbrauch, den sich kein besonnener Lehrer zu Schulden kommen lassen wird. Herr Lehrer Otto hat übrigens vor seinen Schülern kein Geheimnis aus dem Inhalt des Schreibens gemacht.

Ein unläuterer Wettbewerb durch eine Kurpfuscher-Anzeige. Herr Tschernod, der Verantwortliche des Inferantenheils der „Deutschen Tageszeitung“, war auf Grund des Gesetzes über den unlauteren Wettbewerb und des Preßgesetzes bestraft worden, weil er die Annonce eines Naturheilkundigen in die Zeitung aufgenommen hatte.

Der Angeklagte legte Revision ein und machte unter anderem geltend, der Vorstand der Kerkzettelammer sei gar nicht zur Stellung des Strafantrages befugt gewesen. — Der Strafsenat des Kammergerichts verwarf aber die Revision mit der Begründung, daß § 4 des Gesetzes über den unlauteren Wettbewerb ohne Rechtsirrtum angewendet worden sei.

Eine Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung des Kurpfuschertums hat sich gestern in Berlin gebildet. Der Fall Nardenfütter scheint demnach nicht ohne Früchte bleiben zu sollen. Die Gesellschaft beabsichtigt sich an den Diskussionen in den Versammlungen der Kurpfuscher, Naturheilkundigen usw. zu beteiligen, um auch dort verbreitend zu wirken.

Von den älteren Gemeindefunktionären Berlins verschwindet nun wieder eines. Das Haus Alte Jakobstr. 112, das jetzt abgedroht wird, um einen Erweiterungsbau der Reichsdruckerei Platz zu machen, wurde zuletzt von der städtischen Blindenanstalt bewohnt.

Ein unläuterer Wettbewerb durch eine Kurpfuscher-Anzeige. Herr Tschernod, der Verantwortliche des Inferantenheils der „Deutschen Tageszeitung“, war auf Grund des Gesetzes über den unlauteren Wettbewerb und des Preßgesetzes bestraft worden, weil er die Annonce eines Naturheilkundigen in die Zeitung aufgenommen hatte.

Der Angeklagte legte Revision ein und machte unter anderem geltend, der Vorstand der Kerkzettelammer sei gar nicht zur Stellung des Strafantrages befugt gewesen. — Der Strafsenat des Kammergerichts verwarf aber die Revision mit der Begründung, daß § 4 des Gesetzes über den unlauteren Wettbewerb ohne Rechtsirrtum angewendet worden sei.

Humor ist auf 1 M. jährlich festgesetzt worden. ...

Son der Stadtbahn. Eine Neu-Ordnung in der Wagenfolge ist ...

Cyber des Straßenverkehrs. Außerordentlich groß ist die Zahl ...

Aus dem Eisenbahngang sprang ein 14-jähriges Mädchen, das ...

Straßenpflanzung. Die Beddingstraße von der Köpflinger bis zur ...

Eine Brandstiftung beschäftigt die Kriminalpolizei. Gestern ...

Einer späteren Meldung zufolge wurden unter dem Verdachte ...

Ein tödlicher Unfall ereignete sich vorgestern in dem Hause ...

Ein rätselhafter Selbstmord beschäftigt gegenwärtig die Polizei. ...

Im wissenschaftlichen Theater der Urania findet der Vortrag ...

Die Besucher des Berliner Aquariums finden unter den ...

Der Direktor des Botanischen Gartens, Herr Geh. Regierungsrat ...

In der Versammlung des Goethe-Bundes in der Philharmonie ...

„Brauchen wir eine Genie?“ Zutritt finden nur Mitglieder des ...

Im Charlottenburger Volkshaus veranstaltet die Direktion des ...

Aus den Nachbarorten.

Im Charlottenburger Volkshaus veranstaltet die Direktion des ...

Der Professor Wilhelm Gladow in Potsdam, dessen Verhaftung ...

Für den Neubau des Wilmerdorfer Rathhauses, der mit einem ...

Der Waidorfer Magistrat stellt in seinem Verwaltungsbericht ...

Vermischtes.

Sturmalastropfen in England.

Dem „Tag“ wird gemeldet: Der Sturm, welcher Donnerstag ...

Richter und Staatsanwalt. Eine peinliche Scene fand in Ham- ...

Schließlich wurde die peinliche Scene dadurch beendet, daß ...

Die aus der Bretagne verschwundenen Sardinen sind allem An- ...

Wochen-Spielplan der Berliner Theater.

- Königliches Opernhaus. Sonntag: Troubadour. ...
Königliches Schauspielhaus. Sonntag: Die Hottentotten. ...
Neues Opernhaus. Sonntag, den 1. März: Uelc Kessla. ...
Deutsches Theater. Sonntag: Roma Roma. ...
Neues Theater. Sonntag: Die Lokalbahn. ...
Berliner Theater. Sonntag und Montag: Al-Helberberg. ...
Theater des Westens. Sonntag: Die Sparrmanzell. ...
Thalia-Theater. Abends: Der Gamellenhof. ...
Hedens-Theater. Abends: Lust. ...
Kleines Theater. Abends: Rasthof. ...
Uranion-Theater. Abends: Die Korbbrücke. ...
Velle-Alliance-Theater. Sonntag bis Dienstag: Er und Die Dame. ...
Kaiser-Theater. Sonntag: 3 Uhr: Der Hattenbecker. ...
Hedens-Theater. Sonntag: Nachmittags: Jugend. ...
Hranion-Theater. Sonntag: 18/19. ...
Hpol-Theater. Heute nachmittags 3 Uhr gelangt „Hoffstadt“ ...

Briefkasten der Redaktion.

C. G. 27. 1. Die Auflösung des Reichstags kann belächelt ...

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des ...

Daschmittabtrag, so ist die Vergütung bei der Berechnung des Jahresarbeitsverdienstes zu Grunde zu legen. ...

läßt sich ohne Rücksicht in die ihnen zugefallenen Papiere und ohne ihre mündliche Erklärung nicht legen. ...

eine 20 Pfennigmarke, Lohnklasse III (Jahresarbeitsverdienst von mehr als 500-800) eine 24 Pfennigmarke, Lohnklasse IV (Jahresarbeitsverdienst von mehr als 850-1150) eine 30 Pfennigmarke, Lohnklasse V (über 1150) eine 36 Pfennigmarke zu haben. ...

Dem Uhlirer Gottlieb Tix zum vollendeten 60. Lebensjahr ein dreifach donnerndes Hoch!

Wilhelm Bernsee. Dies zeigt tiefbetrübt an die trauernde Witwe nebst Sohn. ...

Socialdemokratischer Wahlverein Charlottenburg. Den Parteigenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied der Bodenleger ...

Turn-Verein „Fichte“. Am 28. Februar verschied nach kurzem schweren Leiden das Mitglied der 1. Damen-Abteilung ...

Verband der Maschinisten und Heizer sowie Berufsg. Deutschl. Verwaltungsgesellschaft Berlin u. Umg. Todes-Anzeige. ...

Karthaus-Kummer'scher Männer-Chor. Nachruf! Am Dienstag, den 24. Februar, verschied nach zehntägigem Krankenlager unser hochberechteter Dirigent, Herr ...

Statt besonderer Meldung! Freitag, den 10. März, verstarb meine liebe Frau, unsere gute Mutter ...

Danksagung. Für die zahlreichen Beweise der Teilnahme, die mir und meiner Familie anlässlich des Todes meines lieben Mannes, des Restaurateurs Friedrich Behrens, Chorleiter ...

Dr. med. Schaper. homöop. Arzt u. Spez.-Arzt f. Haut- u. Harnleiden, Frauenkrankheiten. Königsgrabenstr. 27. Spr. 9-1. 4-7.

Fahrräder verfallene, einziger günstiger Fahrraderverb. ...

Gardinenfabrik Lager aus Plauen in Sachsen Bruno Güther, Berlin, 631L* ...

Tuchstoffe Palettsstoffe - Cheviots, Reste spottbillig. ...

Land 2 Markt pro Woche Abzahlung. ...

Laden-Einrichtung, gebraucht und neu, Material, ...

Steppdecken. Kauft man am preiswertesten nur direkt in der Fabrik. ...

!! Von 36 M. an !! Auszug nach Maß, neueste Muster, ...

Orts-Krankenkasse für das Bierbrauer-Gewerbe zu Berlin. ...

Englisch. Unterricht in und außer dem Hause. ...

Elektrotechnik Maschinenbau- und Bau-Schule. ...

Kunststofferei Frau Kokosky, ...

Zahn-Klinik. Olga Jacobson, ...

Massage-Institut von Fr. H. Mania, ...

Massage-Institut v. Carl Wolter u. Frau jetzt Holzmarktstr. 19. ...

Blumen- und Kranzbinderei Richard Engelke, ...

42-62 Mark Auszug nach Maß, ...

Roh-Tabak Max Jacoby, ...

Roh-Tabak E. Erbe, ...

Roh-Tabak R. Schwarz, ...

Roh-Tabak Max Otto, ...

Roh-Tabak J. Fränkel, ...

Roh-Tabak Heinrich Franck, ...

Roh-Tabak F. Wienert Nachf. L. Lehmann, ...

Stiebsgebirgs-Geld-Lotterie. ...

Für 20 Mark fertige, wer selbst Stoff hat, ...

Teilzahlung!!! Großes Lager und Auswahl ...

Partei-Expeditionen: Berlin zweiter Wahlkreis: Hermann Berner, ...

Mehlhandlung von Johannes Friese. ...

Die schönsten Herren-Sommer-Paletots, Frühjahrs-Anzüge, ...

Resterhandlung 1 Treppe 38 Prinzenstr. 38, am Moritzplatz. ...

Anzüge nach Maß zum Preise von 24 und 30 Mark. ...

Seelig's feinste Kaffee-Essenz in 1/2 Kilo-Dosen macht billigen Bohnen-Kaffee besser und guten Bohnen-Kaffee billiger. ...

Baumaterialien neue und gebrauchte jeder Art, wie Sautholz, Breiter (neue Schalldächer) ...

Bekanntmachung! Um unserer werthen Standeshälften unsere Leistungsfähigkeit vor Augen zu führen, haben wir 1350 Einsegnungs-Anzüge konfektioniert, welche durch ihre solide Verarbeitung, ...

Abessinierbrunnen kompl. jetzt 12 M. an. ...

Warenhaus A. Wertheim

Leipzigerstr. 132-135 (Versand-Abteilung).
Rosenthalerstr. 27-29. — Oranienstr. 52-55.

Extra-Preise

Montag, Dienstag, Mittwoch
soweit der Vorrat reicht:

Kleiderstoffe

Lodenstoffe ca. 110 cm breit 80 Pf.
Reinwoll. Beige Kreppgewebe, 95 Pf.
Reinwoll. Beige m. feinen Weiss. Streifen Mtr. 1.30 Mk.
Kostümstoffe in engl. Geschmack Mtr. 1.10 Mk.
Reinwoll. Cheviot m. schmal. Weiss. Streifen Mtr. 85 Pf.
Einfarb. Cheviot reine Wolle Mtr. ca. 110 cm br. 1.05 Mk.
Einfarb. Cheviot " " 1.35 Mk.
Einfarb. Krepp reine Wolle, ca. 110 cm br. Mtr. 1.20 Mk.

Waschseide imitiert Mtr. 45 u. 95 Pf.
Reinseid. gestr. Taffet Mtr. 1.35 Mk.
Reinseiden Taffet gestreift, à jour Mtr. 1.95 Mk.

Bedruckt Levantine Mtr. 33 Pf.
Blusenflanell Baumwolle, bedruckt, Mtr. 45 Pf.
Bedruckt Organdy Mtr. 48 Pf.

Reinwoll. Beige Satinewebe mit Streifen Mtr. 85 Pf. regulär 1.40 Mk.

Reinwoll. Beige schweres Diagonalgewebe Mtr. 1.20 regulär 1.80 Mk.

Noppenstoffe reine Wolle, engl. Geschmack Mtr. 1.35 regulär 1.90 Mk.

Kostümstoffe ca. 130 cm breit, reine Wolle Mtr. 2.15 regulär 3 Mk.

Japan. Waschseide gestreift Mk. 1.25 regulär 2.10 bis 2.40

Liberty u. Foulard dunkelblau/weiß bedruckt Mtr. 1.70 regulär 1.50 u. 1.60

Damenhüte

Bolerohut Splittgeflecht mit Sammet garn. 2.40

Toque Fantasiegef. mit Strohhorte garn. 3.10

Marquisform mit Sammet u. Perlmutteragraffe 4 Mk.

Bolerohut mit Fantasieborte. Sammet garn. 5.40

Eleg. Toque Fantasiegef. gesteppt, Bandgarn. 6.90

Wiener Form zweifarb., huntstoff, Flügelgarn. 6.90

Toque aus Strohstoff mit Fiederdeckel u. Rosen garn. 7 Mk.

Runder Hut Fantasiegef. Chiff. u. Rosengarn. 7 Mk.

Toque Strohstoff mit Flittertüll und Mohn garniert 9 Mk.

Elegant. Hut mit Tüll, Band u. Flügeln garniert 10.75

Tüllhut m. häng. gross. Flitt. u. kl. Blüt. 12.50

Glacé-Handschuhe mit Druckverschluss für Damen und Herren 95 Pf.

J. Baer
Badsstr. 28, Prinz-Allee Ecke
11. Schliemannstr. 37.
Herrn- und Knaben-Moden.
Grosse Auswahl in
Paletots und Joppen.
Elegante Essens- und Anzüge
in jeder Preislage.
Allerbilligste, streng feste Preise.

5. Siebengebirg's Geld-Lotterie
Ziehung am 4. März 1903
und folgende Tage.
12 000 Geldgewinne bar,
ohne Abzug zahlbar von Mark

450 000
Hauptgewinne Mark:

100 000
60 000
40 000
20 000
10 000

usw. 500 L.
Lose: Ganze a 4 M.
Halbe a 2 M.
Porto und Liste 30 Pf. extra,
empfehlen und versendet.

Graff's Glücks-Kollekte,
Berlin NW.,
Perlebergerstr. 63,
an der Halde-Strasse.

Masken-Garderobe
von 2712
Carl Ernst
Röhmischerstr. 129, 1 Tr.
Grösste Auswahl!
Billigste Preise!
Vorzeiger dieser Branche er-
hält 10% Preisermäßigung.

Central-Möbel-Halle

Kommandantenstr. 51, Ecke Alexandrinenstrasse.

Specialität:

Wohnungs-Einrichtungen.

Coulanteste

Zahlungs-Bedingungen.

Kleine Anzahlung! Langer Kredit!

Permanente Ausstellung 40 kompletter Muster-Zimmer.

Besichtigung (ohne Kaufzwang) dringend empfohlen. 681L*

Cognac mit französ. Geschmack und Aroma

kann nur aus französischen Grundstoffen — niemals mit künstlichen
Essenzen — nach altbewährter Grundlage des streng französischen Verfahrens
erzeugt werden. Reichel's Cognac-Extract Marke „Lichterz“. Neu ver-
bessert und bedeutend verfeinert. Niemals lose, nur in Originalfl. à 75 Pf.,
fine Champagne *** Fl. 1.25 Mk. zur Selbstbereitung von feinstem
Cognac, ist ein Destillat edler französischer Weine (Eau de Vie de Charente).
In Deutschland unerreichbar. Man überzeuge sich selbst durch einen Versuch!
Glänzend begutachtet von Autoritäten der Wissenschaft. — Mehr als doppelte
und dreifache Ersparnis. — Die Destillierung im Haushalte völlig kostenfrei!
Otto Reichel, Berlin SO., Eisenbahnstr. 4. Grösste Spezialfabrik Deutschlands.
Niederlagen in ganz Deutschland. Wo nicht erhältlich. Versand ab Fabrik.
Man nehme aber nur Reichel's Cognac-Extract mit dem
Lichterz und nichts Anderes.  Cognac-Extract mit dem
Es giebt keinen Ersatz!

Zu haben in den Droguerien.

Möbel- u. Polsterwaren-Fabrik

A. Schulz, Reichenberger-Strasse 5

empfehlen Einrichtungen in Ruhbau und Mahagoni von 240 bis 5000 Mark zu äusserst billigen Preisen.
Streng reelle und
gewissenhafte Bedienung. **Coulanteste Bedingungen.** 6182*

Empfehle meine gesunden, adelios brennenden Roh-Tabake für Cigarren-Fabrikation

in allen Sorten und zu äusserst billigen Preisen.

Sumatra-Decker, 1., 2. u. 3. Länge, Vollblatt, hell, mittel u. dunkel, von 130-400 Pf.
Sumatra-Umblatt von 105-115 Pf.
Felix-Brasil von 85-105 Pf.
Felix-Brasil-Decker von 160 Pf. an.
Vorstenlanden-Decker von 150 bis 250 Pf.

Java-Umblatt von 95 Pf. an.
Java-Einlage von 80 Pf. an.
Domingo, prima grosseblattige Ware, 80, 90, 100 Pf.
Carmen, prima grosseblattige Ware, 80-100 Pf.
Seedleaf von 85-120 Pf.

Ferner empfehle ich mein vorz. aus rein überseeisch Tabak bestehendes sehr köstliches Logset Umblatt-u. Einlage-Tabake zu 75 Pf., in Bahnkolln von 30 Pfund an zu 72 Pf. Preise vorsteh. sich vorz. u. per Pfund. Versand nur gegen Nachnahme.

105L* **Albert Steen, Bremen.**

Ein einziger Versuch überzeugt auch Sie!

Das einstimmige Urteil von Autoritäten der Wissenschaft, Fachleuten u. Kennern erbringt den unantastbaren Wahrheitsbeweis dafür, dass die echten Noa's Original-Extrakte zur feinsten Selbstbereitung sämtlicher Liqueure etc. sich durch hervorragende Güte und Wohlfeilheit im höchsten Maße vor vielen andern auszeichnen und stets die besten sind und bleiben.

Preis per Flasche Extrakt, hinreichend für 2 bis 3 Liter und mehr trinkfertigen Cognac, Rum, Brandywein oder Liqueur, je nach Sorte 25, 35, 40, 50, 60, 75 Pf. etc. (2932*)

Vertikales 114 seitiges illustriertes Rezeptbuch: „Die Destillation im Haushalte“. 3. Auflage, gegen Einsendung von nur 20 Pf. in Marken. (Bei Bestellung Surrogat-Verpflichtung.)

Alleiniger Erfinder und Fabrikant:
Max Noa, Berlin N., Reineckendorferstr. 48.

Detailverkauf in allen durch meine Plakate erkenntlichen Niederlagen. Wo nicht erhältlich direkter Versand. Für Berlin und Borsice frei Haus; sonst Postversand. Täglich neue begünstigte Anerkennungen; 8 mal prämiert mit Ehren-diplomen, Gold- und Silber-Medaillen.
Hüten Sie sich vor auf Täuschungen berechneten Nachahmungen.

Lebens-Versicherung.		Gesamt-Vermögen:	
Versicherungsbestand:	Victoria zu Berlin.	320 Millionen M.	
920 Millionen M.			
Gewinn-Reserven für die Versicherten 54 662 685 M.		Prämien- und Zinsen-Einnahme in 1901 78 375 901 M.	
Die „Victoria“ ist die grösste deutsche Versicherungs-Gesellschaft, sie hat die praktischsten Versicherungsformen und die liberalsten Bedingungen.			
Pro 1901 erhalten die Versicherten 15 815 557 M. Überschuss als Dividende.		369L*	
Unfall-Versicherung.		Volk-Versicherung.	

Die Straßenreiniger.

Die Hauptstadt des Deutschen Reiches mit ihren beinahe zwei Millionen Einwohnern steht hinsichtlich der Reinlichkeit unter den Großstädten wohl an erster Stelle. Möge es regnen oder schneien, in kurzer Zeit sind die Straßen gesäubert und wenn zu Winterzeiten in unren Vororten noch der „Droschenschlitten“ eine gewohnte Erscheinung ist, so ist dieses Gefährt in der Metropole so gut wie unbekannt. Das es, um die Sauberkeit in der Reinigung zu erreichen, eines gewissen und festorganisierten Apparates bedarf, erscheint klar, wenn man erfährt, daß nicht weniger als rund 10 000 000 Quadratmeter Straßengebiet von der Stadt ständig zu reinigen sind, von denen etwa 6 000 000 Quadratmeter täglich dieser Prozedur unterworfen werden. Die Straßen werden durchschnittlich dreimal wöchentlich ordnungsmäßig gesäubert; eine Anzahl wiederum täglich einmal, andre dagegen ein oder zwei Mal die Woche, je nach dem Charakter, der Lage oder dem Verkehr der Straße. Auch die Beschaffenheit des Pflasters trägt wesentlich dazu bei, wie oft und in welcher Weise gereinigt wird. Bei Holz- und Kalkpflaster ist der Stot möglichst bald und sorgfältig zu entfernen, Sand und Kies zu streuen, Asphalt mit Wasser reichlich zu begießen und mit Gummischrubbern abzuwischen, weil sonst das Pflaster glatt und der Gang der Pferde unsicher wird. Das zur Verwirklichung dieser Arbeit benötigte Personal besteht aus einem Direktor, einem Inspektor, neun Oberaufsehern, von denen einer die Funktionen des Depotverwalters versieht, einem Oberaufseher im inneren Dienst und 20 Aufsehern. Das Arbeitspersonal ist zusammengesetzt aus 112 Vorarbeitern, 403 Arbeitern I. Lohnklasse, 403 Arbeitern II. Lohnklasse, 70 Arbeitern III. Lohnklasse und 888 Arbeitsburden, insgesamt besteht es aus 1867 Köpfen. Ein Vergleich der Kopfzahl der ständigen Arbeiter mit der zu reinigenden Fläche ergibt, daß auf jeden Kopf 6442 Quadratmeter Straßengebiet, 3806 Quadratmeter Fahrdammfläche und von der täglich zu reinigenden Straßfläche 3704 Quadratmeter entfallen. Im Hauptdepot sind außerdem noch drei Händschneider, zwei Zimmerleute, ein Anstreicher und ein Arbeiter tätig. Die Oberaufseher haben ein Anfangsgehalt von 2400 M., steigend in 18 Jahren bis 3000 M.; die Aufseher fangen mit 1500 M. an und enden nach 20 Jahren mit 2200 M. Neben freier Dienststellung wird ihnen für die Ausbildung straßenpolizeilicher Funktionen eine jährliche Zulage von 180 M. gewährt. Der Arbeitslohn beträgt für die ältere Hälfte der Vorarbeiter 4,25 M., die jüngere Hälfte der Vorarbeiter 4 M., die Arbeiter der I. Lohnklasse 3,75 M., die Arbeiter der II. Lohnklasse 3,50 M., die 70 Arbeiter der III. Lohnklasse 3 M., die Arbeitsburden zur Hälfte 2 M., die jüngere Hälfte 1,75 M.

Die Handwerker im Hauptgerätepark werden wie die Vorarbeiter mit 4,25 M. bezahlt. Die Planaufseher auf den öffentlichen Ab- und Einladeplätzen, die aus den Arbeitern der Straßenreinigung entnommen werden, beziehen täglich 4,75 M. Lohn. Der Lohnsatz der Arbeiter auf diesen Plätzen ist inzwischen auf 4 M. erhöht worden.

Ueber den Begriff I., II. und III. Lohnklasse ist folgendes zu bemerken: Alle Arbeiter, die neu eingestellt werden, erhalten zunächst einen Tageslohn von 3 M. Die Zahl dieser Arbeiter beträgt aber nur 70 Köpfe, sie rücken meist noch innerhalb des ersten Dienstjahres in die höhere Lohnstufe auf.

Sämtliche Arbeiter der städtischen Straßenreinigung erhalten freie Dienstkleidung, ebenso wird ihnen auch das Arbeitsgerät von der Verwaltung gestellt. Der Tageslohn wird täglich gezahlt und auch für Sonn- und Festtage nicht geführt, gleichgültig, ob an diesen Tagen voll gearbeitet wird oder nicht.

Die regelmäßige Arbeitszeit beginnt nachts um 12 Uhr und endigt gegen 8 Uhr morgens, einschließlich einer halbstündigen Erpaufe. Die Mannschaft, die am Tage arbeitet, hat Dienst von morgens 7 Uhr bis abends 7 Uhr, am Frühmorgens, Mittag und Abend entfallen drei Stunden, so daß hier die wirkliche Arbeitszeit neun Stunden beträgt. Die Leute werden im allgemeinen gleichmäßig zum Tages- und Nachtdienst herangezogen. Für die Sommermonate ist eine Einrichtung getroffen, die den Arbeitern einen dienstfreien Tag in der Woche bieten soll, derart daß sie von freier Arbeit am Sonntagmorgen bis Montagabend vollkommen frei haben, ohne Lohn einzubüßen. Um dies zu ermöglichen, wird Montag die sonst täglich zu leistende Arbeit auf das notwendige Maß eingeschränkt.

Ein ordnungsmäßiger Wechsel in der Verteilung der täglichen Arbeiten giebt die Gewähr, daß jeder Arbeiter in der Reihe in den Genuss des dienstfreien Tages kommen muß. Hiernach läßt sich schon durch die Arbeiter selbst leicht kontrollieren, und alle Dienstleistungen auch regelmäßig und der Reihe nach auf sämtliche Arbeiter verteilt werden.

Gewisse besonders schwere Arbeiten, denen alle städtischen Leute nicht mehr recht gewachsen sind, z. B. das Baggern der Senkgruben und Gullies, werden mehr auf die jüngere Mannschaft verteilt, was von dieser in kameradschaftlicher Art auch gern hingenommen wird. Weiter wird den Arbeitern nach zehnjähriger Diensttätigkeit ein Ruhegeld und eine Hinterbliebenen-Versicherung derart gewährt, daß nach diesem Zeitraum 2/3 des Einkommens und für jedes weitere Jahr 1/10 mehr berechnet wird. Außer diesen Vorteilen, die den Arbeitern anderer städtischer Betriebe auch zustehen, ist für die Straßenreiniger seitens der Stadtverordneten eine besondere Ausnahmeverbesserung getroffen, die folgendermaßen lautet:

Der am 1. April 1901 im Dienste der Stadt befindlichen Straßenreinigungsarbeiter, welche innerhalb der nächsten zehn Jahre dienstfähig werden, sind die ihnen nach dem bisher gültig gewesenen Grundgesetz gegenüber dem vorliegenden Gemeindefestgesetz etwa zustehenden Mehrbeträge neben ihrem Ruhegehalt noch im Wege der besonderen Unterstützung zu gewähren.

Zum Schluß sei noch erwähnt, daß die ständigen Arbeiter zwei Garnituren Dienstkleidung besitzen, von denen die eine als Sonntagsanzug gilt. Die Bekleidungskosten für die Berliner Reinigung stellen sich für 1901/02 auf rund 4 Millionen Mark.

Gerichts-Zeitung.

Der ehemalige Reichstags-Abgeordnete Mittergutbesitzer Oscar Freiberger v. Münch stand gestern vor der neunten Strafkammer des Landgerichts I, um sich wegen Verletzung des königlichen württembergischen Staatsministers v. Wischek, des Medizinalrats Dr. Diehl, des Oberamtmanns Stiefenhofer und anderer, dem württembergischen Ministerium des Innern unterstellten Beamten und Bedienen zu verantworten. Den Vorsitz führte Landgerichtsrat Kämpfe, die Anklage vertrat Staatsanwaltschaftsrat Schmidt. Der Verhandlung wohnten als psychiatrische Sachverständige die Medizinalräte Dr. Leppmann und Dr. Mittenzweig bei, die sich über den Geisteszustand des Angeklagten äußerten. In dieser Strafsache hat am 1. November v. J. schon einmal Termin angefallen. Der Verlauf desselben hat dem Angeklagten Veranlassung zu einer Beschwerde über die Richter gegeben und als das Kammergericht diese Beschwerde zurückwies, erhob er wieder Beschwerde über das Kammergericht. Er hat sich auch mit Eingaben an den Präsidenten des Landgerichts I und an den Justizminister gewandt und darin zum Ausdruck gebracht, daß nicht dem Gesetze gemäß verfahren würde. Vor Eintritt in die gestrige Verhandlung stellte der Angeklagte den Antrag, die beiden psychiatrischen Sachverständigen abzulehnen, dem Antrage wurde aber vom Gerichtshofe nicht stattgegeben. Unter dem 30. Januar 1902 veröffentlichte Frau v. Münch, der jetzt in Schönberg wohnt, unter dem Titel „Württembergische Rechtsplege und Verfassung“ eine Broschüre, die den Gegenstand der jetzigen

Anklage bildet. Der Angeklagte schildert darin die wirklichen Vorgänge seiner Internierung, wie sie sich nach seiner Meinung abgespielt haben und wie sie zu beurteilen seien. Er suchte nachzuweisen, daß diese Vorgänge keineswegs seine Internierung in der Irrenanstalt rechtfertigen können und daß er das Opfer schwerer Verbrechen nicht gewesen sei. Medizinalrat Dr. Leppmann gab sein Gutachten dahin ab, daß er den Angeklagten nicht für geistesgesund erachten könne. Es sprechen, wie der Sachverständige des Näheren darlegt, mindestens starke Momente dafür, daß der Angeklagte zur Zeit der Abfassung der Broschüre sich in einem Zustande anormaler Geistesverfassung befunden habe, der die freie Willensbestimmung ausschloß. — Medizinalrat Dr. Mittenzweig schloß sich diesem Gutachten dahin an, daß nach seiner wissenschaftlichen Ueberzeugung Herr v. Münch kein geistesgesunder Mensch und schon lange krank sei. — Der Angeklagte v. Münch verteidigte sich energisch gegen die Preisel an seiner geistigen Gesundheit, denen die Sachverständigen Ausdruck gaben, und suchte nachzuweisen, daß die Broschüre nur die berechtigte Abwehr gegen eine ganze Reihe von Tragisierungen sei, die ihm württembergische Gerichte und Behörden fortgesetzt widerrechtlich bereitet haben. — Staatsanwaltschaftsrat Schmidt stimmte dem Gutachten dahin bei, daß berechtigte Zweifel an der Zurechnungsfähigkeit des Angeklagten zur Zeit der That vorhanden seien. Er beantragte in subjektiver Beziehung die Freisprechung des Angeklagten auf Grund des § 51 St.-G.-B. in objektiver Beziehung die Vernichtung der beschlagnahmten Broschüre und Unbrauchbarmachung der Platten und Formen. — Der Angeklagte verlangte, nicht auf Grund des § 51 freigesprochen zu werden, sondern auf Grund des § 193 und weil die Wahrheit der von ihm behaupteten Thatsachen bewiesen sei. Er suchte dies nochmals in umfangreichen Ausführungen darzulegen. — Der Gerichtshof erkannte nach dem Antrage des Staatsanwalts.

Was ist eine Versammlung? Der Schlosser Julius Zander, Vertrauensmann des Metallarbeiter-Verbandes in Sieglitz, und der Rechtsanwalt Grube dort waren wegen einer nicht angemeldeten Versammlung, in der öffentliche Angelegenheiten beraten worden waren, angeklagt; Zander sollte als Redner, Grube als Inhaber des Lokals bestraft werden.

In der Hauptverhandlung vor dem Schöffengericht II am 28. Februar legte der Verteidiger der Angeklagten, Rechtsanwalt Heine, dar, daß nach den neueren Entscheidungen des Kammergerichts die Zusammenkunft keine „Versammlung“ gewesen sei; es hätte sich nämlich nur um eine Versprechung von etwa 20 Arbeitern einer bestimmten Werkstatt unter einander und mit dem von ihnen eigens dazu benannten Angeklagten Zander gehandelt. Solche privaten Zusammenkünfte seien nicht als Versammlungen im Sinne des Vereinsgesetzes anzusehen, ebensowenig seien die dort besprochenen Angelegenheiten öffentlich, denn sie hätten lediglich die Verhältnisse in der hiesigen Werkstatt betreffen.

Der Ankläger beantragte gegen jeden der Angeklagten 15 M. Geldstrafe. Das Gericht schloß sich den Ausführungen der Verteidigung an und sprach die Angeklagten frei.

Streitpostenverfolgungen. Der Wauer Christian Büsch sollte zur Zeit des Streiks an den Manufakturwerken an der Kaiser Wilhelm-Brücke eine Streikpolizei-Kontrollaktion begangen haben, wegen deren gegen ihn ein Strafbefehl in Höhe von 30 M. erlassen worden war. In der auf seinen Widerspruch anberaumten Gerichtsverhandlung bei dem Schöffengericht, Abteilung 144, zu Berlin am 27. Februar befandete der Schöffe Herr Hof, er habe den Angeklagten zuerst auf einer Seite des Bürgersteiges der Brücke stehen sehen und ihn aufgefordert, weiter zu gehen. Der Angeklagte habe dies getan, sei aber nach kurzer Zeit zurückgekommen und sei auf der anderen Seite der Brücke hin- und hergegangen, habe auch kurze Zeit auf dem für Fahrverbot gesperrten Fahweg der Brücke gestanden. Darauf habe er ihn stillert. Er habe den Angeklagten nur aufgerufen, wegzugehen, weil er ihn mit anderen Leuten dort habe sprechen sehen und weil er ihn deshalb für einen Streikposten gehalten habe, er habe sich für berechtigt gefühlt, alle Streikposten dort wegzureißen. Was der Angeklagte mit den Leuten gesprochen habe, und ob es sich überhaupt auf den Streik bezogen habe, ja, ob diese Leute überhaupt Arbeitswillige gewesen wären, wisse er nicht. Der Angeklagte gab an, daß er beim Arbeitslosen mit anderen Kollegen an diese Stelle gekommen sei, doch einer von ihnen nach der Bedürfnisanstalt am Dom gegangen wäre und ihn etwas lange hätte warten lassen, worauf er den anderen gesagt hätte, es dauere ihm zu lange, er müßte jetzt gehen. Der Ankläger beantragte, die Geldstrafe aufrecht zu erhalten.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Heine, führte aus, daß nach den eignen Angaben des Schöffen die Anforderung überhaupt nicht im Verkehrinteresse erlassen sei, auch nicht im Interesse des Saubers der Ruhe und Ordnung, sondern daß sie lediglich auf dem irrigen Glauben beruhe, die Polizei hätte das Recht, Leute, die sie für Streikposten hielt, aus einem bestimmten Raum gänzlich wegzureißen.

Das Gericht trat dieser Auffassung bei und erkannte auf Freisprechung.

Ein roher Patron stand am Sonnabend in der Person des Obermeisters Ringenbach von der Fabrik „Berliner Bleiche“ in Niederschöneweide wegen schwerer Körperverletzung auf der Anklagebank der fünften Strafkammer des Landgerichts II. Mitangeklagt war der von ihm verletzte Arbeiter Schilde. Der Anklage lag folgender Vorfall zu Grunde: Am 15. Juli v. J. forderte der Arbeiter Schilde von dem Obermeister Ringenbach seine Entlassung, welche ihm dieser aber erst nach Verlauf von etwa einer Stunde gab. Rühmlich durch das lange Warten machte Schilde dem Obermeister gegenüber einige verdrießliche Bemerkungen, die zu einem ziemlich heftigen Wortwechsel zwischen beiden führten. Im Verlauf desselben vergriff sich der Arbeiter so weit, dem Meister einen kleinen Stoß zu versetzen, welchen dieser nun derartig erwiderte, daß der Arbeiter rücklings hinfiel, dabei mit dem Kopf auf die Platten schlug und mit einem Schädelbruch bedingungslos liegen blieb. Hierauf entfernte sich der Meister, kehrte aber gleich darauf wieder zurück, triete auf den Daliegenden nieder und schlug dann in wilder Wut auf diesen los, um, wie er sagte, seine Autorität den anderen Arbeitern gegenüber zu beweisen. Der Unmensche mißhandelte sein wehrloses Opfer in so brutaler Weise, daß nach Aussage eines Zeugen dessen Gesicht aussah „wie ein rohes Stübe Fleisch“. Ein ärztliches Urteil konstatierte außer dem Schädelbruch eine Verletzung des Glaskörpers am linken Auge, durch welche die Sehschärfe vermindert ist, ferner starke blutunterlaufene Gesichtswellungen und eine Anzahl kleiner Wunden. Schilde selbst giebt an, daß er gegenwärtig noch sehr kopfschmerzhaft ist und teilweise sein Augenlid eingeklappt habe. Seine damalige Erregung dem Meister gegenüber führt er auf eine erst kurz vorher beendete Strafbewandlung zurück. Nachdem der Obermeister dann endlich seine Wut gestillt hatte, schrie er den Ringenbachen wie bestessen an: „Raus aus der Fabrik, raus mit dem Kett!“ Dieser erhob sich schließliche, taumelte dann nach einem Wuchreden und wusch sich das Blut ab. Bemerkenswert ist, daß von den zahlreichen Arbeitern jener Fabrik auch nicht ein einziger den Mut fand, ihrem mißhandelten Kollegen beizuhelfen. — Das Urteil lautete für Ringenbach auf 200 M. und für Schilde auf 30 M. Geldstrafe event. für je 5 M. einen Tag Gefängnis. In der Begründung hob der Vorsitzende hervor, daß bei dem Obermeister nur bis zu einem gewissen Grade Notwehr in Betracht kommen könne, die brutale Mißhandlung des wehrlosen Arbeiters charakterisierte sich als eine überaus rohe Handlungsdeweise. Doch auch der Arbeiter Schilde habe bestraft werden müssen, weil er seinem Vorgesetzten einen Stoß gab. In Anbetracht der ihm erwachsenen körperlichen Nachteile aber sei die Strafe nur niedrig bemessen worden.

Versammlungen.

Protest der Civilmusiker gegen die Konkurrenz der Militärmusik.

Eine öffentliche Civilmusiker-Versammlung, einberufen vom „Allgemeinen deutschen Musiker-Verband“, fand am Freitag in Dräsel's Festsaal statt, um gegen den Beschluß des Bundesrats in der Militärkonzurrenzfrage zu protestieren. Der Präsident des Verbandes, Ernst Vogel, schilderte ausführlich, wie sich der Verband in den 30 Jahren seines Bestehens wiederholt mit bescheidenen Petitionen an den Reichstag und den Bundesrat, an den Reichsfanzler, den Kriegminister und direkt an den Kaiser gewandt hat, um die verwerbliche Konkurrenz, die die Militärmusik den Civilmusikern bereitet, ein wenig einzudämmen. Aber alle diese Bemühungen sind bis jetzt erfolglos geblieben. Eine im Jahre 1900 an den Reichstag gerichtete Petition wurde in der Petitions-Kommission hinsichtlich des ersten Punktes, die Aufhebung der Fahrpreis-Bergütung der Militärmusik, dem Bundesrat zur Verächthigung, im übrigen zur Erwägung übergeben und dementsprechend beschloß auch das Plenum des Reichstages in der Sitzung vom 6. Juni 1902. Der Bundesrat aber entschied, daß die Petition seine Folge zu haben sei. — Wie drüßend diese Konkurrenz der Militärmusik wirkt, das zeigt eine in Dortmund und aufgenommenen Statistik. In dieser Stadt von 150 000 Einwohnern, die keine Garnisonsstadt ist, konzertierten im Jahre 1902 insgesamt 41 Militärmusiken an 180 Tagen. Sie zählten zusammen 4452 Mann und ihr Verdienst belief sich auf 33 721 M. Doch solche Ueberfülle mit Militärmusik dem Civilmusiker die Existenz unmöglich machen muß, ist selbstverständlich. Der vom Staat bezahlte und erhaltene Militärmusiker kann ein Engagement von 20—50 Proz. billiger annehmen als der Civilmusiker, der sich und seine Familie selbständig erhalten soll. Dazu kommt die Vorliebe eines großen Teils des Publikums für das bunte Tuch. Der Redner wies mehrere Plakate zu Militärkonzerten vor, die mit ihren bunten Bildern mehr für eine Virtuosenstellung als für ein Konzert geeignet erschienen. Zum Schluß empfahl der Redner eine Resolution, die bereits in mehreren Städten Deutschlands angenommen worden ist, und worin die Versammlung ihre Verwunderung darüber ausdrückte, daß der Bundesrat die bescheidenen Wünsche des Musiker-Verbandes abschlägig beschieden hat, dies aufs tiefste bedauert und von neuem verlangt wird, daß die schrankenlose Konkurrenz der Militärmusiker abgestellt wird.

Für ein schärferes Vorgehen trat Hoch, der Vertreter des Central-Verbandes der Civilmusiker, ein. Er stellte radikalere Forderungen als der Referent, wies besonders auch darauf hin, wie notwendig es für die Musiker ist, daß sie ihre politischen Rechte in verständlicher Weise ausüben, wenn sie in Staat und Gemeinde die Anerkennung ihrer Forderungen erzwingen wollen, und empfahl die unten abgedruckte Resolution. — In der weiteren Diskussion sprach der Reichstags-Abgeordnete Kopsch. Er warnte vor Hineinziehung der Politik in die Diskussion und meinte, daß die Frage gar nicht mit der Politik zu thun habe. Dann erklärte der Redner, der seiner Zeit im Reichstag für die Petition der Musiker gesprochen hat, daß er auch in Zukunft als ein Freund der Musiker für ihre Wünsche eintreten werde. Demgegenüber führte der Reichstags-Abgeordnete Ledebour aus, daß die Frage der Militärmusiker-Konkurrenz gerade eine wirtschaftspolitische sei, deren Lösung wesentlich von der Stellung der Parteien abhängt. Die laue Stellungnahme der Petitions-Kommission ist lediglich dem Umstand zuzuschreiben, daß dort die reaktionären Parteien die Mehrheit bilden. Die Sozialdemokraten wollten selbstverständlich die ganze Petition zur Verächthigung überweisen. Die Herren, die den Militarismus befördern, haben eben auch nichts gegen das Fortwähren der Konkurrenz der Militärmusik einzunehmen. Die Musiker aber haben auch noch in anderer Hinsicht ein sehr großes Interesse an einer freizeithlichen Entlohnung unter politischen Verhältnissen, denn nur in einem freien Lande kann es die Kunst gedeihen. Der Redner sprach sich im übrigen für ein vollständiges Verbot des Konzertierens der Militärmusiken aus. — Die Ausführungen fanden lebhaften Beifall.

Bei der Abstimmung über die Resolutionen wurde die des Allgemeinen deutschen Musiker-Verbandes abgelehnt, dagegen die folgende von dem Vertreter des Central-Verbandes eingebrachte mit großer Mehrheit angenommen:

„Die öffentliche Civilmusiker-Versammlung protestiert ganz entschieden gegen die Ablehnung der im Oktober 1900 an den Reichstag abgegebenen Petition des Allgemeinen deutschen Musiker-Verbandes durch den Bundesrat. — In Erwägung, daß infolge der Ablehnung der äußerst geringen Forderungen der Petition eine ernste Stille für den deutschen Musikerstand von dem gegenwärtigen Reichstag nicht zu erwarten ist, in fernerer Erwägung, daß die Ablehnung der Petition nur möglich sein konnte infolge der Unkenntnis des Bundesrats sowie des Reichstages über die Verhältnisse des deutschen Musikerstandes, fordert die Versammlung die Reichsregierung auf, bald eine Enquete über die sozialen Verhältnisse der Musiker zu veranstalten. Die Versammlung hält es für unbedingt notwendig, daß die civilmusikalische Tätigkeit der Militärmusiker im Interesse des gesamten Musikerstandes zu seiner Erhaltung und zur Verminderung weiterer Verelendung vollständig unterlagert wird. Um den Forderungen der Civilmusiker — als solche sind noch zu erwähnen: gänzliches Verbot der musikalisch-geschäftlichen Tätigkeit der Staats- und Kommunalbeamten, Regelung des Lehrlingswesens und Anwendung der Socialgesetzgebung auf den Musikerstand — mehr Nachdruck zu geben, erklärt die Versammlung: Es ist Pflicht jedes deutschen Musikers, seine Stimme mit den Stimmen des Volkes in die Wahlsäle zu heben, sich an den politischen Wahlen zu beteiligen und bei den Reichstags-, Landtags- und Kommunalwahlen nur dem Abgeordneten seine Stimme zu geben, der sich verpflichtet, obige Forderungen mit aller Kraft zur Durchführung zu bringen.“

Die Resolution soll dem Bundesrat zugestellt werden.

Der sozialdemokratische Wahlverein für Schönberg hielt am Dienstag eine Mitglieder-Versammlung im Obri's Festsaal ab. Der große Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt, und nahmen die Erschienenen den Vortrag des Genossen Jubel mit Beifall entgegen. Darfleh sprach über die bevorstehenden Reichstagswahlen. — Zur Agitation für dieselben wurde ein Wahlkomitee, aus 9 Personen bestehend, gewählt. In dieser, aus von zahlreichen Frauen besuchte Versammlung, wurden 79 Neu-Aufnahmen vollzogen.

Arbeiter-Samariterkolonne (gegründet 1888). Montag, den 2. März 1903, abends 9 Uhr, in der Centrale, Dresdenstr. 45: Vortrag über Transportvergnüßter und Ortskrank. Nach dem Vortrage praktische Übungen. Neue Teilnehmer werden stets aufgenommen. — Sonntag, den 8. März, vormittags pünktlich 10 Uhr: Besichtigung des Pöhlischen Museums in der Kirche (Eingang Alexander-Platz) für sämtliche Mitglieder. Sonnabend, den 14. März, 18. Stiftungsfest in den gesamten Räumen von Franzes Festsaal, Schönhaider Str. Adressen-Romanco am 8. März.

Witterungsüberblick vom 28. Februar 1903, morgens 8 Uhr.

Table with columns: Stationen, Barometer, Wind, Richtung, Wetter, Temp., u. c. Stationen, Barometer, Wind, Richtung, Wetter, Temp., u. c.

Wetter-Prognose für Sonntag, den 1. März 1903. Küher, teilweise heiter aber noch veränderlich mit geringen Niederlagen und ziemlich frühen westlichen Winden.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freie Volkshöhne. Metropol.
Theater. 13 u. 14. Abtheilung.
Der Gindringling. Der Stammer-
länger. Litteratur. Anf. 2 1/2 Uhr.
Leffing-Theater. 6, 7. Abt.:
Dämmerung. Anf. 7 1/2 Uhr.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Spernhaus. Der Troubadour. —
Savotte.
Montag: Die weiße Dame. —
Elaßige Brautwerbung.
Schauspielhaus. Die Journalisten.
Montag: Die Gerechtigkeit.
Neues Opern-Theater. Ariel
Wolfa.
Deutsches. Monna Hanna.
Nachmittags 2 1/2 Uhr: Es lebe das
Leben.
Montag: Monna Hanna.
Berliner. Alt-Helberberg.
Montag: Diefelbe Vorstellung.
Leffing. Der blinde Passagier.
Montag: Diefelbe Vorstellung.
Neues. Die Lohsbahn.
Nachmittags 3 Uhr: Ledige Leute.
Montag: Die Lohsbahn.
Reichens. Lutti (Louise).
Nachm. 3 Uhr: Sein Doppelgänger.
Montag: Lutti.
Westen. Die Sparmamell.
Nachm. 3 Uhr: Der Troubadour.
Montag: Chopin-Abend von Witz
Nadora Duncan.
Central. Gräfin Papi.
Nachmittags 3 Uhr: Der schöne Rigo.
Montag: Gräfin Papi.
Thalia. Der Cameliennel.
Nachmittags 3 1/2 Uhr: Charleys
Lante.
Montag: Der Cameliennel.
Belle-Alliance. Er. Hierauf: Die
Dame aus Trouville.
Nachmittags 3 Uhr: Keen.
Montag: Er. Hierauf: Die Dame
aus Trouville.
Anfang 8 Uhr:

Schiller O. (Ballner-Theater.)
Wohlthätige Frauen.
Nachmittags 3 Uhr: Heimat.
Montag: Wohlthätige Frauen.
Schiller N. (Friedrich-Wilhelmsstädt.)
Theater. Das zweite Gesicht.
Nachmittags 3 Uhr: Renaissance.
Montag: Das zweite Gesicht.
Carl Weich. Berliner Rangen.
Nachmittags 3 Uhr: Das Schloß
am Meer.
Montag: Berliner Rangen.
Buntes. Winterschlaf. Wer ist schuldig?
Nachmittags 3 Uhr: Jugend.
Montag: Der Postillon von Lon-
jumeau.
Luisen. Otto der Faule.
Nachmittags 3 Uhr: Der Hütten-
besitzer.
Montag: Die Cameliendame.
Reichens. Nachtschl.
Nachmittags 3 Uhr: Don Carlos
auf der Schmiere.
Montag: Nachtschl.
Trionon. Die Notbrücke.
Nachmittags 3 Uhr: Die Liebes-
schaukel.
Montag: Die Notbrücke.
Metropol. Neuestes! Allerneuestes!
Montag: Diefelbe Vorstellung.
Cafino. Berliner Rangen.
Nachmittags 4 Uhr: Ein Sohn des
Voltes.
Apollo. Spezialitäten. Frau Luna.
7 1/2 Uhr.
Nachmittags 3 Uhr: Lysistrata.
Wintergarten. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Steidl. Steidl-Sänger.
Passage-Theater. Spezialitäten.
Passage-Panoptikum. Spezialitäten.
Palast. Berliner Luft. Spezialitäten.
Urania. Taubenstrasse 48/49.
Das Land Tirol.
Montag: Diefelbe Vorstellung.

Central-Theater
Heute: Zwei Vorstellungen.
Nachmittags 3 Uhr:
Gastb. d. Wiener Operetten-Gesellsch.
Halbe Preise: Die schöne Rigo.
Abends 7 1/2 Uhr, zum drittenmal:
Gräfin Papi.
Operette in 3 Akten von Joh. Strauß.
Montag: Gräfin Papi.

Thalia-Theater.
Dresdenerstrasse 72/73.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Der Cameliennel.
Heute, Sonntagnachmittag 3 1/2 Uhr:
Charleys Lante.
Montag, zum 25. Male: Der
Cameliennel.

Luisen-Theater.
Nachmittags 3 Uhr zu kleinen Preisen:
Der Hüttenbesitzer.
Abends 8 Uhr:

Otto der Faule.
Montag: Die Cameliendame.
Dienstag: Otto der Faule.
Mittwoch: Gastspiel des Opern-
Theaters des Westens: Der
Postillon von Lonjumeau.

Residenz-Theater
Direktion: Sigmund Lautenburg.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Lutti (Louise).
Schwan in 4 Akten von Pierre Beder.
Morgen und folgende Tage: **Lutti.**
Sonntagnachmittag 3 Uhr:
Sein Doppelgänger.

Urania.
Taubenstrasse 48/49.
Abends 8 Uhr:
Das Land Tirol.
Montag: Diefelbe Vorstellung.
Sternwarte
Invalidenstrasse 57/62.

Castans Panoptikum
Friedrichstr. 165.
Neu! „Der künstliche Mensch?“
Sensationelle Neuheit!
Intern. Reise-Theater.
Bildercycl. „Venedig“ m. Vortr.
Berliner Bilderbogen!
Der Untergang Berlins durch
den Mont Pelé.
Die schöne Tätowierte Miss Karri.
Grammophon. Konzert. Kasperle-
Theater von 11-1 u. 4-10 Uhr.

Passage-Theater.
Anfang Sonntag 3. Wochent. 5.
Ende 11 Uhr.
Sensation. sportliches Ereignis!
Allabendlich Boxkampf
des amerikanischen Meister-
schaftsboxers
Jouny Fitzsimmons
und des austral. Preisboxers
Jack Lewis.
Bernhard Marx, Humorist.
Marie Werder, Soubrette.
AGA
die schwebende Jung-
frau, prolongiert.
14 neue erstklassige Nummern.

Buntes Theater.
Köpnickerstrasse 68.
3 Uhr bei kleinen Preisen
(Parkett 1,10 M.).
JUGEND.
8 Uhr: Winterschlaf.
Vorher: Wer ist schuldig?
Montag, den 2. März:
Ensemble-Gastspiel des Theaters
des Westens.
Der Postillon von Lonjumeau.
Komische Oper in 3 Akten von
Adolf Adam.

Belle-Alliance-Theater.
Nachmittags 3 Uhr, bei kleinen Preisen:
Keen.
Abends 7 1/2 Uhr:
„Er“.
Drama in einem Aufzuge.
Hierauf:
Die Dame aus Trouville.

Metropol-Theater.
Mit glänzender Ausstattung:
Neuestes!
Allerneuestes!
Revue in 5 Bildern von J. Freund.
Musik von Victor Holländer.
Emil Thomas a. G., Josef Josephi.
Henry Bender.
Frid. Frid, Fl. Sidling, Hans Reichberg.
300 Mitwirkende.
Grandioses Ballett.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Rauchen überall gestattet.
Sonnabend, den 7. März:
Letzter Metropol-Theater-Ball.
Kleines Theater
Unter den Linden 44.
Nachmittags 3 Uhr bei über die
Hälfte ermäßigten Preisen:
Don Carlos auf der Schmiere.
Familienidyll. — Kollegen.
Serenissimus - Zwischenspiele.
Abends 8 Uhr: **Nachtschl.**
Montag: **Nachtschl.**

Apollo-Theater.
Heute nachmittag
keine Preise:
Neue glänzende März-Spezialitäten.
American-Creole-Cake-Walkers.
Rangloge u. Dreifelder-Rauten 2, 20,
I. Parquet 1, 70, II. Parquet 1, 20, Re-
servierter Platz 1, 00, Entree 0, 50.
Abends 7 1/2 Uhr: **Frau Luna.**
Luna. — Josephine Bekker.
Um 10 U.: **Neue Spezialitäten-Debuts.**
American-Creole-Cake-Walkers.

Carl Weiss-Theater.
Nachmittags 3 Uhr, Parquet 60 Pf.
Das Schloß am Meer.
Abends 8 Uhr:
Wiederanstreten des Direktors Herrn
Carl Weich.

Berliner Rangen.
Große Gesangs-Ausstattungsposse in
5 Akten von Ernst Ritterfeld.
Montag: Berliner Rangen.

Königstadt-Casino.
Holzmarktstr. 72. Ecke Alexanderst.
Täglich 11 Uhr. Spezialitäten-Vor-
stellung. Jed. Mittwoch, Sonnab.
und Sonntag Tanzkränzchen.
Anf. Wochent. 8, Sonntags 6 Uhr.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O.
(Ballner-Theater).
Sonntagnachmittag 3 Uhr:
Heimat.
Schauspiel in 4 Akten von Hermann
Eudermann.
Sonntagabend 8 Uhr:
Wohlthätige Frauen.
Luftspiel in 4 Akten von Ab. Perronne.
Montagabend 8 Uhr:
Wohlthätige Frauen.
Dienstagabend 8 Uhr:
Wohlthätige Frauen.
Schiller-Theater N.
(Friedrich-Wilhelmsstädtisches Theater).
Sonntagnachmittag 3 Uhr:
Renaissance.
Luftspiel in 3 Akten von Franz
v. Schünhan u. Franz Koppel-Eisfeld.
Sonntagabend 8 Uhr:
Das zweite Gesicht.
Luftspiel in 3 Akten v. D. Blumenthal.
Montagabend 8 Uhr:
Das zweite Gesicht.
Dienstagabend 8 Uhr:
Das zweite Gesicht.

Trianon-Theater.
Georgenstraße,
zwischen Friedrich- u. Universitätsstraße.
Die Notbrücke.
Luftspiel in 3 Akten von Fred Gréjac
und Francis de Croisset.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag 3 Uhr: Die Liebeschaukel.

Casino-Theater
Lothringersstr. 37.
9 1/2 Uhr:
Berliner Herren.
Anfang Sonntag 7 1/2 Uhr: Erste Liebe etc.
Sonntag, den 1. März, nachmittags
4 Uhr: Ein Sohn des Voltes.
Dazu Auftreten jämtl. Spezialitäten.

Bernhard Rose-Theater
Badstraße 58.
Sonntag, den 1. März 1903:
Ein ehrlicher Makler.
Volksthum mit Gesang in 4 Akten von
Leon Treptom.
Anfang 6 1/2 Uhr.
Nach der Vorstellung: **Tanz.**

Stadt-Theater.
III-Moabit 47/49.
Das Mädchel ohne Geld.
Vollständig
Neues Programm:
Humbert, Jongleur.
Harry Atkinson, Imitator.
She, die 4 Elemente.
Littke Carlson, Tanz-Humorist.
Arras-Duo, gymnast. Produktionen.
Miss Sisy Nirvana, Lebende Bilder.
Circling the Circle. Operetten-
Sängerin.
Annie Dirken, Pariser Soubrette.
Gabriela Juniori, Soubrette.
Neues Ballett-Diversissement,
„Das Fest des Lucullus“
in 6 Bildern, darunter Cake Walk.
Der „Biograph“.

W. Noacks Theater.
Direktion: Robert Dill.
Brunnenstrasse 16.
Eva.
Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf.
Nach der Vorstellung:
Tanzkränzchen.
Montag: **Eva.** Schauspiel von
R. Boh.

Palast-Theater
Burgstraße 22. Früher: Jeen-Palast.
Letzter Sonntag
der Sensations-Novität:
Berliner Luft.
Operettenposse in 3 Akten von Rosée.
Zwickel. — Dir. R. Winkler.
Morgen zum letztenmal: **Berliner
Luft.** — Dienstag: Benefiz für
Fr. Keutler und P. Milbitz;
Hospensrats Erben.
Nach der Vorstellung: **Freitanz.**
Anf. 8 Uhr, Sonnt. 7 Uhr. Entree 50 Pf.

Steidl-Theater
Linden-
straße 182.
Täglich 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.
Urkomische Soiree
der
Steidl-Sänger
Neues Programm! Entree 50 Pf.
(Vorverkauf 40 Pf.) Sperrst. 1 M.
Täglich: Nachmittags 4 Uhr:
Hons. Lojals
Cirkus-u. Affentheater
Entree 50 Pf., Sperrst. 1 M.
Kinder auf allen Plätzen die Hälfte.

Gesellschaftshaus
Zwinnmündersstr. 42.
Tägl. Theater- u. Spezialitäten-
Vorstellung. Jeden Sonntag: Ball.
Eile für Gesellschaften, Vereine
coulant zu vergeben. Noch einige
Sonnabende frei.

Reichshallen.
Stettiner Sänger.
Anfang: Sonntag 7.
Wochentags 8 Uhr.
Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf.
Nach der Vorstellung:
Bühnen-Grossen.
Neue Oper u. Komödie.

Cirkus Schumann
Sonntag, den 1. März 1903:
2 grosse Vorstellungen 2
nachm. 4 Uhr u. abends 7 1/2 Uhr.
Nachmittags auf allen Plätzen
ein Kind frei, weitere Kinder
zahlen halbe Preise.
Nachm. **Clown-u. Komiker** Vorstellung.
Speziell für die Jugend gewähltes
Programm u. die reiz. Pantomime:
Pierrots Weihnachten
mit der Riesenbonbonniere und
dem Bonbonregnen.
Nachmittags und abends die
neuen Debüts.
Abends das phänomenale Riesen-
Programm sowie
Die lustigen Heidelberger
Humoristische Bilder aus dem
modernen Studentenleben. Neu!
Im 2. Akt der gestörte Ausflug
der Studenten durch einen
wolkenbruchartigen Regen.

Sanssouci.
Jeden Sonntag, Montag,
Donnerstag:
Hofmanns
Norddeutsche Sänger.
Nach jeder Soiree:
Tanz-Kränzchen.
Gott ist dot.
Ein bengalischer Tiger.
Säle zu Festlichkeiten.

Deutsche Konzerthallen
Spandauer Brücke 3
Special-Ausschank
der Berliner
Bockbrennerei.
Grosser
Bock-Trübel.
Um 10 Uhr abends
Einzug Gambrinus
mit Gefolge.

Gratweils Bierhallen
Theater u. Variété
Kommandanten-Strasse 77/79.
Direktion: Carl Haverland.
Täglich: Gr. Vorstellung.
Das grosse amüsante
februar-Programm.
Nur allererste Kunstkräfte.
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.
Jed. Sonnabend, Sonntag u. Mittwoch
nach der Vorstellung:
TANZ.

Letzter Sonntag.
Cirkus Busch.
Zwei grosse Vorstellungen.
Nachmittags 4 Uhr:
Der lustige Dorfbarbier,
höchst komische Pantomime.
Abends 7 1/2 Uhr:
DAHOMEY.
In beiden Vorstellungen:
Seelöwen, Elefanten-Schauspiele.

Etablissement
Buggenhagen
am Moritzplatz.
Jeden Tag:
Der schöne Max aus
Franz-Budholy.
Heute: **Vorbereitung.**
Am Kaiser-Saal:
Norddeutsche Sänger
und Tanz.

Urania.
Wrangelstrasse 10/11.
Jeden Sonntag:
Grosser Ball.
Anf. 4 Uhr. Stehe Anstaltsäulen.
Empfehle mein Lokal zu Fest-
lichkeiten und Versammlungen.
212*

Alhambra
Wallnertheater-Str. 15.
Jeden Sonntag und Dienstag:
Grosser Extra-Ball bei doppelt
belegtem grossen Orchester. Anfang
5 Uhr. [217*] **A. Zamelts.**

Scholz' Ball-Salon
Gr. Frankfurterstr. 71.
Jeden Sonntag: **Grosser Ball.**
Anfang 4 Uhr. 277* Entree frei.

Johannisthal.
Raus Park-Restaurant.
Jeden Sonntag: **Grosser Ball.**
Kaffeeküche. — Kegelbahn. — Aus-
spannung. — Saal für Vereine
und Versammlungen. 211*

Neue Freie Volksbühne.
Montag, den 2. März d. J. abends 8 Uhr, im Kaiseraal
bei Buggenhagen am Moritzplatz:
Künstler-Konzert
von **Anton Hekking** (Violoncello), **Arthur Schnabel** (Klavier),
Alfred Wittenberg (Soline).
Gästelarten a 50 Pf. sind an der Abendkasse zu haben. 150/6
Der Vorstand. J. K.: Heinrich Neff, Kassierer.

Neues Konzerthaus
Am Alexanderplatz im Grand Hôtel
Täglich: Grosses Elite-Konzert.
(Früher Montag und Sonnabend) Anfang 8 Uhr, (Sonntags 6 1/2 Uhr).
Vereine und Gesellschaften erhalten Säle zu Festlichkeiten und
Versammlungen gratis. [4892*] **Albert Hörner.**

Germania-Prachtsäle.
Chausseest. 103. **Arnold Scholz.** Chausseest. 103.
Jeden Sonntag u. Mittwoch:
Hamburger Sänger.
Direktion: Otto Steidl und Wilh. Wolff.
Stets wechselndes Programm. 2152
Anfang 6 Uhr. Eintritt 50 Pf.
Jeden
Donnerstag: **Militär-Konzert**
und **Familien-Kränzchen.**
Jeden Sonntag
von 5 Uhr ab: **Grosser Ball.**
8 große und kleine Säle unter coulantem Bedingungen zu vergeben.

Amt IV. 1278.
Creptow. Bades Volksgarten
Parkstrasse. Haltestelle d. elektrischen
Strassenbahn (Simons).
Jeden Sonntag: **Ball.** — Vereinen bestens empfohlen.

Berliner Ressource
Kommandanten-Strasse 57. 3302*
Hochlegante Festsäle für 1000 Personen.
Adolf Stein.

Restaurant Neuer Krug
(Bahnhof Neu-Rahnsdorf) Wilhelmshagen
groschen Müggel- und Dämmerungs-See, herrlich am Wasser gelegen, ist das
romantischste Lokal an der Obersee. Halle mein Lokal (bis 2000 Personen
fassend) für Vereine und Familien bestens empfohlen. Fr. Domning.
6252*

Gesundheit ist Reichtum!
Dampf- und Heissluft-Bäder
wirksamstes, erfolgreichstes und billigstes Mittel
gegen **Erkältung, Gicht und Rheumatismus.**
Lieferung an sämtliche Krankenkassen. 2202*
Bad Frankfurt || **Ritter-Bad**
136 Gr. Frankfurterstr. 136 || 18. Ritter-Strasse 18.
Specialität:
Russ. bzw. **Dampfkasten-, Röm. bzw. Heiss-**
luft-, Lohrannin-, Sool- und Schwefelbäder
täglich für Damen und Herren.

Unentgeltliche Behandlung
von Zahn- und Mundkrankheiten von 9-6 Uhr unter Leitung eines in
Amerika und Deutschland approbirten Zahn-Arzt in der
„Altmann-Zahn-Klinik“
Alexander-Platz, hinter der Berolina.
Für die Privat-Praxis separate vornehme Räume. Garantiert
bühlig schmerzloses Zahnziehen! Künstliche Zähne. Empfehlungen aus
hohen und besten Kreisen. 5182*

Braut-Hochzeit-Seide. Ehe
Sie Seide kaufen, überzeugen Sie sich, welche bedeutenden
Vorteile mein Einzel-Verkauf zu Engros-Preisen an das
Privat-Publikum bietet. Seiden-Damaste, schwarz, weiss,
farbig von 1,20, Blusen- und Roben-Seide von 1,00, Ball-
und Masken-Seide von 50 Pf., Reinsidene schwarze Damaste
15,00, 20,00 und 25,00 per Robe. Unerreichte Auswahl sämt-
licher Seiden von den einfachsten bis elegantesten Genres.
Bitte genau auf Engros-Firma und Adresse zu achten.
Seiden-Engros-Haus Hermann Herzog,
jetzt nur Spandauer-Strasse 33-35, 1 Treppe,
Ecke Simeon-Apothek. 635L*
Gegründet 1878.
Telegr.-Adr.: Herzogseiden. Muster franco.

Alhambra
Wallnertheater-Str. 15.
Jeden Sonntag und Dienstag:
Grosser Extra-Ball bei doppelt
belegtem grossen Orchester. Anfang
5 Uhr. [217*] **A. Zamelts.**

Scholz' Ball-Salon
Gr. Frankfurterstr. 71.
Jeden Sonntag: **Grosser Ball.**
Anfang 4 Uhr. 277* Entree frei.

Johannisthal.
Raus Park-Restaurant.
Jeden Sonntag: **Grosser Ball.**
Kaffeeküche. — Kegelbahn. — Aus-
spannung. — Saal für Vereine
und Versammlungen. 211*

Goldene u. silberne Medaille Paris 1900.
Bei Husten, Asthma!
Lungenleiden, Bronchitis, Keh-
renschmerz, Heiserkeit, Raucher-
schmerzen, Verkeimung, Reiz-
stoffeisen, Krachen im Hals, Nacht-
schweiß, Inkontinenz, Entzündung und
Schleimhäute ist die Heilung von
Pohl's Brombeersaft
für Erwachsene und Kinder erwies:
5 Hefen 1 Mark, 3 Pf. 2,50 Mark
Pohl's Brombeersaft
nachweisend und wissenschaftl. 1/4 Pf.
täglich 3mal. Dargest. Berlin.
BERLIN.
Georg Pohl Drogerie, Brunnstr. 161
sonst nirgends.

29
Gardinenhaus
Bernhard
Schwarz
Wallstr. 29
Für-Eing.

II. Wahlkreis.

Socialdemokratischer Wahlverein für den II. Kreis.
Dienstag, den 3. März, abends 8 1/2 Uhr:

Versammlung

im „Hofjäger-Palast“, Gartenstraße Nr. 52-53.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **Waldeck Manasse** über: „Zweiter Teil von Vaterlandslied“. 2. Diskussion.
Für Frauen ist für das gewünschte „Segment“ gesorgt.
Zahlreichen Besuch erwartet.
Der Vorstand.

Socialdemokratischer Wahlverein f. d. 4. Berl. Reichst.-Wahlkreis (Osten).

Dienstag, 3. März, abends 8 1/2 Uhr, St. Franziskanerstraße 117:

Versammlung

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **Fritz Zubell**. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Um zahlreichen Besuch ersucht.
Der Vorstand.

Socialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Dienstag, den 3. März, abends 8 1/2 Uhr:

Versammlung

im **Moabit-Kasino**, Wilsonstraße 63.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **Kallisk** über: „Demokratischer Liberalismus“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Gäste, auch Damen haben Zutritt.
Zahlreichen Besuch erwartet.
Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.
Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 353.

Dienstag, den 3. März 1903, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Keller, Stopenstr. 29:

Versammlung der Rohrleger und Helfer.

Tages-Ordnung:
1. Der letzte Streik der Rohrleger und Helfer bei der Firma Schuppmann, die Verhandlungen vor dem Einigungsamt und wie führen wir unsere Tarif durch? Referent Kollege **Wiesenthal**. 2. Diskussion.
Alle Rohrleger und Helfer müssen in dieser Versammlung erscheinen.
Die Ortsverwaltung.

Achtung! Maßschneider der Luisenstadt.

Dienstag, den 3. März, abends 8 1/2 Uhr, in Feuersteins Festsaal, Alle Jakobstraße 75:

Oeffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Die neugegründete Vereinigung der kaufmännischen Geschäfte im Kampfe gegen den unehrlichen Selbstpreis und wie bezahlen sie ihre Arbeiter? Referent Kollege **Ritter**. 2. Diskussion.
Die Kollegen nachstehender Firmen: **Heitinger, Zobel, Schmelzer, Perleberg, Vandsburger, Lindenbaum, Leinweber, Baer Sohn, Basedow, S. Böhm, Grätz, Lewinsky, Schendel, Schallmach** und **Stier** sind zu dieser Versammlung besonders eingeladen und werden ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.
Der Einberufer.

Steinarbeiter!

Dienstag, den 3. März, abends 8 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstraße 27c:

Oeffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Bericht des Gefellenratschusses über die Tarifverhandlung. 2. Verschiedenes.
Das Erscheinen aller Kollegen ist notwendig.
Der Einberufer: **H. Walther**.

Central-Verband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin (Sektion der Putzer).

Mittwoch, den 4. März 1903, abends 7 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstraße 20:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Situationsbericht. 2. Wichtige Verbandsangelegenheiten.
Das Erscheinen aller Kollegen ist notwendig.
Die örtliche Verwaltung. S. A.: **H. Noemann**.
NB. Die Kollegen werden darauf aufmerksam gemacht, daß die Kasse im Bureau Rosenthalerstr. 57 befindet und der Umlauf r. Bücher alle Freitagabende von 7-8 Uhr stattfindet.
133/7

Maler u. Anstreicher Berlins und der Vororte.

Dienstag, den 3. März 1903, abends 8 Uhr:

Große Versammlung

im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (großer Saal).

Tages-Ordnung:
zu dem von der Innung und überreichten **Stellungnah Accortarif-Gut**.
Die Herren Mitglieder aus der „Accortarif-Verwaltungskommission“ sind zu dieser Versammlung besonders eingeladen worden.
Wir erwarten nun, daß alle im Malergewerbe beschäftigten Personen in dieser für uns so überaus wichtigen Versammlung erscheinen.
Der Hilfsen-Ausschuss. S. A.: **L. Jakobel, Alt-Borghagen** & Co.

Achtung! Kistenmacher.

Montag, den 2. März d. J., abends 8 1/2 Uhr:

Ausserordentl. General-Versammlung

bei **Kassin, Andreas-Festsaal**, Andreasstraße 21.

Tages-Ordnung:
1. Welche Vorteile bietet der Holzarbeiter-Verband den kleinen Fach-Organisationen gegenüber? Referent: Genosse **Klingauer**. 2. Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Das Erscheinen aller Kollegen ist der wichtigsten Tages-Ordnung halber unbedingt notwendig.
Der Vorstand. S. A.: **Karl Jockel, Rummelsburg, Türschmidtstr. 34**.

Central-Verband der Maurer etc.

Zweigverein Berlin.
Mittwoch, den 4. März, abends 8 Uhr, in Keller's Festsaal, Koppen-Strasse 29:

General-Versammlung

aller zum Lohngebiete Berlin und Umgegend gehörigen Verbands-Zahlstellen.

Tages-Ordnung:
1. Geschäftsbericht und Abrechnung vom Jahre 1902. 2. Beschlußfassung über die Verlängerung des Vertrages.
Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert das Erscheinen aller Mitglieder.
Verbandsbuch legitimiert — ohne dasselbe kein Eintritt.
Die Verbandsleitung. S. A.: **Karl Panser**.

Berliner Konsumverein.

Central-Verwaltung: Krautstr. 7.
Verkaufsstellen:

Abteilung I, Luisenstadt. Michaelstraße 4.
Abteilung II, Oken. Straußstraße 7.
Abteilung III, Moabit. Rottendorferstr. 21.
Abteilung IV, Rummelsburg. Gumbertstraße 45.
Abteilung V, Lichtenberg. Prenzlauer Chaussee 48/49.
Abteilung VI, Stralau. Stralauer Allee 171.
Eintrittsgeld 20 Pf. Geschäftsanteil 10 Mark.

Rummelsburg.

Mittwoch, den 4. März 1903, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Weigel, Türschmidtstraße 45:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag: „Die Organisation des Konsums.“ (Unser Lieferantensystem.) Referent: Reichstags-Abgeordneter **Peus**. Diskussion. 2. Wahl eines Schriftführers. Nur Mitglieder haben Zutritt. — Mitgliedsbuch oder Karte legitimiert.
Die Abteilungsleitung.

Lackierer.

Dienstag, den 3. März, abends 8 1/2 Uhr:

Versammlung

im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal III.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn **Dr. Max Alberty** über G. E. Leffing mit Recitationen aus „Kathen der Seife“. 2. Anträge der Ortsverwaltung. 3. Verschiedenes.
Zahlreichen Besuch erwartet.
Die Ortsverwaltung.

Musikinstrumenten-Arbeiter.

Montag, den 2. März, abends 8 1/2 Uhr, bei **Graumann**, Rannuh-Strasse Nr. 27:

Werkstatt-Delegierten-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag über: **Unre Aufgaben im Jahre 1903**. 2. Diskussion. 3. Bericht Angelegenheiten.
Die Mitglieder werden ersucht, dafür zu sorgen, daß jede Werkstatt vertreten ist.
Sonntag, den 22. März: **Urania-Vorstellung**. Zur Ausführung gelangt: „Die deutsche Olfactiker“. Billeid sind in den Zahlstellen bei **Grundmann, Rannuhstr. 78**; bei **Schwarzer, Frankfurter Allee 99**, und bei **Krusemark, Rigdorf, Ragerstr. 67**, sowie bei den Vorstands-Mitgliedern zu haben.
Der Vorstand.

Centralverband der Maschinisten und Heizer sowie Berufsgenossen Deutschlands

(Ortsverwaltung Berlin).

Sonntag, den 1. März, nachm. 5 Uhr, bei **Volgi**, Ritterstr. 75:

Versammlung.

Tages-Ordnung:
Vortrag des Herrn **Generalsekretär Dr. Werner v. Hester** über: „Lang- und Generator-Gasanlagen“. Weitere Beschlußfassung betreffs des Ablehnungsbeschlusses des Centralverbandes.
Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Mittwoch, 4. März, abds. 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal I:

Branchen-Versammlung der Jalonsie-Arbeiter, Einseher und Parkettbodenleger.

Tages-Ordnung:
1. Berichterstattung des Kollegen **Kurtowski** über Bauarbeiter-Schutz. 2. Wahl von Delegierten zum Bauarbeiter-Schutz-Kongress. 3. Verschiedenes.
Die Kollegen werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen. Die Ohleute.

Stadt- und Celluloid-Arbeiter.

Montag, 2. März, bei **Bareinz**, Bräudenstr. 7: Kommissions-Sitzung.

Mittwoch, 4. März, bei **Bareinz**, Bräudenstr. 7: Vertrauensmännerversammlung.

Achtung! Arbeiter - Radfahrer Charlottenburgs!

Donnerstag, den 5. März, im Volkshaus, Köpenickerstr. Nr. 3:

Oeffentliche Radfahrer-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Die Arbeiter-Radfahrer und die kommenden Reichstagswahlen. Referent: **Galda-Richard**. 2. Wahl des Vertrauensmannes. 3. Verschiedenes.
Zahlreiches Erscheinen erwartet.
Der Einberufer.

Isolierer u. Rohrumhüller.

Sonntag, den 1. März, nachmittags präcise 2 Uhr, bei **Patt**, Dragonerstraße 15:

Oeffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:
Die Aussprechung der Kollegen bei **Rheinhold u. Co.** und die Solidarität der Kollegen der Firma **Hande u. Co.**
Die Versammlung wird präcise eröffnet.
Der Einberufer.

Konsum-Verein Charlottenburg.

G. W. u. V. S.

Dienstag, den 3. März 1903, abends 8 Uhr:

Oeffentliche Versammlung

im **Volkshaus**, Köpenickerstr. 3 (großer Saal).
Tages-Ordnung:
1. Vortrag über: „Die Konsumvereine und Rabatt-Sparvereine“. Referent Herr **Bartel-Berlin**. 2. Freie Aussprache.
Die Konsumvereins-Mitglieder sowie die Mitglieder der Rabatt-Sparvereine werden gebeten, recht zahlreich zu erscheinen.
Der Aufsichtsrat. S. A.: **Wag Knudfel**.

Verein der Barbiergehilfen.

Montagabend 10 Uhr, Dresdener Garten, Dresdenstr. 45:

Versammlung.

Tages-Ordnung:
Was lernen uns die letzten drei Versammlungen vom Centralverband und deren Angelegenheiten? Referent: Kollege **Wesche**.
Gäste willkommen.

UNVERGLEICHLICH
füllkräftig und haltbar sind
GUSTAV LUSTIG'S
echt chinesische **MANDARIN-**
MONOPOLDAUNEN
sehr geschätzt das Pfd. M. 2.85.
Daunen, wie alle inländischen
garantieren, 3-4 Pfd. zu grobem
Oberbett ausreichend. Viele An-
erkenntnisse. Versand umsonst.
Berlin nur allein von der ersten
Verledersfabrik in elect. Bezirk.
GUSTAV LUSTIG, BERLIN
5. PRINZENSTR. 46.

Wichtig für Dreher!

Praktische Anleitung für Dreher in der Berechnung der Wechselläder. In dem Buch erklärt ein Fachmann kurz und für jedermann verständlich die Berechnung der Wechselläder. (In einigen Stunden zu erlernen.)
Preis nur 1.50 Mark.
Zu beziehen d. Verlagsbuchhandlung **Joh. Ellguth in Rath-Düsseldorf**.



J. Selbiger Schuhwarenfabrik.
Landsbergerstr. 40 Ecke Liebknechtstr.

Herrenstiefel Zug, Schnür u. Schnalle, gut und dauerhaft gearbeitet, von 4,50, 5,40, 6,35, 7,25 usw.
Damenstiefel Knopf, Schnür u. Zug, in allen Lederarten und elegantesten Façons, von 4,35, 4,90, 5,50, 6,10, 7,60 usw.
Elegante Einsegnungstiefel zu staunend billigen Preisen.

Fehlt Ihnen etwas?
für die neue Wohnung,
so gehen Sie
rechtzeitig in unser Special-Haus. Dortselbst finden Sie eine überraschend grosse Auswahl in
Teppichen, Gardinen, Portieren,
Diwan-, Tisch- und Steppdecken,
Möbel- und Läuferstoffen etc.
zu wirklich spottbilligen Preisen.
Teppichhaus
Adler & Co.
Königstrasse 20/21, an der Jüdenstrasse.

Masken-Scherzartikel
scherzhafte Kopfbedeckungen usw. zu aussergewöhnlich billigen Preisen, z. B. Schneebälle Dtd. 23 Pf., Pfannkuchen Dtd. 31 Pf., Knallbonbons Dtd. 15 Pf., Luftschlangen 25 Stück 13 Pf., Kottilonorden usw. usw.
Gesellschafts- und Beschäftigungsspiele
für Kinder und Erwachsene in vielen hundert Arten.
Timospiel, grossartige Unterh. für 2 Pers., erregt berechtig. Aufsehen! Verkauf das Spiel zu 3 Mk. für nur 2 Mk. 670L*

Bernhard Keilich Grösstes Spielwaren-geschäft Deutschlands.
16 Schaufenster nur Spielwaren! Kein Bazar!
Gr. Hamburgerstr. 22/23, Eckhaus Oranienburgerstrasse, beim Hackeschen Markt, Bahnhof Börs.



Waarenhaus Hermann Tietz

Leipzigerstrasse 46-49 — Krausenstrasse 46-49

Wohlfeile Woche

der
Frühjahrs-
Saison!

W

ährend dieser
Woche bringen
wir
Waaren aller Art,
welche sich durch besondere
Wohlfeilheit u. vorzügl. Qualität
wohl jetzt schon zum Einkauf für
die Frühjahrs-Saison eignen!

Von Montag, den 2. bis 7. März. Soweit der Vorrath reicht.

Kleiderstoffe

Schwere Kostüm-Rock-Pannamas ca. 120 cm breit Mtr. 1,00 M.
 Schwere Kostüm-Stoffe grau-weiss, ca. 130 cm breit Mtr. 1,35 M.
 Schwere Kostüm Zibeline mit weissen Noppen, Mtr. 1,60 M.
 Schwere Kostüm-Stoffe grau-weisse Noppen, ca. 130 cm breit Mtr. 1,85 M.
 Schwere Kostüm-Stoffe ca. 130 cm breit mit gestreifter Rückseite Mtr. 1,95 M.
 Ein Posten Wollene Blusenstoffe statt 1,90 Mtr. 95 Pf.

Seidenstoffe

Ein Posten Japanische Waschseide Mtr. 80 Pf.
 Ein Posten Reinseidene Foulards Mtr. 95 Pf.
 Ein Posten gemusterte Bast-Seide Mtr. 1,25 M.
 Ein Posten Reinseidene Taffets u. Merveilleux für Futterzwecke Mtr. 95 Pf.

Damen-Confection

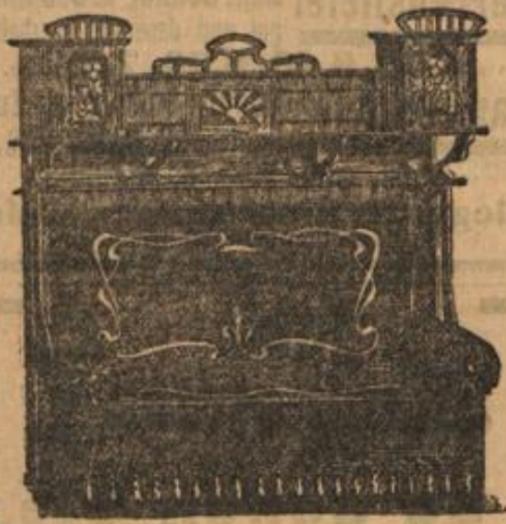
Wollene Blusen ganz gefüttert, modernste Stoffe und Ausführung 3,25 4,75 5,85 6,75 M.
 Seidene Blusen Bestbestände 5,85 9,35 12,75 17,50 M.
 Alpaca-Jupons mit Volant . . . 1,95 M.
 Ein kleiner Posten graue Paletots neueste Façons 65 cm lang . . . 8,85 M.

Kinder-Confection

Vieliebchen!
 Kinder-Kleid aus rein wollenem Cheviot, marine u. roth, hübsch garnirt mit türkischem Besatz, ganz auf Futter gearbeitet
 Grösse: 46 50 55 60 65 70
 3,95 4,45 5,10 5,35 6,45 7,35
 In crème 45 Pfennig mehr.

Schuhe

Damen-Schnür- oder Knopfschuhe
 Echt Chevreaux oder Box Calf . . . 6,60 M.
 Damen-Schnür- oder Knopfstiefel
 Echt Chevreaux, zum Theil mit Lackspitze 7,80 M.
 Damen-Schnür- oder Knopfstiefel
 Echt Chevreaux, zum Theil mit Lackspitze Goodyear Welt 8,80 M.
 Elegante Damen- u. Herrenstiefel
 Chevreaux und Lack, Werth bis 17,50 durchweg 12,60 M.
 Herren Zug-, Schnür- u. Schnallenstiefel
 Echt Chevreaux und Box Calf 9,90 M.
 Zwei grosse Posten eleganter Kinder-Stiefel
 Breite Formen, braun oder roth Ziegenleder, Schnür- und Knopfstiefel
 Grösse 17/21 21/24 25/26 27/30 31/35
 1,60 2,60 3,20 4,80 5,80
 Echt Chevreaux oder Kalbleder Schnür- und Knopf-Stiefel
 Grösse 25/26 27/30 31/35
 4,50 5,40 6,20 M.



Möbel-Bartsch

Berlin S., Oranienstr. 73. zwischen Moritzplatz u. Alexandrinenstrasse.

Garantie 3 Jahre.

Spezialität:

Nur Fabrikgebäude, kein Laden.

Wohnungs-Einrichtungen

von 200, 300, 400, 500 bis 10,000 Mark.

Besichtigung erbeten.

== Prachtkatalog kostenfrei. ==

Coulante Zahlungsbedingungen.

Geöffnet Wochentags von 8 Uhr früh bis 9 Uhr Abends, Sonntags von 8-10 und 12-2 Uhr.

S. Weissenberg

Special-Geschäft für Damen-Kleiderstoffe.
Schwarze und weisse Kleiderstoffe.

Alpaccas glatt, ca. 90-120 cm breit . . . Mtr. 1,00, 1,25, 1,75, 2,00	Halbseid. Stoffe ca. 100-120 cm breit . . . Mtr. 1,85, 2,10, 2,80
Alpaccas gemustert, ca. 95-120 cm breit . . Mtr. 0,88, 0,90, 1,10, 1,50	Reinw. Cheviots ca. 90-95 cm breit . . . Mtr. 0,48, 0,65, 1,00
Mohairs gemustert, ca. 95-110 cm breit . . Mtr. 0,90, 1,25, 1,50, 2,00	Reinw. Cheviots ca. 110-115 cm breit . . Mtr. 1,25, 1,50, 1,90
Mohair-Crepons ca. 100-115 cm breit Mtr. 1,35, 1,85, 2,15, 2,45	Reinw. Krepps ca. 90-110 cm breit . . . Mtr. 0,85, 1,10, 1,50
Kammgarne gemustert, ca. 95-110 cm breit Mtr. 1,05, 1,50, 2,00, 3,00	Reinw. Diagonals ca. 95-110 cm breit . . Mtr. 0,75, 0,95, 1,35

Extra-Preise!

Reinseidene Merveilleux 0,95, 1,25, 1,85, 2,25
 Reinseidene Taffete 1,60, 2,00, 2,50
 Reinseidene Damassés 1,45, 1,75, 2,00, 3,00

Extra-Preise!

No. 126 Grosse Frankfurterstr. No. 126, Ecke Koppenstrasse.

Verfammlungen.

Streikende, Arbeitswillige und Polizei. Die Mechaniker hatten sich am Mittwoch sehr zahlreich in Duggenhausens Saal eingefunden, um über den Streik bei der Firma Meyser u. Schmidt zu sprechen. Cohen führte in seinem Referat aus: In dem nunmehr siebenwöchigen Streik haben die Beteiligten eine musterhafte Haltung bewahrt. Trotz aller Annoncen der Firma seien von auswärts keine Arbeitswilligen gekommen, in Berlin aber erhalte sie keinen vollwertigen Ersatz. Seitens der Streikenden sei alles geschehen, um die Differenzen beizulegen, jedoch vergeblich. Eine Verhandlung vor dem Einigungsamt hat die Firma abgelehnt unter Hinweis auf den bekannten Beschluß des Metallindustriellen-Verbandes, der seinen Mitgliedern derartige Verhandlungen nicht gestattet, wenn sie nicht in eine nach Tausenden von Mark bemessene Konventionalstrafe fallen wollen. Bei einer Besprechung mit der Streit-Kommission aber forderte der Firmen-Chef die bedingungslose Aufnahme der Arbeit; erst dann wolle er die Klagen der Arbeiter nachvollständig prüfen, jedoch behalte er sich auch dann noch vor, zunächst nur 15 von den 60 Streikenden einzustellen. Auf diese Zumutungen konnten die Streikenden selbstverständlich nicht eingehen, und so verliefen die Unterhandlungen resultatlos. Der Streik wird um so energischer fortgesetzt, als die Zustände in der Fabrik faszinieren fast alles zu wünschen übrig lassen. Dort will einfach jeder kommandieren, einer so, der andre so. Die Accordpreise sind wohl auf Massenherstellung berechnet, doch da den Arbeitern nur wenige Stück eines Auftrages zur Ausführung überwiesen werden,

so stellt sich der Verdienst äußerst gering. Hinzu kommen noch die mangelhaften Werkzeuge. Eine notwendige Folge dieses Systems ist die Pfuscharbeit. Die Streikenden fordern die Vorgesetzten auf, eine sachmännische Nachprüfung der von der Firma gelieferten Arbeiten vorzunehmen, da schon dadurch deren Minderwertigkeit festgestellt werden kann. — Auch bei diesem Streik haben die Ausständigen und ganz besonders die Streikposten unter dem übertriebenen Diensteifer der Polizeibeamten zu leiden. Sittierungen sind an der Tagesordnung. Wenn die Schuppleute nicht so überaus schroff gegen die Ausständigen vorgehen, würde kaum jemand etwas von dem Streik in der Johannisstraße merken. Die Beamten aber schnauzen die Streikposten barsch an, und wenn diese dann nicht sofort gehen, drohen sie ihnen mit Verhaftung; dabei sammeln sich wie gewöhnlich Neugierige an, und ein Auflauf ist fertig. Wie weit diese polizeiliche Jagd auf Streikposten geht, läßt sich am besten aus der Thatsache erkennen, daß letztere bis jetzt nicht weniger wie 35 Strafmandate zu je 30 M. erhalten haben. Die Streikenden sind nun der Ansicht, daß diese Sündenlist von Strafmandaten mit viel mehr Verachtung auf die Schuppleute hätte niedergehen müssen, als auf die ihr Koalitionsrecht ausübenden Arbeiter. Sie haben deshalb auch alle richterliche Entscheidung beantragt. Ferner teilte Cohen mit, daß anlässlich des Stempnerstreiks nunmehr gegen ihn und mehrere Klemper eine Anklage wegen Landfriedensbruchs erhoben sei. Als Hauptbelastungszeuge soll hierbei der kürzlich wegen Nordverfuchs zu langjähriger Zuchthausstrafe verurteilte Stempner-gehilfe Wöfer auftreten, der damals als Streikbrecher bei der Firma Schwarz in der Linienstraße arbeitete und der Polizei die völlig er-

legene Angabe machte, er sei aus Mache von streikenden Kollegen mit Salzsäure begossen und dadurch zeitweise erwerbsunfähig geworden. Auch bei der Firma Meyser u. Schmidt sind ähnliche Elemente geholt und gepflegt worden. So meldete sich dort vor einiger Zeit ein Zuhälter als Arbeitswilliger und wurde bereitwillig eingestellt. Dieser Mensch hat sich nur deshalb zur Arbeit bequemt, weil ihm sonst das Arbeitshaus winkte. Einem Lehrling gegenüber aber führte er derartig unflätige Redensarten, daß dessen Vater deswegen bei der Firma vorstellig wurde. Auch die Streit-Kommission wandte sich im stilllichen Interesse der Lehrlinge deswegen an den Firmen-Chef, erreichte jedoch nichts; vielmehr wurde der Lehrling ermahnt, fernzubleiben nicht mehr mit den Streikenden zu sprechen. Als nun aber der Firma mitgeteilt wurde, daß diese Sache in der heutigen Versammlung zur Sprache gebracht werden sollte, da schrieb sie an den Verbandsvollmächtigten, sie habe jenen Zuhälter nach Fertigstellung seines Accordes (nicht eher) entlassen. — Trotz der liebevollen Sorgfalt, mit der die Arbeitswilligen von den Unternehmern und der Polizei behandelt werden, hoffen die Streikenden auf den endgültigen Sieg. Nach lebhafter Debatte, die sich durchweg im Sinne des Referats bewegte, wurde folgende Resolution angenommen: Die Versammlung nimmt mit Freuden Kenntnis von der vorzüglichen Haltung der Streikenden und erkennen an, daß der Streik nur zu be- rechtigt ist. Sie verpflichten sich den Streik zu unterstützen und dafür zu sorgen, daß kein organisierter Kollege bei Meyser u. Schmidt in Arbeit tritt, bis die Rißhände in diesem Betriebe beseitigt sind.

Niemals wiederkehrende Gelegenheit

bietet der augenblicklich grosse und einzig dastehende

Räumungs-Verkauf wegen ganz bedeutenden Erweiterungsbaues

des

Kaufhauses Wilhelm Joseph

BERLIN, Grossgörschenstr. 1. SCHÖNEBERG, Hauptstr. 153.
Die besonderen Vorteile, welche die Firma bietet, erstrecken sich gleichmässig auf fast sämtliche vorhandenen Warenbestände und die vorher disponierten und täglich einlaufenden Frühjahrs-Neuheiten.

Erbitte Prüfung meines Angebots ohne Kaufzwang.

- #### Kleiderstoffe.
- Reinwollene Cheviots in allen Farben, doppelt breit Mtr. 48 Pf.
 - Englische Kleiderstoffe in grossem Sortiment, doppelt breit Mtr. 35 "
 - Seidenglanzende Alpaccastoffe, 110 cm breit Mtr. 97 "
 - Gemusterte Mohair-Stoffe, (nur schwarz), doppelt breit Mtr. 68 "
 - Schwere Hauskleiderstoffe, doppelt breit Mtr. 22 "
 - Reinwollene Lawn-Tennistoffe in grosser Ausmusterung, doppelt breit Mtr. 62 "
 - Velour-Flanelle für Morgenröcke und Blusen Mtr. 23 "
 - Eleganteste Kleiderstoffe (nur ausgesprochen Frühjahrs-Neuheiten) in Seiden-Alpaca, Mohair, Velle, Grenadine, Zibeline, Seiden-Matlassee, regulärer Wert bis 4.50 Mtr. **jetzt 1.05 - 1.45 M.**

Besonderer Gelegenheitskauf!
Ein grosser Posten **Pariser, Brüsseler und Schweizer Tüll-Roben** für eleganteste Ball-Toiletten, Wert bis 24 M. **jetzt 7.95 M., 7.25 M.**

- #### Fertige Wäsche.
- Damen-Hemden mit Spitze 83 Pf. **65 Pf.**
 - Damen-Hemden, Achselverschluss m. Hand-Stückerei 1.10 M.
 - Façon-Hemden mit Stücker-Volant 1.35 M.
 - Damen-Hemden mit Languetten 1.15, **1.05 M.**
 - Damen-Beinkleider, Renforcé mit Spitze 1.10, **75 Pf.**
 - Damen-Nachjacken, Dimiti 75 Pf.
 - Stücker-Volant-Röcke 2.95, 2.25, **1.50 M.**

So lange der Vorrat reicht!
Herren-Oberhemden mit gestickten und glatten Einsätzen, regulärer Wert 3.25 bis 5.25 **jetzt durchschnittlich 2.50, 1.95 M.**

- #### Kurzwaren.
- Mohair-Besenborde, prima Qualität Mtr. **4 Pf.**
 - Nähseide 2 Doeken **5 Pf.**
 - Nähnadeln 25 Stück **1 Pf.**
 - Schweissblätter Paar **6 Pf.**
 - Tailen-Verschluss, Garnit. **6 Pf.**
 - Knopflochseide, 2 Rollen **3 Pf.**
 - Fischbein, prim. Qual. Dtzd. **15 Pf.**
 - Gurthänder Stück **3 Pf.**
 - Schuhknöpfe Dtzd. **1 Pf.**
 - Bettencaler Stück **2 Pf.**
 - Strumpfhalter m. Gurt St. **48 Pf.**
- #### Futterstoffe.
- Ranschfutter Mtr. **23 Pf.**
 - Faille, 100 cm breit, Mtr. **45 Pf.**
 - Tailenfutter, doppel-seitig Mtr. **25 Pf.**
 - Alpaca Mtr. **38 Pf. 28 Pf.**
 - Jaconnett Mtr. **21 Pf.**
 - Mohair-Kattun Mtr. **17 Pf.**
 - Prima Kleidersatin Mtr. **55 Pf.**
- Ein Posten **prima 16/ Strickwolle**, jetzt Pfund **1.58**
Ein Posten **prima Eider-Wolle**, jetzt Pfund **2.45**
Ein Posten **schwarze gestrickte Damen-Strümpfe** (ganz ausserordentlich preiswert)
Serie I: **Wolle** Paar **48 Pf.** Serie II: **Baumwolle** Paar **38 Pf.**

- #### Konfektion.
- Capes zur Einsegnung 2.25 M.
 - Jacketts zur Einsegnung 4.90 M.
 - Abendmäntel, regulärer Wert 13.50 bis 22.00 M., jetzt **5.65 M.**
 - Sammet-Blusen 4.90 M.
 - Kostümröcke mit Volant 2.95 M.
 - Waschseidene Blusen in prachtvoller Ausführung, regulärer Wert 8.50 bis 12.75 M., jetzt durchschnittlich **2.95 M.**

So lange der Vorrat reicht!
Ein grosser Posten **reinseidene Blusen** in Taffet, Merveilloux, Liberty, Louise etc., in elegantester Ausführung, bisheriger Wert 14.50 bis 28.00 M., **jetzt durchschnittlich 8.90 Mk., 7.75 M. 3.45 M.**

- Warme Winter-Blusen, zur vollständigen Räumung, **85 Pf.** **jetzt durchschnittlich** Stück
- Elegante Frühjahrs-Kostüme, tadelloser Sitz **9.45 M.** und chiko Façons, **jetzt Stück**
- Moiré-Unterröcke mit breitem Volant **jetzt 2.90 M.**
- Prima Cloth-Unterröcke mit breitem besetzten Volant u. elegant. Ausführung, **jetzt durchschn. 3.45 M.**

Zu jedem nur annehmbaren Preise!
ganz leicht angestaubte Damenwäsche, sowie Reste von Louisianatuch, Hemdentuch, Bett-Damaste etc.

Zum Umzug.
Plüsch- u. Bloc-Velvet-Salon- u. Stuben-Teppiche mit geringen Webfehlern, bisheriger Preis 9.00 bis **3.80 110 M.** **jetzt 50., 38.50, 24.00, 12.50, 7.25, 3.80**
Engl. Tüll- und Spachtel-, Lacetgardenen und Storen mit kleinen Musterfehlern, bisheriger Preis 2.25 bis **30.00 M.** **jetzt Fenster 10.00, 7.75, 6.25, 2.80, 1.75**
Elegante Plüsch- u. Tuch-Tischdecken mit Stückeri, bisheriger Preis 5.50 bis **45.00, jetzt Stück 18.00, 14.50, 9.50, 7.50, 4.75, 2.90**
Gestickte Portieren in Wolle und Plüsch mit reicher Verzierung, Garnitur: 2 bestickte Shawls, 1 besticktes Lambrequin, **jetzt 9.50**
Steppdecken in Wolle und Simili, Seide und Atlas, ein- und zweiseitig benutzbar, bisheriger Wert **6.35 bis 32.00, 3.40** **jetzt 18.00, 11.50, 7.50, 5.75, 3.40**
Ein grosser Posten **Möbelstoff-Reste**, passend zum ganzen Bezug, 3 bis 4 Mtr., bisheriger Wert **6.75 bis 15.00, jetzt der ganze Bezug 8.25, 6.75, 4.25**

Noch niemals dagewesen!
Ein Posten **Kleiderbesätze**, bisheriger Wert Mtr. bis **40 Pf.**, **jetzt Mtr. 2 Pf. 1 Pf.**

- #### Seidenstoffe.
- Reinseidene Foulards Mtr. **35 Pf.**
 - Reinseidene Merveilloux Mtr. **95 Pf.**
 - Reinseidene Damaste Mtr. **1.25 M.**
 - Taftetas in grossartiger Ausführung Mtr. **98 Pf.**
 - Waschseide in grossen Sortimenten Mtr. **22 Pf.**
 - Bengaline in wunderbaren Ballfarben Mtr. **55 Pf.**
 - Ball-Atlas in allen Farben Mtr. **29 Pf.**

Besonderer Gelegenheitskauf!
Ein grosser Posten reinseidene Lyoner Damaste in wunderbaren Blumen- und Rankenmustern, regulärer Wert 2 bis 5 M., **jetzt durchschnittlich Mtr. 3.50, 1.75, 1.25 M.**

- #### Leinen- u. Baumwollwaren.
- Elsasser Hemdentuch Mtr. **17 Pf.**
 - Piqué- und Croisé-Barchend Mtr. **30 Pf.**
 - Louisianatuch Mtr. **26 Pf.**
 - Bettbezüge in weiss und bunt, Deckbett mit zwei Kissen, fertig genäht Garnitur **2.90 M.**
 - Bett-Satin, prima Qualität Deckbettbreite Kissenbreite Mtr. **78 Pf. 48 Pf.**
 - Fertige Bettlaken ohne Naht **85 Pf.**
 - Inlett, rot und rosa gestreift, Deckbettbreite Mtr. **52 Pf.**
 - Gerstenkorn-Handtücher, 1/2 Dtz. **1.40 M.**
 - Damast-Handtücher, 1/2 Dtz. **1.75 M.**
 - Rolltücher Stück **38 Pf.**
 - Leinene Taschentücher (reinleinen Schuss) 1/2 Dtz. **1.25 M.**
 - Batist-Taschentücher 1/2 Dtz. **1.45 M.**
 - Wischtücher 1/2 Dtz. **1.05 M.**

So lange der Vorrat reicht!
Herren-Normalhemden, nur gute Qual., jetzt **1.28, 68 Pf.**
Sporthemden **1.45, 98 Pf.**

Noch niemals dagewesen!
Ein grosser Posten **waschseidene Blusen-Reste** in grossartiger Ausmusterung, vollständige Bluse 4 Meter Stoff, **jeder Rest 88 Pf.**
Ein grosser Posten **einzelne Roben**, gute Stoffe, moderne Muster, jede Robe **1.75 M.**
Ein grosser Posten **Blusen-Reste** in gestreiften und karierten Stoffen, eingeteilt zu einer vollständigen Bluse, **jeder Rest 65 Pf., 45 Pf.**
Ein grosser Posten **Unterrockstoff-Reste**, eingeteilt zu einem vollständigen Rock zum Selbstausuchen, **jeder Rest 95 Pf.**
Ein Posten **Wollstoff-Reste**, doppelbreit, passend für Kostüm-Röcke, jeder Rest eingeteilt in 4 Meter doppelbreiten Stoff **1.55 M.**

- Wirtschafts-Schürzen**, extra weit, in Blandruck und Gingham, mit Volant Stück **78, 68 Pf.**
- Korsetts** aus prima Drell in modernen Façons, vorzüglich sitzend, Stück **1.45 M., 98 Pf.**
- Kleider-Schürzen** (auch Reform-Schürzen genannt), Stück **1.65, 1.25 M.**
- Wirtschafts-Schürzen** mit Achsel, in reizender Ausführung, Stück **98, 78 Pf.**

Am Sonntag geöffnet von 8 bis 1/2 10 Uhr und von 1/2 12 bis 2 Uhr.

Schleifer Dr. phil. Veruh. Landmann, Inhaber der 1887
selbst gegründeten Firma

Dr. B. Landmann, Berlin 55,
fabriziert — der Härte der Metalle entsprechend — die besten Putz-
mittel in 4 verschiedenen Prima-Qualitäten und liefert dieselben nur
in Originalpackungen zu 10 und 20 Pf. (bzw. Dosen 30 und 50 Pf.)

Dr. Landmann's Silber-Putzpulver
= gibt Silber- u. Goldgegenständen prachtvolle Politur.
r. Landmann's Hanne-Putzpulver
= erzielt bei Messing, Blech u. hauseigenen Spiegelglanz.
r. Landmann's Putz-Wasser
= wirkt schnell wie der Wind auf Kupfer, Messing, Blech u.
r. Landmann's Messer-Putzpulver
= macht scharf blank polierte Messer, Gabeln u.
=

Meine gründliche, wissenschaftliche Bildung, mein Vertrauen, mein
Stolz garantieren für eine gleichmäßige, unendliche Dauer, wie sie sonst
nicht geben werden kann. Der bessere, gewöhnliche Kaufmann wird
bemüht sein, das Beste für seine verehrte Kundenschaft zu liefern und wird
dieser in erster Reihe meine echten Präparate anbieten. Zugleich warne
ich vor der Abgabe anderer Mittel unter meinem Namen und wolle Sie die
an Stelle meiner echten Waren vorgeführten, oft warm ange-
priesenen werthlosen Ersatz-Mittel energig zurückweisen u. zu den
wichtigen besseren Geschäften nur Dr. Landmann's echte Präparate
einkaufen. — Meine echten Präparate sind durch Aufdruck meines
Namens u. Namenszuges deutlich geschützt und daher sofort erkennbar.

Berlin Belleallianzstrasse 98. Filialen: Steffin Hohenzollernstrasse 3. Chausseestrasse 54. Magazinstrasse 2.

Mass-Anzüge
24 und 30 Mark.
Herbst-Paletots nach Mass 24-28 Mark.

Zur Interesse des werten Publikums erlaube ich, mein Angebot zu prüfen, von der Billigkeit und strengen Reclität sich zu überzeugen.

Sonnenscheins Engros-Resterhaus
ist einzig konkurrenzlos am Plage, indem ich nur von prima Rohstoffen die elegantesten haltbarsten Maß-Anzüge zu obigem Preise liefere.

Warnung
vor solchen sogenannten Resterhandlungen, die durch ähnliche Annoncen meine nachahmen, um den Schein zu erwecken, dieselben Vortheile den Kunden bieten zu können. Bitte vorher die Stoffe zu prüfen und vergleichen Sie mit meinen streng reellen Rohstoffen.

Sonnenscheins Engros-Resterhaus
Belleallianzstrasse 98, 1 Tr. Chausseestrasse 54, 1 Tr.

30%
bequem zu ersparen, wer in der bekannten
Tuchfabrik-Niederlage Koch & Seeland
Berlin C., Rosstrasse 2
Reste
in Herren-Stoffen, passende Masse für Anzüge, Paletots, Hosen und Kinderanzüge etc., kauft!

Aus erster Hand ff. Pflaumen-Mus
unübertroffen.
Fasserv. 200 u. 300 Pfd. Inh. p. Ct. u. 13. —
Kübel, 30 40 50 60 „ „ „ 14. —
Holz-Eimer 30 „ „ „ 5.50
Emaillirte-Eimer 25 „ „ „ 4.50
Kochtopf 25 „ „ „ 5.50
Kochtopf 18 „ „ „ 3.50
Postblechleimer 9 „ „ „ 2. —
alles incl. unfrancirt gegen Nachn.
offert die Pflaumen-Mus-Fabrik
Wwe. Wilhelmine Klaus
Magdeburg-N. 12.

8 Wochen zur Probe!
versende ich, um Jeden von der Vorzüglichkeit und Billigkeit meiner Instrumente zu überzeugen, nur gegen **Nachnahme** für nur 4 1/2 Mk., mit Glockenspiel 30 Pf. mehr, eine elegante, als besondere Specialität leicht spielende, stark gebaute „Concert-Zug-Harmonika“ mit 16 Stück, zwei Reihen, brillante Trompeten, noch vielen schönen
Anker oder Stern, 16 Schallröhren und sonst anderen Verzierungen, 10 Tasten, 2 Registern, 2 Doppelbässen, 2 Zuhalteren, 2 weitausziehbaren Doppelbälgen mit Stahlstutzen.
Schöne herrliche Orgelmusik mit 50 Stimmen. Größe 35 cm. Ein solches Pflanz-Instrument, schön mit 3 rechten Registern und 70 Stimmen nur 6 Mk., 4chörig, 4 echte Register und 90 Stimmen nur 7 1/2 Mk. 6chörig, 6 echte Register und 135 Stimmen nur 11 1/2 Mk., 2 reihig mit 19 Tasten, 4 Bässen und 100 Stimmen nur 10 Mk. Kleinere 2 reihig mit 19 Tasten, 4 Bässen kosten nur 8 Mk. Mit garantirt unzerbrechlichen
kosten obige Instrumente 2chörig nur 6 Mk., 3chörig nur 8 Mk., 4chörig nur 10 Mk., 6chörig nur 15 1/2 Mk., 2 reihig mit 19 Tasten, 4 Bässen nur 12 1/2 Mk. Für Instrumente ca. 51 cm lang, mit 5 prachsvollen Columbia-Zithern Accorden, 41 Saiten, Schule zum Selbst-Accord-Zithern Saiten und Zubehör nur 6 1/2 Mk. Verpackungskiste gratis. Porto 95 Pfg.
Garantie: Umtausch gestattet, Risiko.
Bevor Sie anderswo eine Harmonika u. s. w. kaufen, verlangen Sie erst meinen Katalog, derselbe enth. viele Neuheiten. Man bestelle nur bei **Robert Husberg, Neuenrade No. 63 Westfalen.**

Das beste Husten-Mittel
find die altberühmten, echten
Spigwegerichsaft-Bonbons,
vorzüglich im Geschmack, sicher in der Wirkung und billig im Gebrauch, nur allein echt zu haben bei
Gustav Behm, Frankfurter Allee 120.

H. Frey's Zahntechnisches Institut
Gegründet 1861. Landsbergerstr. 42, I. Gegründet 1861.
Ohne jede Anzahlung. Ohne jede Anzahlung.
Wöchentlich 1 Mark. Teilzahlung 1 Mark wöchentlich.
Nicht ganz schmerzloses Zahnziehen ohne Narkose, aber grossmögliche Schmerzmilderung. 10jährige Reelle Garantie.
Um einer Täuschung des geehrten Publikums von vornherein vorzubeugen, schreiben wir: **Nicht ganz schmerzlos,** es wird aber unser Bestreben sein, durch alle modernen und dem ungefährl. Mittel den Schmerz soweit ein erträglich zu mildern, dass er selbst den Schwächsten leichter ist.
Organismus des Patienten. Entfernung von kranken Zähnen und Wurzeln zwecks Zahnersatz ohne „Extra-Berechnung“. — Ich liefere einen natürlich aussehenden und beim Essen brauchbaren künstlichen Zahnersatz auf Teilzahlung ohne Anzahlung, geehrten Kunden ist verpflichtet, Nichtkonvenientes abzunehmen, da keine Vorhorbezahlung, also **Kein Risiko. ♦ Garantie.**
Meine schriftliche Garantie, welche ich jedem meiner geehrten Patienten, welcher einen künstlichen Zahnersatz bei mir anfertigen lässt, mitgebe lautet:
Ich übernehme für jeden von mir gelieferten Zahnersatz eine **Garantie von zehn Jahren,** das heisst: Jede an einem von mir gelieferten Zahnersatz vorkommende Reparatur, gleichwie aus welchem Grunde entstanden, wird während der Dauer von 10 Jahren **kostenlos** ausgeführt.
1000 Mark
in Worten: „Eintausend Mark“, welche ich bei einem hiesigen Notar hinterlegt habe, zahle ich demjenigen, welcher nachweist, dass ich meine im Garantieschein gegebenen Versprechungen nicht Wort für Wort halte.
Das geehrte Publikum wird gebeten, diese Zeilen nicht für „Marktschreierische Reklame“ zu halten, sondern nur für das, was sie wirklich sind, für... **Wahrheit.**
H. Frey's Zahntechnisches Institut, Landsbergerstrasse 42, I.
Gegründet 1861. 8-7. Geöffnet von 8-7. Gegründet 1861.
Fahrverbindung von allen Richtungen. Fahrgeld vergütet. Fahrverbindung von allen Richtungen.

B. MEYERSTEN W. W.
50 Oranien-Strasse 50
Kinder-Garderoben
sollen
elegant, billig und dauerhaft sein.
Grösste Auswahl.
Zur Einsegnung
Anzüge u. Kostüme in jeder Preislage.

Schlafmöbel-Bazar „Baby“
Friedrichstr. 160. Beussstr. 18
Belle-Alliancestr. 107. Lützenjensstr. 7a
Reinholdsdorferstr. 20. Oranienstr. 31
Frankfurterstr. 115. Brunnenstr. 92

10, 15, 21-75 M.
Betten Stand 12,00, 18-24 M.
Metallbettstellen für Kinder und Erwachsene. von 22,50 M. an.

8, 12, 15-90 M.
Teilhzahlung gestattet u. 1,00 per Woche an. Bei größeren Raten Kassapreise. Lieferant des Post- u. Spar- u. Vorstuh-Bereichs.

Raucher Haas-Tabak
Specialität:
Berliner Shag hell
in 10 Pfg. Packeten
Hochfein im Geschmack u. Aroma.
ENGROS-NIEDERLAGE:
H. SALTZMANN
Berlin S. Luisenufer 3

Anker Brikets

Möbel
ganz. Wohnungs-Einrichtungen, Zimmer- und Küchen-Einrichtungen, sowie jedes Stück einzeln, zu den billigsten Preisen, in guter, geübener Arbeit empfiehlt
Wilh. Lambrecht,
Berlin SW., Simeonstrasse 19,
an der Alten Jakobstrasse.

Nur noch kurze Zeit!
Inventur- Restverkauf
einer besonderen Gelegenheits-Partie
imit. **Perser Teppiche**
getreue Copien echter Perser
von wunderbarer Farbenpracht auf beiden Seiten benutzbar.
90/185 cm Mk. 9.85 (bisher 6)
130/200 „ „ 5.15 („ 8,25)
160/230 „ „ 7.85 („ 12,75)
200/300 „ „ 11.85 („ 18,50)
250/350 „ „ 18.75 („ 28,50)
300/400 „ „ 24.75 („ 39,00)
Passende Bett- u. Pult-Teppiche Stück 75 Pf., 1,00 u. 1,50 Mk.
Nach Auswärts pr. Nachnahme
Teppich-Special-Haus Emil Lefèvre
Berlin Oranienstr. 158.
S., Inventur-Extralist und Katalog 1903 gratis und franco. mit 600 Illustrat.

Ernst Riek, Optiker
Berlin C., Alexanderstr. 57
(vis-a-vis der Kasino.)
Neugold-Pincenez
Rathenower Neugold-Pincenez Brillen und
Vincenez, v. Gold **2,50 M.**
nicht zu unterschätzen
Nickel-Brillen u. Vincenez **1,50 M.**
Nickel-Brillen u. Vincenez, feinste Qualität **2,00 M.**
Normal-Pincenez, auf jeder Seite passend, schon zu **2,00 M.**
Rathenower Stahl-Brillen und Vincenez **1,00 M.** Sport-Pincenez **0,75 M.**
Vincenez ohne Einfassung in allen Facens zu billigsten Preisen.
Brillen und Vincenez in Gold-Double zu **5,00 M.**
Brillen u. Vincenez in echt Gold v. **8,00 M.** an bis zu den schönsten.
Sämtliche Brillen u. Vincenez sind mit den feinsten Rathenower Krystallgläsern versehen.
Eigne Reparatur-Werkstatt im Hause.
Sonntags geöffnet 8-10 u. 12-2 Uhr.

VEGETALINE
PFLANZENBUTTER
Krone aller Speisefette
Alleinige Fabrikantin:
Rocca, Tassy & de Roux G. m. b. H.
Hamburg.

Credit. Monatlich
— 10 Mark —
Lieferer Anzüge, Paletots, nach Maß.
Ber. Stoffe allerbilligste Preise.
Wer selbst Stoff hat v. 20 M. an.
Schneidmstr., Prinzenstr. 55.
J. Tomporowski,

Kaufhaus Max Mannheim

Frankfurter Allee 89. Berlin O. Frankfurter Allee 89.

Hiermit zeige ich den Eingang modernster

Frühjahrs-Neuheiten in Kleiderstoffen

ergebenst an.

Reinwollene Cheviots prima in allen Farben Mtr. 60, 75, 1,00.	Reinwollene Cheviots extra schwer, 110 cm br., schwarz u. farbig. Mtr. 1,25, 1,50.	Englische Kleiderstoffe schwarz, weiss u. farbig, mit Noppen, in neuesten Ausführungen, Mtr. 1,00, 1,50 bis 2,00.	Japan-Waschseide weiss, crème und couleur, 60 cm breit, Mtr. 1,25.
--	---	---	---

Schwarze und weisse reinwollene Kleiderstoffe

in glatt und gemustert, nur ganz vorzügliche Qualitäten

Mtr. 1,00 1,25 1,35 1,50 1,75 2,00 bis 4,50

Seide und Besätze elegante Neuheiten. Sammete, neue Sommerfarben.	Kurzwaren Schneiderei-Artikel in grosser Auswahl zu äussersten Preisen.	Glacé-Handschuhe . . . Paar 0,75 1,25. Glieder-Gürtel mit seidnem Band-Durchzug 65 Pf. Damen-Strümpfe, engl. lang. Paar 25, 45 Pf.
---	---	---

Ich mache auf mein Rabatt-Spar-System besonders aufmerksam.

Bei einem Einkauf von M. 3,00 ein elegant ausgestattetes Tablett.

Billiger wie in Warenhäusern

kauft man Obst und Süßfrüchte nur bei mir. Ich offeriere:

Apfelsinen, süß, das Dutzend von **35 Pf.** an.

Blutapfelsinen, das Dutzend **60 Pf.**

Paul Werner, Obst- und Süßfrucht-Handlung.

Haupt-Geschäft: Potsdamer-Strasse 105.

Filiale: Bülowstr. 44 (zwischen Göben- u. Alvenslebenstr.)
 Telefon: VI. 1519. 6932*

Wegen vollständiger Auflösung meines Geschäfts [4502*]

Möbel-Total-Ausverkauf.

Gekaufte Möbel werden auf Wunsch bis 1. Mai cr. aufbewahrt.

am
Rich. Thiele, Ackerstr. 120, Gartenplatz

GARDINEN

voriger Saison, kommen jetzt zu herab-
 gesetzten Preisen zum Verkauf.

F. V. GRÜNFELD

25 Leipzigerstr.



wirklich gut und billig rauchen? So bestellen Sie meine Cigarillos, wie oben abgebildet und geübt, mit Sumatra oder Java gebackt und mit guter und feinsten Einlage für den spottbilligen Preis von 7 Mark pro 500 Stück franco per Nachnahme. Bei vorheriger Gelbendung nur 6,50 Mark. Franco 40 gute Cigarren und Cigaretten zur Probe und ein interessantes Buch mit Preisliste füge ich dieser Sendung noch gratis bei. Garantie: Rücknahme oder Umtausch. Mehr zu bieten ist durchaus unmöglich. Bitte zu bestellen bei 141/5*

P. Pokora, Cigarrenfabrik, Neustadt, W.-Pr., No. 258 E.

Unsrer verehrten Kundschaft teilen wir hierdurch ergebenst mit, dass unser Modewarenhaus durch den darin

stattgefundenen grossen Brand

und die dadurch bedingte Schadenfestsetzung noch einige Tage geschlossen bleibt. Wir werden unser

Modewarenhaus

ausgestattet mit den

neuesten Erscheinungen der Saison

in den altbewährten von unsrer verehrten Kundschaft so hoch geschätzten Principien weiter führen und demnächst

den Tag der Wieder-Eröffnung bekannt geben.

Gleich in den ersten Tagen nach der Eröffnung gelangen die uns von den Versicherungs-Gesellschaften abtaxierten

mehr oder minder beschädigten Waren zum Verkauf.

Modewarenhaus Jacques Cohn

am Wedding, Müllerstr. 182, Ecke Sellerstrasse.

A. JANDORF & CO

Spittelmarkt 16/17
Ecke Leipziger Strasse

Belle Alliance-Strasse 1/2
Am Blücherplatz

Grosse Frankfurter Strasse 113
Ecke Andreas-Strasse

Ausnahme-Preise

Montag, Dienstag,
Mittwoch, Donnerstag

nur solange der Vorrat reicht!

Diese Artikel werden an Wiederverkäufer nicht abgegeben.

Glas

Bierbecher	0,2, 0,3, 0,4, 0,5 Liter Stück	7 Pf.
Bierbecher	mit Goldrand, 0,2 u. 1/4 Liter Stück	7 Pf.
Theebecher	mit Schleifen-Bordüre Stück	12 Pf.
Kristall-Wasserbecher	geschliffen Stück	22 Pf.
Gambrinustulpen	Stück	33 Pf.
Sturzflaschen	farbig . . . Stück	18 Pf.
Fruchtschalen	gepresst . Stück	16 Pf.
Zuckerschalen	grosse Form gepresst . Stück	15 Pf.
Butterdosen	gepresst, 1/2 Pfd. Stück	16, 22 Pf.

Porzellan

Dessertteller	dekoriert Stück	8, 12, 15 Pf.
Obertassen	reich dekoriert Stück . .	14 Pf.
Kaffeetassen	dekoriert . . Stück	15 Pf.
Kaffeekannen	dekoriert Stück	55 Pf.
Zuckerdosen	dekoriert . . Stück	18 Pf.
Sahnetöpfe Stück	18 Pf.
Kaffeesevice	9 teilig	1 75 M., 2 15 M.
Tafelservice	für 6 Personen, Veilchenmuster, 23 teilig . .	9 75 M.

Steingut

Speiseteller	weiss gerippt St.	8 Pf., blau St. 10 Pf.
Vorratstonnen	blau Zwiebelmuster Stück	33 Pf.
Salz- u. Mehl-Mesten	weiss St. 52 Pf., blau St.	65 Pf.
Essig- oder Oelflaschen	. Stück	35 Pf.
Gewürztonnen	weiss Stück 8 Pf., blau Stück	12 Pf.
Satznapfe	gerippt . . Satz 4 Stück	34 Pf.
Salatiären	weiss . . Satz 6 Stück	98 Pf.
Salatiären	blau Satz 6 Stück	1 25 M.
Waschgarnituren	. . Stück	1 25 M., 2 35 M., 4 35 M.

Wirtschafts-Artikel

Briefkasten	. . . Stück	35, 45 Pf.
Salz od. Pfefferstreuer	. . . Stück	5 Pf.
Leuchter	mit Feuerzeug Stück	9 Pf.
Wandfeuerzeug Stück	9 Pf.
Garnitur: Sand, Seife, Soda	St.	42 Pf.
Butterdosen Stück	38 Pf.
Esslöffel Dutzend	1 80 M.
Theelöffel Dutzend	65 Pf.
Bestecke Paar	45 Pf.
Kaffeemühlen	. Stück	75, 85 Pf.

Bierglasuntersätze	mit Filzeinlage Stück	9 Pf.
Gasanzünder	mit Stock . Stück	48 Pf.
Cabaret	5 teilig	1 95 M.
Gaskocher	1 Loch	45 Pf.
Kleiderbügel 2 Stück	4 Pf.
Leitern Stufe	38 Pf.
Holzzober Stück	2 65 M., 3 65 M., 4 25 M.
Holz-Waschwannen	Stück	2 65 M., 3 65 M., 4 25 M.
Klammern Schock	10 Pf.
Waschbretter Stück	25 Pf.

Wäscheleinen Stück	1 25 M., 1 75 M.
Plättbretter	bezogen Stück	2 25 M.
Aermelplättbretter	bezogen . . . Stück	55 Pf.
Fleischbretter	St. 8, 13, 22	Pf.
Marktnetze	Stück	25, 42, 65 Pf.
Fussbänke Stück	42 Pf.
Tablets	mit Einlage . . . Stück	75, 95 Pf.
Zollstöcke	. . . Stück	9, 20, 35 Pf.
Handwaschbürsten	Stück	4 Pf.
Handwaschbürsten	auf Brett . Stück	12 Pf.

Küchen-Uhr blau Zwiebelmuster gut gehend Stück **2 75 M.**

Emaile

Wringmaschinen Stück **6 95 M.**

Schmortöpfe	mit Ring Stück	25, 33, 38 Pf.
Kasserollen	mit Ring Stück	18, 25, 33 Pf.
Wasserkessel	. Stück	68, 85, 98 Pf.
Durchschläge	. Stück	25, 30, 38 Pf.
Kaffeetrichter	. Stück	15, 20 Pf.

Konsole	mit Mass Stück	25 Pf.
Waschbecken	mit Seifnapf Stück	38 Pf.
Seifenbehälter	Stück	10, 15 Pf.
Theesiebe Stück	12 Pf.
Kaffeeseibe Stück	25 Pf.

Salz- und Mehlmesten	. Stück	45 Pf.
Leuchter Stück	18 Pf.
Milchkannen	. Stück	25, 38 Pf.
Petroleumkannen	. . Stück	55, 70 Pf.
Fenster-Eimer	Stück	38, 48 Pf.

Kaffeekannen Stück 30, 45, 60, 70, 85 Pf.

Jandorf-Eimer neublau ca. 28 cm Stück **60 Pf.**

Eimer, reich dekoriert ca. 28 cm Stück **1 25 M.**

Eimer, reich dekoriert mit Deckel Stück **1 50 M.**

Waschgarnitur reich dekoriert **4 90 M.**

hoher Krug, ca. 40 cm tiefe Schüssel, Seifen- und Zahnbürstendose mit Deckel

Waschgarnitur für Kinder reich dekoriert kompl. **1 15 M.**

Wir verabfolgen von Montag, den 2. März bis Sonnabend, den 7. März **Probetassen von Monsis Bouillon gratis.**

Bismarckiana.

Herr Stöcker hat neulich im Reichstag aus dem ihm eigentümlichen Verhältnis zur Wahrheit heraus mit heiligem Feuer die Socialdemokratie aufgefodert, die von ihr verbreitete Auffassung über die Entstehung des siebenziger Krieges als endgültig widerlegt zu widerrufen. Wenn Herr Stöcker sich mit Eifer dafür ins Zeug legt, etwas für unwar zu erklären, so ist das ein erfreuliches Anzeichen dafür, daß die Wahrheit auf dem Marsch ist. So ist es auch in diesem Fall. Was noch vor wenig Jahren jedem Wohlgesinnten als socialdemokratische Lüge erschien, gehört jetzt unter die Thatfachen, an denen kein auf wissenschaftliche Bedeutung Anspruch erhebendes Geschichtswerk stillschweigend vorbeigehen kann; mag man die Bismarckische Unredigierung der Emser Depesche zum Beweise der Herbeiführung des Krieges nicht nur entschuldigbar finden, sondern sogar für eine nationale Großthat erklären; aus der Welt schaffen kann man sie nicht mehr. Ein Blick auf die neuesten Erscheinungen der Bismarck-Literatur, so weit sie ernst genommen werden können, beweist das vollumfänglich.

Selbst Herr Ottomar Lenz, der sein historisches Meisterstück an der schwierigen Aufgabe liefert, die geschichtlichen Thatfachen nach der Handlangertheorie zurechtzuschneiden, kommt auf seiner halbbröckeligen Bahn um den Stein des Anstoßes, so sich Emser Depesche nennt, nicht ohne Carandolage herum. Er schlägt wie in seinem früher an dieser Stelle gebührend gewürdigten Werke: „Kaiser Wilhelm und die Begründung des Reiches“ einen seiner possivsten Puzelbäume, um an dem unangenehmen Gattum vorbeizugehen, daß der Heldentatler, wie er von der Tragweite und dem eigentlichen Zweck der spanischen Thronkandidaten-Zutritte Bismarcks nicht die blasse Ahnung hatte, so sich eines schönen Tages durch seinen Handlanger nolens volens in einen Krieg mit Frankreich hineingehört sah. Da passiert denn Herrn Lenzen ein tragisches Mißgeschick. In einer Stelle erzählt er uns: „Was man die Fälschung der Emser Depesche genannt hat, werde von den Parteien ausgenutzt, um Bismarck von der einen Seite als den Anstifter des Krieges anzulügen und von der andern Seite den Beweis zu liefern, daß der große Kanzler in rechten Augenblicke noch das, was an dem Hergang der Emser Ereignisse zu wenig ernst und nichtdeutlich erschienen konnte, mit geschickter Hand zu ergänzen gehabt hätte.“ So wird dann mit ein paar Worten über das wiederholte Bismarckische Verleumdungshinweggeschliff, wie er am 13. Juli 1870 die Abelenische Depesche aus Emms, die ihres friedfertigen Charakters wegen ihn und seine Mitpaladine Molke und Moon aufs tiefste niederschlug, so daß den beiden Tischgästen der Appetit verging, dahin unredigiert, daß Molke erstarrt ausrief: „Worin war's eine Chamade, jetzt ist's eine Janfare.“ Das erklärt Herr Lenz für eine „reizende Erzählung“, eine von „den besten Erinnerungen der großen Zeit“, die Bismarck „in einem heiteren Sinne“ erzählt habe, und fährt eilends fort: „Wahrhaftig erstaunlich war es aber doch, daß es am Ende des 19. Jahrhunderts noch Leute gab, die dann immer noch an die Wahrheit des Aufspiels von dem „Glas Wasser“ glauben und nichts anderes behaupteten, als daß durch Auslassung von einem Dutzend Worte in der sogenannten Emser Depesche eine der größten Katastrophen verursacht worden sei. Darüber werden nun solche, die geschichtlichen Dinge kundig sind, wohl keine Erörterung wünschen.“

Das wäre die Lorenz'sche These: die Antithese liefert der nämliche Herr Lenz fünf Seiten weiter, wo er augenscheinlich das früher Gesagte schon wieder vergessen hat und in seinem monarchischen Eifer also über den 13. Juli sich vernehmen läßt: „Eine kleinliche Geschichtsschreibung ist auch in diesem letzten Abschnitt bemüht, alles so darzustellen, als ob auf deutscher Seite immer noch bloße Defensivpolitik gemacht worden wäre, wodurch man bloß die Stimmung der nachkommenden Geschlechter abschwächt. Es war aber bereits am 13. — Gott sei gelobt — in der deutschen Nation ein friederlicher Geist erwacht. Man war nicht nur entschlossen, sich zu schlagen, sondern man wünschte die Franzosen zu verderben und zu vernichten. . . . Der große Staatsmann that alles, um den Entscheidungslampf rasch und gründlich herbeizuführen und es nicht wieder zu einem faulen Frieden kommen zu lassen. Das diplomatische Entscheidende, was Bismarck sofort ins Werk setzte, um das Kriegsgewitter in Frankreich zu schüren (d. h. eben die Unredigierung und Besendung der Emser Depesche), wird von der lahmten Geschichtsschreibung gewöhnlich gar nicht oder nur ganz nebenbei erwähnt. Während er doch durch entschlossene Maßnahmen zeigte, daß in der preussischen Politik Entschlüsse, wie des alten Fritz, den Rubikon nötigenfalls zu überschreiten, noch nicht vergessen seien, läßt man ihm auch noch am 13. Juli die Rolle des Lammes spielen, das von dem Wolf oben am Waage bedroht wird. Unschlüssigerweise war aber das Bild schon in diesen Augenblicke sehr verändert, und oben am Waage stand Bismarck.“ Jeder Kommentar dazu ist überflüssig.

Von einer ganz andren Auffassung der Reichsgründungszeit, als sie Lorenz eigen ist, geht der Berliner Universitätsprofessor Max Lenz aus in seiner Urzähl in 2. Auflage erschienenen „Geschichte Bismarcks“), die den Sonderabdruck eines Artikels der „Allgemeinen Deutschen Biographie“ darstellt. Ihm ist Bismarck nicht der Handlanger, sondern der Herr, der das Reich begründet hat. Lenzen geht mit seinem Gelden durch Dick und Dünn. Um seine Gesinnung als eine durchaus unmaßeliche erscheinen zu lassen, genügt es, darauf hinzuweisen, daß er die Äntentat von 1870 der Socialdemokratie in die Schuhe schiebt. Nicht einmal zu der wirtschaftsgeschichtlichen Richtung hat er irgendwelches Verhältnis anher dem eines erbitterten Gegners, der die „Deutsche Geschichte“ Karl Lamprechts in nicht eben laur, durchaus nicht geistreich zu neuenden Weise als ein ganz oberflächliches, wertloses oder vielmehr durch falsche Auffassung gefährliches Produkt kritisch heruntergerissen hat. Seine Bismarck-Biographie stellt diplomatische Geschichtsschreibung im Sinne der Rankeschen Schule dar, zu deren Hauptkennzeichen aber obwohl er ein Mann von ganz zweifellosem Romantismus und Patriotismus ist, in Sachen der Emser Depesche kommen seine Ausführungen auf eben das hinaus, was von unserer Seite durch den berechneten Liebhaber zuerst ans Licht gebracht worden ist: daß Unredigierung der Emser Depesche den Kriegsausbruch veranlaßt habe, der sonst vermieden worden wäre.

*) Geschichte Bismarcks. Von Max Lenz. Zweite, unveränderte Auflage. Leipzig, Verlag von Duncker u. Humblot, 1902.

Lenz schreibt über Bismarcks Rolle am 13. Juli: „Ohne ihn wären die Verhandlungen trotz des Abelenischen Telegramms im Sande verlaufen, und nicht bloß wegen der Vorgänge in Emms, sondern weil die Franzosen selbst drauf und dran waren, den Regen wieder in die Scheide zu stecken.“ König Wilhelm hatte die Erklärung abgegeben, daß er den Rücktritt des Prinzen Leopold von der Thronkandidatur voll und ganz billige. „Napoleon und seine Minister aber würden, wie wir heute wissen, sich mit dieser Erklärung zufriedengegeben haben: in dem Stomat, am 14. Juli, drang der Antrag des Kaisers, die Frage einem Kongreß zu unterbreiten, durch; die Befehle zur Mobilmachung wurden rückgängig gemacht; Gramont selbst hörte auf zu widersprechen und bemerkte, daß in der Zustimmung Wilhelms zu dem Verzicht des Hohenzollernprinzen die Garantie für die Gegenwart liegen könne und der Kongreß diejenige für die Zukunft schaffen möge. Diefem allem schob Bismarck durch seine Redaction des Emser Telegramms, die nur ein paar Sätze strich und kann ein Wort hinzufügte, den Niegel vor. Am laute es so, daß der König nicht nur die unerhörte Zumutung Frankreichs abgelehnt, sondern daß er sie nicht einmal angehört, daß er dem Vorkaiser auf die Frage selbst unmittelbar die Thür gewiesen habe. Es war genau der Sinn der Legende geworden, die sehr bald in allen Zeitungen stand, wonach der König dem Vorkaiser auf der Promenade selbst den Rücken gewandt und ihn auf der Stelle die Abiehnung durch den Adjutanten habe sagen lassen. Bismarck wirkte sehr wohl, was er that, als er seine Redaction am Spätabend des 13. unter die Massen werfen ließ und sie zum Teil, wie nach München hin, mit besonderem Kommentar versehen, den Vertretern Preussens an den fremden Höfen überlieferte; sie war, wie Wilhelm selbst, als er sie in Emms am Morgen las, erschrockt sagte, der Krieg; und sie sollte, wie Gramont ausrief, der Schlag auf Frankreichs Wangen sein, das rote Tuch, wie Bismarck in seinen Memoiren schreibt, das den gallischen Stier zur Wut reizen würde. Es war die letzte und größte Karte in seinem Spiel, die Bismarck damit auf den Tisch warf.“ Daß Herr Lenz es trotzdem fertig bringt, den siebenziger Krieg als den „gerechtesten unserer Kriege“ zu bezeichnen, von dem Depeschen-Redakteur, ehe die Puppen zum Tanzen kamen, zu behaupten: „Bismarck wünschte den Krieg nicht“, und den Charakter des spanischen Manövers als einer „Kalle für Badinquet“ zu verkennen, sei nur nebenbei bemerkt. Aber dieser Gieranz nimmt ein Ende, wenn die Emser Depesche in Frage kommt: davon kann bloß noch die dreiste Lüge verstanden, ein Tittelchen hinwegzunehmen.

Die klarste und unbefangenste systematische Darstellung der Vorgeschichte des siebenziger Krieges, die bisher in deutscher Sprache existiert, findet sich in einer Bismarck-Biographie, deren erster Band im abgelaufenen Jahre erschien, während der zweite — die Zeit von 1871—1898 behandelnd — noch aussteht. Der Verfasser, Oscar Klein,*) ist augenscheinlich kein Historiker von Verus. Seinen Stoff behandelt er rein nach der persönlichen Seite. So entspricht seine Schrift nicht den Anforderungen, die man heute an eine Biographie im höheren Sinne des Wortes stellen muß. Trotzdem hebt sich der vorliegende erste Band des kleinsten Buches vorteilhaft aus der Masse der Bismarck-Literatur hervor. Denn der Verfasser tritt recht unbefangenen an seinen Stoff heran und ist durchaus nicht besessen, die zahlreichen Schönheitsfehler seines Helden wegzuretauschieren. Er giebt sich redliche Mühe, Bismarcks Persönlichkeit und Treiben zu schildern, wie sie wirklich waren, wobei freilich der Sätularenismus noch viel zu gut weglommt.

Das Urteil, das Klein über Bismarcks Handlungsweise bei Ausbruch des siebenziger Krieges fällt, wird den meisten Lesern seiner Darstellung der ganzen Verwicklung, die durch die Depeschenfälschung zur Katastrophe wurde, wohl zu milde erscheinen. Klein meint u. a.: „Es bleibt für Moralisten in der Geschichte eine letzte Frage. Bismarck veranlaßt die Emser Depesche in dem klaren Bewußtsein, durch sie den Krieg zu entzünden, — beging er damit eine unmoralische Handlung? Ja und nein. Die offizielle Moral der Epoche, welcher er angehört, muß ihn unbedingt verdammen. In- — auch über die Moral wird abgestimmt! — schon die Mitwelt hat über ihn kein Verdammungsurteil ausgesprochen. Sie empfand die kriegerische Auseinandersetzung mit Frankreich als eine unerläßliche Mittel zur Vollendung der deutschen Einheit und beurteilte Bismarck nach dem großen nationalen Ziel, das er verfolgte, und nach weiter nichts. Man hat da einen historischen Beleg dafür vor Augen: Daß die Moral eines Volkes nichts Positives, sondern etwas Relatives ist, über das sich in gewissen großen Momenten das Volk selbst souverän hinwegsetzt. In der That wird ihm dann das zweckdienliche Mittel durch den erhabenen Zweck geheiligt.“ Er kommt dann auf Capribis Versuch zu sprechen, Anno 1892 im Reichstag abzulegen, daß die Emser Depesche den Anstoß zur französischen Kriegserklärung gegeben habe, und meint: „So hatte in der Hauptfrage der Abgeordnete Wilhelm Liebknecht mit den Darlegungen des Reichskanzlers leichtes Spiel. Ueber Bismarcks Handlung sagte er: „Das ist nicht eine patriotische Großthat, das ist ein Verbrechen, wie die Welt ein zweites Mal je gesehen hat.“ Ein Urteil, das auf dem Standpunkte dieses edlen Socialisten vollkommen haltbar erscheint, aber in Wahrheit nur eine schwerwiegende Anklage, nicht gegen einen Einzelnen, sondern gegen eine gesellschaftliche Organisation bedeutet, welche Handlungen Einzelner zuläßt, die für die Allgemeinheit die ungeheuerlichsten Folgen haben kann.“

Da kommt der Redakteur der Emser Depesche denn doch gar zu billig weg, die deutsche Nation zu lächeln. Bismarck hat sein eignes Urteil gesprochen in der Circulardepesche, die am 29. Juli 1870 versandt wurde. Darin sagt er u. a.: „Ich war nicht der Meinung derjenigen Politiker, welche dazu rieten, dem Krieg mit Frankreich deshalb nicht nach Kräften vorzubeugen, weil er doch innerweltlich sei. So sicher durchsichtbar nlemand die Absichten der göttlichen Vorsehung bezüglich der Zukunft, und ich betrachte auch einen siegreichen Krieg an sich immer als ein Unglück, welches die Staatskraft den Völkern zu ersparen bemächt sein muß. Ich durfte nicht ohne die Möglichkeit rechnen, daß in Frankreichs Verfassung und Politik Veränderungen eintreten könnten, welche beide große Nachbarvölker über die Notwendigkeit eines Krieges hinweggeführt hätten — eine Hoffnung, welcher jeder Anstoß des Zweckes zu gute kam.“ All das, was Bismarck hier höchst vertuschelt und gottlos findet, hatte er im Augenblick des Schreibens bereits selber gethan. Nun könnte

*) Bismarck und seine Welt. Grundlegung einer psychologischen Biographie. Von Oscar Klein-Hattingen. Zwei Bände. Erster Band: Von 1815—1871. Berlin 1902. Ferd. Dümmlers Buchhandlung.

man sagen, die christlichen Nebenarten, womit Bismarck so gern hauffieren ging, seien die reine Heuchelei gewesen, von Herzen habe er es mit der ganzen Klasse, zu der er gehörte, nicht bloß für unbedenklich, sondern sogar für verdienstlich gehalten, die eisernen Würfel ins Rollen zu bringen, wo die Gelegenheit günstig erschien, und man könne ihm wegen dieses Hauptstandpunktes so wenig einen sittlichen Vorwurf machen, wie dem Tiger, der sich auf seine Beute stürzt.

Wie man auch darüber denken mag, so viel ist jedenfalls sicher, daß die deutsche Nation in ihrer Masse damals so friedliebend war wie heute, und daß Bismarck dies sehr wohl wußte. Seine Bekanntheit mit der Friedensliebe der Deutschen spricht aus allen offiziellen Verlautbarungen, womit er in den Tagen des Kriegsausbruchs an die Öffentlichkeit trat. So, wenn er den König am 19. Juli in der Thronrede sagen ließ: „Wir haben mit klarem Will die Verantwortung ernennt, welche vor den Gerichten Gottes und der Menschen den trifft, der zwei große und friedliebende Völker im Herzen Europas zu verheerenden Kriegen treibt. Das deutsche wie das französische Volk, beide die Segnungen christlicher Gesinnung und steigenden Wohlstandes gleichmäßig genießend und begehrend, sind zu einem heilsameren Wettkampf berufen, als zu dem blutigen der Waffen.“ Wegen der Friedensliebe des deutschen Volkes mußte Frankreich als der allein schuldige Teil, als der rachsüchtige Angreifer und Störenfried erscheinen, wenn der furor teutonius entfesselt werden sollte. Und das war der Zweck des ganzen Bismarckischen Manövers, das Klein zum Schluß seiner Ausführungen über die Entstehung des siebenziger Krieges zusammenfassend also charakterisiert: „Bismarck aber hat nun in seinem Proce die höchste Meisterschaft erreicht. Nachdem er bei der Hohenzollern-Kandidatur im geheimen den großen Drahtzieher abgegeben hat; nachdem er alle Welt über seine Gesinnung in der spanischen Sache getäuscht hat; nachdem er — verhehle Dein Haupt, gottesfürchtiger König! — Frankreich „in Ausführung eines Allerhöchsten Auftrages“ bis aufs Blut gereizt hat; nachdem er, ganz seiner That bewußt, die graue Furie des Krieges entfesselt hat, zieht er als europäischer Musterknecht in den Krieg! „Wenn die Mitwelt“ — nach Klein's Ausdruck — „über ihn kein Verdammungsurteil ausgesprochen“ hat, so nur deshalb, weil sie nicht die blasseste Ahnung hatte von dem sauberen Spiel, das der Bundeskanzler trieb. Dadurch kann aber das Urteil der Nachwelt, die dem Redakteur der Emser Depesche in die Karten sieht, nicht beeinflusst werden. Und man muß schon in einem äußerst gespannten Verhältnis zur Wahrheit stehen, um mit Herrn Stöcker in dem erfindungsreichen Schwarzlinster einen ungeschuldvollen Engel zu erblicken.

Wenn man aus dem Kapitel der Emser Depesche sich überzeugt hat, mit welcher Virtuosität Bismarck Lug und Trug für seine Zwecke arbeiten ließ, so liebt man mit Genuß, was in der Vorrede des neuesten Bismarck-Buches aus der Feder des belannten Wilschreibers Poschinger*) gesagt ist: „Wohl hat man den märchenhaften Reichtum geahnt, welchen der unerschöpfliche Lebenshauch dieses Mannes barg, doch jedesmal steht man stummend der Thatfache gegenüber, daß die letzte goldene Ausbeute noch reicher, noch wunderbarer geworden, als der Mine die erwartete konnte. Fürcht man dem Grunde solchen Reichtums nach, so kann man, im Wilde bleibend, sagen: derselbe ist nur dadurch erklärlich, daß der Fürst in jedem einzelnen Augenblicke das Gold der Wahrheit in unvergänglicher Münze ausgeprägt hat.“ Es ist in der That eine goldene Ausbeute aus dieser Komposition herauszuholen, die Bismarck im Umgang mit seinen Hamburger Freunden nach deren eignen Verichten schildert: allerdings weniger für den Politiker und den Geschichtsforscher, als für den Freund eines gefunden, unfretwilligen Humors. Hier ist ein Proben von dem in unvergänglicher Münze ausgeprägten Gold der Wahrheit. Nach einem opulenten Diner bei Boermann, mit besserer Menu und in einer Anmerkung der Mund wässrig gemacht wird, that Bismarck zu seinem Gastgeber folgende bedeutende Rede: „Man will ich Ihnen einmal einen Vortrag über Ihre Weine halten. Ihr 1874 er Château Lafite war der beste, den haben Sie zuerst gegeben, den hätten Sie eigentlich zuletzt geben sollen. Notweine interessieren mich bei den Hamburgern zumeist; deshalb erwähne ich auch rühmend Ihren Château Leoville, aber der Lafite war doch besser. Auch Ihre Herr Deidesheimer Dopp-Auslese hat mir sehr gemundet.“ Von der nämlichen Qualität wie diese und ähnliche unsterbliche Reden sind die geschichtlichen Thaten, die uns Poschinger diesmal vermittelt. Manches von den zweifelselbstherrnenden Humorsitten, die hier mit der ernstesten Mine von der Welt zum Besien gegeben wird, hat freilich ganz erheblichen kulturhistorischen Wert. Eine wichtige Rolle spielt z. B. in diesem Buche die Bismarck'sche Pfeife, die für gewöhnlich Professor Schweiniger anzünden darf. Sind aber Besucher da, so reichen sich diese daran, der Ehre dieses Sakramentes gewürdigt zu werden. Einmal hatte Fel. Victoria v. Nassau, die Tochter des früheren konservativen Reichstags-Abgeordneten, „den Vorzug, ihm die Pfeife in Brand zu setzen“. Bei einer andern Gelegenheit brachte es der Präsident der Igl. Eisenbahndirektion Altona, Herr Jungnickel, auf folgende Weise bis zu dem nämlichen Gipfel erblicher Glückseligkeit: „Als nach beendetem Frühstück, bei welchem ich wie gewöhnlich die Ehre hatte, neben dem Fürsten zu sitzen, dem Fürsten seine lange Pfeife gereicht wurde und Prof. Schweiniger sich ansah, ihm die Pfeife mit einem langen hölzernen Fiskus anzuzünden, sagte ich: „Herr Professor, Sie haben gewiß schon oft die Ehre gehabt, seiner Durchlaucht die Pfeife anzuzünden, lassen Sie mir heute einmal diese hohe Ehre.“ Der Fürst lachte freundlich und hob die Pfeife nach meiner Seite hin, worauf ich dieselbe in Brand setzen durfte.“ Jenes Lachen wird wohl ein fardomisches gewesen sein, denn wie der alte Menschenverächter über den Götendienste, den seine Verehrer mit ihm trieben, im Jantesten dachte, darüber findet sich eine charakteristische Aeußerung aus seinem Munde in Poschingers Buch. Vom Fenster aus betrachtete er eines Tages eine Ansammlung von Menschen, die ihn zu sehen wünschten, und meinte zu den Umstehenden: „Da stehen wieder einige Verrückte.“ Die Getaöhrsmännin, eine Tochter des Hamburger Bürgermeisters Beterien, möchte aus der christlichen Aeußerung einen harmlosen Scherz machen. Das glaube wer Lust hat. Uns anderen erscheint das Diktum als eines der wahrhaftigsten Worte, die der Redakteur der Emser Depesche in seinem erfindungsreichen Leben gesprochen hat. —

*) Fürst Bismarck und seine Hamburger Freunde. Von Heinrich von Poschinger. Hamburg 1903. Verlagsanstalt und Druckerei A.-G. (vormals J. F. Richter).

Der Grosse Fest-Saal der „Neue Welt“ Hasenhaide ist fertiggestellt und wird am 1. März d. J. eröffnet! Der neue Riesensaal, der grösste Saal Berlins und Umgebung, 4500 Personen fassend, steht dem geehrten Publikum, den geehrten Verbänden, Vereinen und Innungen zu Festlichkeiten, Versammlungen und Ausstellungszwecken vom 1. März cr. ab zur Verfügung. Bestellungen werden im Comptoir daselbst, Hasenhaide 108—114, entgegengenommen. Zur Eröffnungsfeier, die noch besonders an dieser Stelle bekannt gegeben wird, sind Eintrittskarten vorher in der „Neuen Welt“ sowie Chausseestr. 109 „Germania-Prachtställe“, zu haben. 6411*

